# Die
# neuesten Weltbegebenheiten.

I.

# Die neuesten
# Weltbegebenheiten.

Nach

authentischen Quellen bearbeitet

von

**Dr. Franz Kottenkamp.**

---

**Erster Theil:**
Die Pariser Ereignisse vom Februar 1848 mit Rückblick auf die Veranlassung derselben.

**Stuttgart:**
**Druck und Verlag von Scheible, Rieger & Sattler.**
**1848.**

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS.
212. D.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

# Rückblick

## auf die Regierung Ludwig Philipps.

Der in Frankreich durch die erste Revolution begründete Zustand hatte sich unter der Restauration als so fest gewurzelt erwiesen, daß keine offene und im Geheimen geübte Gewalt ihn zu untergraben vermochte; als endlich die ältere Linie der Bourbons nach mancherlei Schwankungen, zu welchen der Widerstand der Nation sie nöthigte, 1830 einen entscheidenden Schritt gegen die von der Charte als Erbtheil der Revolution verbürgten Freiheiten wagte, fiel sie durch eine allgemeine Erhebung des Pariser Volkes, gegen welche die damals verfügbare bewaffnete Macht Nichts vermochte. Der Fall dieser Regierung war durch das entschiedene Auftreten der Kammermehrheit befördert; allein er beruhte nicht auf derselben, obgleich die Abstimmung der 221 dem Volke eine Form darbot, welche für den Augenblick zum Vereinigungspunkte diente. Der Grund der Erhebung lag tiefer; es galt die Bewahrung der Freiheiten, welche aus der Revolution hervorgegangen waren; diese waren ebensowohl die Freiheit der Presse und das Wahlgesetz, welche die Ordonnanzen Karls X. zu vernichten suchten, wie überhaupt der dem Volke überlassene Vorbehalt, Einrichtungen und Zustände je nach der Meinung der Mehrheit mit der Beobachtung der constitutionellen Rechtsformen zu verändern

und überhaupt jeden Gang der Regierung nach Innen und Außen zu bedingen.

Ein unveränderlicher Wille (Volonté immuable), welcher damals wie vor wenigen Monaten als das leitende Prinzip der Regierung galt, war mit dem Wesen des französischen Volkes unverträglich; ein solcher konnte allein neue Erschütterungen früher oder später veranlassen.

In dieser Hinsicht beruht der Fall Ludwig Philipps auf denselben Ursachen wie der von Karl X., mögen auch die äußern Umstände verschiedener Art sein. Ludwig Philipp hat offenbar die Meinung gehegt, eine Kammermehrheit werde ihn vor ähnlichem Unglück wie seinen Vorgänger schützen, und die Franzosen haben sicherlich, wenigstens der Mehrheit nach, in so weit auf ihre Verfassung länger wie zehn Jahre vertraut, daß sie auch bei einem schlechten Wahlgesetz an der endlichen Erreichung jener Zwecke nicht zweifelten. Unglücklicherweise aber war das Wahlgesetz von solcher Art, daß die Regierung durch die Centralisation der Staatsverwaltung, durch die damit verbundene Vergebung der ungeheuren Zahl von Beamtenstellen, durch die gestattete Einmischung in Gemeindeangelegenheiten u. s. w., stets die Macht besaß, sich eine künstliche Mehrheit unter den an Zahl sehr geringen Wählern zu bilden. Als der Wahlcensus 1831 von 300 nur auf 200 Fr. herabgesetzt wurde, machte die Opposition vergeblich auf die Gefahr aufmerksam, welche der Volksfreiheit und somit auch dem Julithrone durch ein solches Wahlgesetz drohe. Die verhältnißmäßig geringe Zahl der so geschaffenen Wähler (nicht viel mehr wie 200,000) werde sich leicht auf direkte oder indirekte Weise bestechen lassen; dadurch werde die Bestechung der Einzelnen, welche bei größerer Masse schwer auszuführen sei, gewissermaßen zum leitenden Grundsatze der ganzen Regierung werden wie früher in England. (Auch hat es sich leider noch immer als richtig bewährt, daß jeder mögliche Mißbrauch, der einer Regierung dargeboten ward, in der Ausübung der Gewalt benützt wurde.) Somit ließ es sich auch schon damals

erwarten, daß die durch den Volkswillen eingesetzte Regierung diesen Umstand benützen würde; sie mußte schon dadurch allein in der öffentlichen Achtung sinken; ein Verhältniß ferner, wodurch sie sich mit der öffentlichen Meinung in Gegensatz stellte, ließ sich bei einer durch Bestechung gewählten Mehrheit voraussehen. Vergeblich widersetzte sich die linke Seite; gegenwärtig aber werden die noch lebenden Anhänger des Julikönigs, welche hartnäckig an jenem Wahlcensus festhielten, sicherlich ihr damaliges Verfahren bereuen. Durch das Wahlgesetz war ein Grundübel bedingt, welches bei der Mitwirkung anderer Umstände eine noch heftigere und drohendere Erschütterung wie die von 1830 hervorrief.

Auch die Persönlichkeit Ludwig Philipps hat dahin mitgewirkt, dies Uebel noch fühlbarer zu machen. Eine gewisse Klugheit war ihm niemals abzusprechen; er verstand es, die Menschen zu gewinnen, die durch ihr persönliches Interesse sich bestimmen lassen, und andere, bei denen dies nicht der Fall ist, wenigstens so lange hinzuhalten, wie er sie brauchte; während er seine Absichten nicht merken ließ, benutzte er Andere, die ganz verschiedene Dinge im Sinne hatten, zu seinen besondern Planen, wobei er nicht allein Männer wie Dupont de l'Eure und Laffitte, sondern auch weit schlauere, wie Thiers, zu seinen Planen brauchte und alsdann als abgenutzt (usés) fortschickte. Kurz, er besaß in einem hohen Grade jene sogenannte diplomatische Gewandtheit, die in gewöhnlichen Zeiten allerdings immer aushilft, die aber auch bei entscheidenden Ereignissen jedesmal zu Schanden wird. Für diese Gewandtheit bot sich ihm bei jenem Wahlgesetze und bei der daraus hervorgehenden Stellung der Parteien ein weites Feld. Durch seine obere Leitung, wobei ihn ohnedem der Name der Minister deckte, ließ sich stets eine Mehrheit zu Gunsten seines besonderen Systemes zusammenbringen, und als dieselbe ihm einmal ausging (1839), so daß er die Kammer auflösen mußte, konnte er sich bei der neugewählten Kammer durch seine Gewandtheit, die Personen zu behandeln und Parteihäupter sowie Deputirte

zu gewinnen, aus der Verlegenheit ziehen. Freilich erkannte die Mehrheit der Wähler, besonders um 1841, daß sie angeführt wurden; indeß ein solches Erkenntniß ist, wenigstens anfangs, nicht besonders gefährlich, und da das ganze Leben im gewöhnlichen Gleise fortging, hatte die Regierung auch keine Ursache, sich um den Aerger der Getäuschten besonders zu bekümmern, der sich auf leichte Weise, sowohl durch die gewöhnliche Klugheit, wie im Nothfall durch Gewalt unschädlich machen ließ. Die übrige Volksmasse oder die Mehrheit der Nation, die durch das Wahlgesetz für politisch unfähig galt, kam hiebei gar nicht in Betracht; diese war schon bald nach 1831 enttäuscht worden.

In weiterer Hinsicht hat Ludwig Philipp zu seinem Nachtheil den allgemeinen Charakterzug der Bourbons, die Vorliebe zur Selbstregierung und die damit gewöhnlich verbundene Hartnäckigkeit erwiesen. Während der Restauration hatte die Opposition unaufhörlich gegen die Einwirkung der Krone und das öffentliche Vortreten der Persönlichkeit des Königs bei Regierungsmaßregeln und Gesetzesvorschlägen angekämpft; der damals unzähligemale ausgesprochene Grundsatz des constitutionellen Königthums, wonach die ganze Regierungsweise nur von den Ministern ausgeht, und wonach die Krone sich dem Willen des Ministerrathes unbedingt fügen muß, wurde endlich durch die Julirevolution als die geltende Grundlage des Regierungssystemes anerkannt, allein ebenso zur Täuschung, wie das ganze sogenannte Bürgerkönigthum. Die Einwirkung Ludwig Philipps ist zwar nicht in der Art öffentlich erklärt worden, wie dies von den Ministern der Restauration geschah, sie wurde jedoch sogar noch entschiedener geübt, wie die von Ludwig XVIII. oder Karl X. Ludwig Philipp präsidirte jedesmal im Ministerrathe; von den einmal feststehenden Grundsätzen ist niemals abgewichen worden, und des Königs persönliche Einwirkung, sowie Hartnäckigkeit war bald allgemein bekannt; der sogenannte unveränderliche Gedanke (pensée immuable) diente ebenso dazu, den König und seine Dynastie verhaßt zu machen, wie das

Bestechungssystem, die allgemeine Politik u. s. w. Perier freilich und Thiers besaßen einige persönliche Selbstständigkeit, allein so lange der erstere lebte, und überhaupt bis zur Erlassung der Septembergesetze, war die herrschende Partei, wie sie aus dem Wahlgesetze hervorging, ziemlich einstimmig, so daß der König den allgemeinen Strom derselben nach Belieben leiten konnte; Thiers dagegen mußte zweimal austreten (1836 und 1840), sobald er den Absichten des Königs entgegen zu verfahren gedachte, obgleich er die Kammermehrheit für sich hatte, so daß jener anerkannte Grundsatz offen verletzt wurde; nur trug der König andererseits auch Sorge, einige aus der Mehrheit auf irgend eine Weise für sich zu gewinnen, und so das bisherige Zahlenverhältniß zu verrücken, so daß er wieder in der früheren Weise durch den Schein gedeckt war. Diese Selbstregierung des Königs war übrigens auch der herrschenden Partei oder wenigstens den Wählern durchaus nicht angenehm, und 1839 trat die Mehrheit, worunter sogar Guizot, dagegen entschieden auf, so daß der König die Kammer auflösen mußte; in der nachfolgenden aber fügte er sich anfangs scheinbar und hatte nach etwa einem Jahre seine gewohnte Verfahrungsweise mit solchem Erfolge ausgeübt, daß er den Thiers entlassen konnte, sobald derselbe ein Verfahren einschlug, welches mit seinen Ansichten nicht übereinstimmte.

Allmählig hatte sich Ludwig Philipp einen Kreis von Staatsmännern gebildet, die ihm unbedingt sich fügten, aus welchem er bei Bildung seiner Ministerien nicht herausging; ein Wechsel zwischen Guizot und Molé und für gewisse Fragen auch zwischen diesen und Thiers, änderte in der Sache selbst so wenig, daß die Franzosen dem ganzen Wesen um so abgeneigter werden mußten, je mehr alle Parteibewegung und oft auch Aufregung, um ein gar nicht beliebtes System zu stürzen, sich am Ende nach dem wirklichen Erfolge als vergeblich zeigte. Somit auch konnte von dem eigentlich begründeten Einfluß einer dynastischen Opposition nicht mehr die Rede sein; die entschieden feindliche und repu-

blikanische erhielt mit jedem Jahre um so größeren Anhang, da sie unumwunden dasjenige aussprach, was Jedermann wußte; alle Bestrafungen und Anklagen nach den Septembergesetzen, um die Person des Königs sicher zu stellen, blieben hier unwirksam, weil die Wahrheit im Hintergrunde war und weil sich leicht anderweitige Ausdrücke auffinden ließen, um den König zu bezeichnen, die Jedermann verstand. — Die Hartnäckigkeit des Königs muß in den letzten Jahren besonders sehr gesteigert worden sein, wo er sich gänzlich mit unbedingt fügsamen Leuten umgeben hatte. Mit der linken Seite der Kammer, welcher er den Thron verdankte, war schon lange jede Berührung abgebrochen, allein auch der Tierspartie, der den Thron in der gefährlichsten Zeit befestigte, wurde mit Abneigung betrachtet und sogar als feindlich behandelt; Dupin, früher der lang bewährte und persönliche Freund des Königs, machte dieselbe Erfahrung, wie Laffitte zu seiner Zeit, und Thiers, ein ganz anderer Mann von praktischem Scharfsinn, der sein Verfahren nach demjenigen einrichtete, was er als unausbleibliches Ereigniß voraussah, galt sogar in dem Schlosse der Tuilerien als ein dem königlichen Interesse feindlicher und persönlich widerwärtiger Mann. Die Steigerung dieser Hartnäckigkeit des Königs sieht man besonders in den letzten Regierungsacten; er wagte es nicht allein, allen seit Jahrhunderten überlieferten Meinungen der Franzosen (hinsichtlich der Politik in Bezug auf Oesterreich und die Schweiz) offen zu trotzen, sondern sogar auch noch Alle, die ihm nicht unbedingt sich fügten, durch sein persönliches öffentliches Auftreten mit bittern und beleidigenden Worten zu reizen und gewissermaßen für seine Feinde zu erklären — ein Verfahren, welches endlich die feindliche Stellung aller Männer von Bedeutung und seine Niederlage veranlaßt hat. Dadurch ward zuletzt sogar der Schein constitutioneller Formen gänzlich entfernt; der Eigenwille des Königs zeigte sich auf eine Weise, wodurch die letzte von 1830 her noch übrige Täuschung verschwand.

War hierdurch die Persönlichkeit Ludwig Philipps, un-

geachtet aller constitutionellen Formen und Phrasen, die zu reinen Täuschungen wurden, die Haupttriebfeder der ganzen Regierung, so daß der Fall des Systems zuletzt mit dem Fall des Königs zusammenhing, so hatte auch sein Verfahren in anderer Hinsicht zur Folge, daß die Achtung vor seinem Charakter verloren ging. Dies gilt besonders über sein Verfahren hinsichtlich seines persönlichen Eigenthumes und seines Einkommens, obgleich er dasselbe auf eine glänzende Weise verbrauchte. Die Franzosen kamen hierüber schon nach den ersten Monaten seiner Thronerhebung zur Einsicht; eine wohlfeile Regierung gehörte zu den Versprechungen des Juli-Königs — indeß diese Worte wurden zum Hohne durch die gleich darauf folgenden Ereignisse. Ludwig Philipp umging zuerst das Gesetz, nach welchem das Privatvermögen des Königs von Frankreich dem Staat anheimfällt; alsdann ließ er sich durch die Kammermehrheit eine Civilliste festsetzen, welche um ein Drittel mehr betrug, wie die Opposition ihm zuzugestehen gedachte; das Budget schwoll fortwährend an, und an eine Ordnung oder an ein Gleichgewicht zwischen den Ein- und Ausgaben war nicht zu denken, indem immer außerordentliche Kredite u. dergl. wieder gefordert und von der fügsamen Mehrheit bewilligt wurden. Dieser Umstand allein jedoch würde die Persönlichkeit des Königs in der öffentlichen Meinung nicht heruntergesetzt haben; vielleicht ist nicht einmal eine gefährliche Unzufriedenheit dadurch hervorgerufen worden, da außer den höheren Summen, welche das ganze Regierungssystem erheischte, bedeutende Anstalten zur Erhöhung der Kraft des Staates (Vermehrung der Flotte, Füllung der Arsenale u. s. w.) getroffen wurden; indeß die vorherrschende Neigung des Königs nach Vermehrung seines Einkommens und der Reichthümer seiner Familie trat in anderer Hinsicht hervor. Dies galt sowohl von den Bestrebungen des Königs, Appanagen für seine Prinzen, ungeachtet des ungeheuern Privatvermögens, zu erwirken, wie von seinem für ihn selbst unheilvollen Einschreiten zur Verhinderung der Rentenreduktion, obgleich durchaus

ergebene Männer, wie der Finanzminister Human (1835), darin das einzige Mittel sahen, die Ordnung in den Finanzen herzustellen, und obgleich die Kammer sich dafür entschieden hatte. Zwar bewahrte Ludwig Philipp hier den constitutionellen Schein, indem die Pairskammer durch den Hofeinfluß einen Beschluß der Deputirtenkammer verwarf; allein der Grund, weßhalb die Reduktion nicht stattfand, war als der unveränderliche Wille des Königs allgemein bekannt. Man schrieb ihm eigennützige Absichten zu, wie dies schon früher bei mehren Finanzgesetzen (z. B. bei der Entschädigung der Vereinigten Staaten) der Fall gewesen war. Ein ähnlicher Verdacht über die Benützung von Nachrichten bei Börsenspekulationen, der hinsichtlich einzelner Minister herrschte, dehnte sich ebenfalls auf den König aus und mußte bei dem allgemeinen Corruptionssystem einen um so mehr verbreiteten Glauben finden. — Die Stimmung in dieser Hinsicht war über Ludwig Philipp schon früher eine sehr schlimme; ganz ergebene Minister wagten deßhalb nicht, die von ihm stets gestellten Verlangen über Appanagen in die Kammer zu bringen, und als dies endlich von einem Minister (Molé) geschah, der sogar durch Fügsamkeit vor allen andern Männern, unter denen der König seine Minister wählte, sich auszeichnete, verwarf die Kammer den Antrag der Regierung. Dennoch soll Ludwig Philipp auf diese seine Lieblingsidee immer wieder zurückgekommen sein, und obgleich sogar Guizot bis jetzt nicht den Muth oder auch den Willen hatte, um den Vorschlag wieder in die Kammer zu bringen, so zeigte sich zuletzt doch eine Mehrheit, bei der man Alles wagen konnte; die Abneigung der Nation gegen den König und seine Familie wurde wenigstens durch Gerüchte immer rege gehalten, nach welchen er Plane zur Appanagirung der Prinzen noch immer hegen sollte. Diese Meinung war auch dadurch bestätigt, daß er seinen nachgebornen Söhnen wichtige und einträgliche Stellen zuwies, z. B. durch die kürzliche Ernennung des Herzogs von Aumale zum Generalgouverneur in Algerien.

Der bedeutende persönliche Einfluß des Königs ward unter den für ihn höchst günstigen Verhältnissen möglich, unter welchen sein Thron befestigt wurde. Die Julirevolution überlieferte die Gewalt vorerst derjenigen Opposition, welche unter der Restauration gegen die Willkürlichkeiten und die Bestrebungen der älteren Linie der Bourbons 15 Jahre lang gekämpft und deßhalb das Vertrauen der Nation erlangt hatte. Diese Opposition bestand zwar aus mehren Abtheilungen, und die Linke war durch Talent, sowie das Ansehen der Parteiführer nicht unbedeutend; allein die Hauptmasse der Opposition, sowohl der Wähler, wie der Deputirten, bestand aus den wohlhabendsten Mittelklassen schon wegen des hohen Wahlcensus von 300 Fr., welcher das übrige Volk von thätiger Theilnahme an der Politik ausschloß. Diese Partei, welche nur wenig über die damaligen constitutionellen Mittel beim Widerstande hinauswollte und nur durch eine heftige von den Gewalthabern thörichterweise veranlaßte Aufregung zur Theilnahme an der damaligen Revolution hingerissen wurde, hegte nach den Erinnerungen der alten Revolution einen lebhaften Schrecken vor den Einwirkungen der niedern Volksklassen und selbst des nicht besonders wohlhabenden Bürgerstandes; dadurch war ihre erste Bestrebung die Niederhaltung aller Volksbewegungen, die nach der Erschütterung nicht ausbleiben konnten. Diese Partei wollte Ruhe im Inneren und eine nur allmählige Ausdehnung politischer Rechte und Freiheiten; sie war ferner vorerst mit denjenigen zufrieden, welche aus der ersten Revolution hervorgegangen und von den Bourbons häufig verletzt oder untergraben wurden — Rechte, mit deren Sicherung durch die Charte von 1830 die Franzosen sich auch begnügten. Der Sieg hatte dieser Partei die Herrschaft ertheilt, da die Kammermehrheit aus ihr bestand, welche jene Revolution eingeleitet hatte und guthieß. Sie schloß sich unbedingt an Ludwig Philipp an, weil sie Vertrauen zu seiner Persönlichkeit schon wegen des genauen Verhältnisses hegte, worin er zu mehren ihrer Häupter, besonders zu Dupin, stand, und weil sie deß-

halb erwartete, er werde nie die Grenzen überschreiten, jenseits welcher die von ihr erstrebten Volksfreiheiten verletzt werden müßten. Auch erkannte der König sehr wohl den Nutzen, der ihm durch diese Partei zu Theil wurde; so lange wie er sie brauchte, hat er ihr in jeder Hinsicht geschmeichelt und besonders sich den Anschein gegeben, als ob er sein Schicksal, sowie das seiner Dynastie, gänzlich der Pariser Nationalgarde anheimstelle, worin diese Partei der Lage der Dinge gemäß, das Uebergewicht fortwährend behalten mußte. Erst als er die königliche Gewalt in soweit befestigt glaubte, daß er auch dieser seiner Anhänger nicht mehr bedürfe, hat er sich weder um die Ansichten derselben, noch um die Pariser Nationalgarde mehr bekümmert.

Wie erwähnt, wollte diese Partei vorzugsweise Ruhe nach Innen und die Erdrückung der Aufstände, welche in Folge der Julirevolution als Nachwirkungen der erregten Volksmasse um so mehr stattfanden, da dieselbe bald mehre Täuschungen erkannte. Man wird sich noch ebensowohl der damaligen Unruhen, wie der leidenschaftlichen Stimmung zur Unterdrückung derselben in der Kammer von 1830 und der nach dem neuen Wahlgesetze 1831 ernannten erinnern. Jeder neue verunglückte Volkaufstand reizte die Leidenschaftlichkeit der Stimmenmehrheit und der Nationalgarde. Letztere focht mit Erbitterung in dem Aufstande der Republikaner zu Paris 1832 und 1833, und befestigte dadurch die Zuverlässigkeit der Truppen, welche den großen republikanischen Aufstand Lyons unterdrückten. Die Kammermehrheit war geneigt, der Ruhe des Staates und der Befestigung der Regierung Freiheiten der Nation zu opfern; letztere auch unterließ es niemals, den Eindruck, den ein gefährlicher Aufstand, wie der von Lyon, oder ein verabscheuter Mordversuch, wie der von Fieschi durch eine Höllenmaschine, erregte, zu einer wirksamen Verminderung der Volksfreiheiten zu benützen. Sie führte auf diese Weise Dinge aus, welche sogar die Restauration nicht gewagt hatte, indem sie das schon unter dem Consulat beschränkte Recht, Verbindungen zu bilden, gänzlich aufheben

ließ, obgleich die damals von ihr benutzte Partei gerade dies Mittel gebraucht hatte, um durch die Gesellschaft „Hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen“ (aide toi le ciel t'aidera) Villèle's Kammermehrheit zu entfernen und dadurch den Thron der älteren Bourbons zu untergraben. Der Gipfelpunkt dieser Macht Ludwig Philipps durch jene Partei, die man nach einem von ihm selbst gebrauchten Ausdruck die richtige Mitte nannte, bestand in der Erlassung der Septembergesetze 1835, welche durch die ungeheuren Strafen und durch die Einsetzung eines Ausnahmsgerichtes, über welches die Regierung verfügen konnte, bei gewissen Preßvergehen dem Könige und den Ministern eine Gewalt über die Presse ertheilte, welche, vollkommen ausgeübt, die Preßfreiheit zum leeren Namen gemacht haben würde. Freilich ließen sich bis jetzt diese Gesetze noch nicht vollkommen ausführen; dies erlaubten weder die allgemeinen Verhältnisse, noch die Stimmung der Geschworenen, welche entweder freisprachen oder im höchsten Fall zu den mildesten Strafen verurtheilten; endlich gestattete dies auch nicht die Bedenklichkeit der Pairskammer, die überhaupt auch hinsichtlich der ihr übertragenen Gewalt als eines Ausnahmegerichtes sich in der öffentlichen Meinung nicht gänzlich bloßzustellen wagte. Bis jetzt sind die Septembergesetze der Hauptsache nach, wie Thiers sich ausdrückte, ein Schwert in der Scheide geblieben; allein es fand sich keine Bürgschaft, daß dies immer stattfinden würde, und wahrscheinlich würde die Regierung, wenn sie in dem gegenwärtigen Parteikampfe den Sieg erfochten hätte, dieselben in größter Ausdehnung angewandt haben, so daß eine der hauptsächlichsten Freiheiten indirekt vernichtet, wenn auch nicht offen umgestoßen wäre; im letzteren Fall würde Ludwig Philipp nach jenem System das Wesen eines Institutes entfernt und dennoch den Schein bewahrt haben. — Endlich bildete auch die Constituirung des Pairshofes für Staatsverbrecher, also eine Ausnahme von denjenigen Gerichtsformen, auf welchen die Franzosen am entschiedensten festhalten, ein sehr gefährliches Vorrecht der Pairskammer,

welches der Regierung zwar viel Gewalt, aber ihrem Werkzeuge sehr wenig Nutzen gebracht hat, wie man dies jetzt nach der stattgehabten Revolution erkennt.

Wie erwähnt, war der Gipfelpunkt der Regierungsgewalt in dieser Hinsicht mit den Septembergesetzen erreicht; als Ludwig Philipp und seine Minister in diesem Verfahren fortfuhren und den Militäraufstand von Straßburg für Louis Bonaparte benützten, um den Bereich der Geschwornengerichte noch mehr einzuschränken, und die Entscheidung über Verschwörungen und Aufstände von Militärs ausschließlich den Kriegsgerichten zu überweisen, wenn auch das Vergehen in Verbindung mit Civilpersonen geübt war (Disjunktionsgesetz), fielen sie bei der sonst ihr anfänglichen Mehrheit durch. Dies war das bestimmte Zeichen, daß die Volksklasse, welche den Julithron befestigt hatte, sich zu weiteren Beschränkungen der Volksfreiheit nicht hergeben werde, wie dies auch der Fall gewesen ist. Allerdings hegten diese Leute durchaus nicht die Absicht, bei allem Widerstande den Julithron zu stürzen, eben so wenig wie dies bei der Opposition der 221 hinsichtlich der älteren Bourbons früher geschehen war; allein sie haben den Fall Ludwig Philipps durch ihren Widerstand eben so vorbereitet, wie jene damals, und als endlich die Sache zur Entscheidung in den Straßen der Hauptstadt kam, hat dieselbe Nationalgarde, welche bis 1834 den Julithron befestigte, durch ihre Haltung und den dadurch bewirkten Abfall der Linientruppen, den Sturz desselben und der Dynastie veranlaßt.

Ludwig Philipp besaß bei der Behandlung der Parteien die unläugbare Geschicklichkeit, die Führer derselben in der öffentlichen Meinung durch Blößen, die sie sich gaben, herunterzusetzen, und die Partei dadurch aufzulösen und zu lähmen, und so die Gewalt des Thrones zu steigern. Bekannterweise gelang ihm dies vollkommen mit der linken Seite, so wie dieselbe von der Restauration überliefert war; nach dem Verlauf eines Jahres war aller Einfluß derselben verschwunden, seitdem Laffitte als Minister sowohl durch Un-

geschicklichkeiten den Emeuten gegenüber, wie durch Schwäche gegen den König in Regierungsmaßregeln, z. B. in dem Wahlgesetz und der auswärtigen Politik, sich um sein Ansehen als Staatsmann, der zur Regierung fähig sei, gebracht hatte. Bei diesem Manne benützte Ludwig Philipp ohnedem dessen damalige Vermögensverhältnisse, um ihn in der Meinung derjenigen Leute herunterzusetzen, von denen die finanziellen Umstände einer Person höher angeschlagen werden, wie moralische Eigenschaften und intellektuelle Vorzüge. Lafayette hatte sich als ein unpraktischer und mit den Menschen unbekannten Mann gezeigt, so daß zwar die Verehrung vor seinem Namen blieb, daß aber all sein Einfluß bald verloren ging. Odilon Barrot, den die Julirevolution plötzlich auf eine höhere Stellung hervorgehoben hatte, galt als ein Mann mit schönen Reden ohne Thatkraft, was er auch zum Unglück für die Dynastie geblieben ist. Ebenso gelang es auch dem Könige, die bis 1834 vorherrschende Partei und deren angesehensten Häupter herunterzusetzen; diese hatten sich entweder durch Theilnahme an den Maßregeln, welche die Freiheiten beschränkten, bloßgestellt, oder durch Schwäche sich um ihr Ansehen gebracht, indem sie aus Rücksicht für den König nicht widersprachen, wie es ihren Ansichten gemäß hätte geschehen müssen. Dies galt besonders von Dupin hinsichtlich der Septembergesetze, indem dieselben seiner Ueberzeugung zuwider erlassen wurden; auch muß dieser einst angesehene und einflußreiche Redner seitdem seine nachtheilige Stellung empfunden haben, indem er sich bis auf die letzten Ereignisse gänzlich zurückzog. Was Thiers betrifft, dessen Geschicklichkeit und Kenntniß der Menschen Niemand in Frage stellen wird, so ist es durch dessen früheres Verhältniß zu Ludwig Philipp dahin gekommen, daß ihm Niemand, so lange er lebt, mehr trauen wird; andererseits aber auch war es für Ludwig Philipp ein schlimmes Zeichen, daß ein solcher Mann, der sich nicht nach Grundsätzen, sondern allein nach den Umständen richtet, und Scharfsinn genug besitzt, um die Unhaltbarkeit einer Regierung

vorherzusehen, seit 1841 sich entschieden von dem Könige trennte, obgleich seine Verfahrungsweise in den kürzlichen Ereignissen erwiesen hat, daß er den gänzlichen Fall des Thrones nicht ahnete.

Die Leitung der auswärtigen Politik, welche seit 1831 vorzugsweise von Ludwig Philipp ausgegangen ist, hat ebenfalls dazu beigetragen, seine Gewalt lange Zeit zu befestigen. Dieselbe Partei, welche den Julithron bei ihrem Bestreben nach innerer Ruhe befestigte, wollte eben sowohl Ruhe von Außen, so lange die Sicherheit und die Interessen des Reiches nicht gefährdet wurden. Die Kaiserzeit hatte zu tiefe Wunden und schmerzliche Erinnerungen hinterlassen, als daß ein größerer, sogar siegreich geführter Krieg in anderer Weise, wie zur Vertheidigung der Selbstständigkeit des französischen Volkes, hätte gewünscht werden können. Durch die Anerkennung der Juliregierung von Seiten der übrigen europäischen Mächte fiel somit die Hauptursache zum Kriege, nach den Ansichten jener Partei, weg; obwohl zugleich von derselben der Grundsatz der Nichtintervention aufgestellt oder wenigstens gebilligt und hinsichtlich Belgiens auch geltend gemacht war, bewirkte der Wunsch nach Ruhe, daß man dem Könige seine Politik nachsah, als er bei der Einschreitung Oesterreichs in Italien 1831 keinen Krieg begann und durch die Entlassung Laffitte's offen aussprach, daß er jenen Grundsatz für die Unterstützung aufständischer Völker nicht mehr geltend machen werde. Zwar hinterließ dies Verfahren einen widrigen Eindruck bei der eigentlichen Masse der Nation und bald darauf auch bewirkte der Untergang Polens, ohne daß Frankreich den geringsten Versuch machte, den Fall dieser Nation aufzuhalten, ein schmerzliches, mit Unwillen gemischtes Gefühl, allein es war offenbar, daß die Rettung dieses Volkes durch französische Hülfe bei der Lage der Dinge sich nur durch einen allgemeinen Krieg bewerkstelligen ließ, und somit wurde die Unthätigkeit Ludwig Philipps von jener Partei verziehen, während andererseits der Bruch des Königs mit demjenigen Theile der Nation unheilbar ward,

welcher ganz andere Bestrebungen, wie jene herrschende Klasse hegte. Ferner geschahen damals auch kleinere militärische Unternehmungen, welche, im Sinne einer liberalen Politik ausgeführt, wenigstens eine solche Richtung für Frankreich als die nach Außen vorherrschende anzeigten, und man hegte nicht die geringste Ahnung, daß Ludwig Philipp sich später auf die entschiedenste Weise der Politik der unumschränkten Großmächte anschließen, und eine ähnliche Stellung wie Ludwig XVIII. nach dem Congreß von Verona einnehmen werde. Diese Friedenspolitik zeigte sich übrigens 1840 als eine solche, daß Frankreich mit Ausnahme diplomatischer Intriguen, die auf die Dauer nicht viel zu bedeuten haben, um allen auswärtigen Einfluß kam; darüber aber fand sich die Partei der richtigen Mitte, abgesehen von dem persönlichen Anhange Ludwig Philipps, ebenso gedemüthigt und verletzt wie die Masse der Nation bei dem Untergange Polens, denn auch unter dieser Partei erstrebte die herrschende Meinung einen Stand Frankreichs nach Außen, wodurch dasselbe wenigstens seinen Interessen gemäß andern Mächten zum Trotz sich Geltung verschaffe. Es konnte aber kein Zweifel vorherrschen, daß Frankreichs materielles Interesse durch die Beschränkung der Macht von Mehemet Ali verletzt wurde, mochte dieselbe gut oder schlecht begründet und die Bevorzugung Frankreichs bei allem Verfahren jenes Vicekönigs weder liberal noch überhaupt gerecht sein. Die damalige Politik Ludwig Philipps mußte ferner, abgesehen von allen andern Folgen, auch bei der Partei der richtigen Mitte schon wegen des kostbaren und nutzlosen Kriegslärmens Widerwillen erregen, der in keiner andern Absicht von ihm zugelassen und gefördert schien, als um seine schon früher gehegte Lieblingsidee, die Befestigung von Paris auszuführen, wobei er persönlich weniger die Sicherung vor dem Feinde, wie die Erlangung eines neuen Mittels zur Befestigung seiner Dynastie durch militärische Mittel bei der Möglichkeit späterer Aufstände im Sinne gehabt zu haben scheint.

Da Thiers ein Mann ist, welcher die Stimmung der

Volksklassen, durch die er zur Gewalt zu gelangen hoffte, sehr gut kennt, so ließ sich die Abneigung des Mittelstandes, wodurch er sich bisher zu heben suchte, hinsichtlich der äußeren Politik, sehr gut aus der Weise schließen, wie er sich hinsichtlich derselben seit 1841 gegen den König stellte. Auch war schon lange nicht mehr die geringste liberale Richtung in dem Gange der auswärtigen Politik zu erkennen und das Spiel mit der vom Könige angewandten Phrasen wurde allgemein durchschaut. Die Redensarten zu Gunsten der polnischen Nationalität in der Thronrede wurden als eine Art Verhöhnung aufgenommen; kaum machten die Protestationen gegen die Einverleibung Krakaus einigen Eindruck, da man sehr wohl wußte, daß Nichts darauf erfolgen würde. Die hinzugefügte Erklärung Guizots, durch die Vereinigung Krakaus mit Oesterreich halte sich die französische Regierung für entbunden von allen Verpflichtungen der Verträge von 1815, machte nicht den erwarteten Eindruck, da man an keine Versicherung mehr glaubte, welche von der Regierung ausging; 1½ Jahre später wurde Ludwig Philipp dadurch sogar um so verhaßter, als er bei Gelegenheit der Schweizer Frage sich gerade auf diese Verträge berief, indem er die Keckheit besaß, nicht allein der liberalen Richtung der Franzosen, sondern auch aller überlieferten Ansichten derselben hinsichtlich dieses Landes und der Jesuiten offen entgegen zu wirken. Endlich hatte sich sogar Ungeschicklichkeit in äußerer Politik 1845 bei dem verunglückten Versuche ergeben, die Aufnahme von Texas in die Vereinigten Staaten zu verhindern, wobei die in Europa gewöhnlichen diplomatischen Künste und Intriguen unter ganz andern Verhältnissen nothwendig mißlingen mußten. Dadurch ging auch die Meinung von der Geschicklichkeit in Leitung der äußern Politik verloren, welche wenigstens bisher der Regierung Ludwig Philipps einiges Ansehen ertheilt hatte.

Bei Allem dem konnte nicht der geringste Erfolg, wie früher hinsichtlich Belgiens und Ancona's, geboten werden, um den Franzosen auch eine kleine Vergütung für die all=

gemeine Stellung der Nation zu bieten. Der Verlauf der Dinge in Spanien war durch die spanische Nation allein bedingt worden, indem Ludwig Philipp während des Bürgerkriegs in dieser Hinsicht allerdings mit zweckmäßigem Verfahren, die Einschreitung Frankreichs zurückhielt; allein was später in dieser Richtung geschah, war nicht von solcher Art, daß dies von den Franzosen als ehrenvoller oder für den Staat vortheilhafter Erfolg betrachtet werden konnte. Der Sturz Espartero's und die Zurückführung der Königin Mutter durch Geldoperationen und Parteiintriguen, wobei die Beamten der französischen Regierung eine Hauptrolle spielten, war nicht von solcher Art, daß die Franzosen dadurch besonders befriedigt wären; die Organe der Regierung (z. B. das Journal des Debats) mußten sogar die anfänglichen Gewaltthätigkeiten der von Frankreich gehobenen Moderadopartei mißbilligen und alle Theilnahme der französischen Regierung ablehnen, um den widrigen dadurch hervorgebrachten Eindruck zu verwischen. Als endlich der Zweck des ganzen Verfahrens in den spanischen Doppelheirathen zum Vorschein kam, ließ sich dieser Erfolg unmöglich als irgend eine Förderung der Interessen Frankreichs betrachten. Man erkannte im Gegentheil als Triebfeder eine Hauptleidenschaft des Königs, die Bestrebung für die Bereicherung seiner Familie zu sorgen. Der Lärm, den Lord Palmerston nutzloser Weise darüber erhob, konnte in Frankreich ebenso wenig als in England besondern Eindruck machen, denn die politische Frage, auf welche es hiebei ankam, die mögliche Erbfolge oder der Einfluß eines französischen Prinzen auf die Regierung Spaniens war in eine entfernte Zukunft gerückt und hing sicherlich nicht von Intriguen des französischen oder englischen Kabinettes, sondern von dem Willen der spanischen Nation ab, die sich gegen fremden Einfluß in neuester Zeit sehr wirksam verwahrt hat.

Betrachtet man die Lage Frankreichs, wie sie unter allen jenen Verhältnissen seit dem Rücktritt von Thiers 1840 sich gebildet hat, so kann man sich über den Ausgang der

kürzlichen Ereignisse nicht länger wundern. Bei dem Wahlsystem ließ sich zwar künstlich eine Mehrheit bilden, allein eine solche war keine Partei. Leute, die wegen Aemter, Freistellen an Schulen für Verwandte, Vortheile, wie sie aus Lieferungscontrakten hervorgehen, Garnisonen in kleinen Städten u. drgl. ihre Stimmen geben, bilden keine Partei, auf die sich eine Regierung im Nothfall verlassen kann; dergleichen Leute fallen entweder in der Noth ab, um sich ihre kleinlichen Vortheile zu sichern, oder sie sind in einer solchen zu bestürzt und rathlos. Nach aller Erfahrung über Menschen tritt ein Ueberwiegen solcher kleinlicher Interessen im Repräsentativsystem immer ein, sobald das Wahlrecht auf eine so unverhältnißmäßig kleine Zahl beschränkt ist, wie es in Frankreich der Fall war; alsdann läßt sich nur ein schiefes Resultat erwarten, welches weder dem Volke noch sogar der Regierung in ungewöhnlichen Zeiten genügen kann. Natürlich auch pflegen die Gewählten den Wählern alsdann zu entsprechen; Beamte besonders, die an büreaukratischen Gehorsam gewöhnt und ohnedem durch ihre Stellung zu unbedingter Ergebenheit gegen die Regierung genöthigt sind, mögen letzterer zwar wegen ihrer Sitmmen angenehm sein, geben aber noch immer keinen Halt, wie ihn eine Partei gewährt. In der Noth sind sie eben so hülflos und unbrauchbar, wie die andern. Nicht einmal Männer von Talent und parlamentarischer Gewandtheit, wie sie eine Regierung stets in repräsentativen Verfassungen braucht, pflegen aus einer solchen Mehrheit hervorzugehen. Das Hauptbedürfniß einer Repräsentativregierung aber ist eine Partei, d. h. ein Anhang der nach Grundsätzen der Ueberzeugung bei einer selbstständigen Stellung sie vertritt, und eben deßhalb auch seinerseits Anhang vom Volk besitzt. Eine solche Partei aber konnte sich das Julikönigthum bei der Benützung des Wahlgesetzes nicht verschaffen, sondern nur eine Mehrheit von selbstsüchtigen und beschränkten Leuten, die über die engen Grenzen ihres Privatinteresses nicht hinaus zu blicken ver-

mochten und deßhalb auch keinen moralischen Muth in der Entscheidung äußerten.

Somit besaß Ludwig Philipp und seine Dynastie seit 1841 gar keine Partei, sondern hatte es im Gegentheil mit allen verdorben. Der Natur der Sache nach war ihm die legitimistische Partei vom Beginn an feindlich; mit der Linken hatte er es seit 1831 so verdorben, daß ihm Niemand aus derselben mehr traute, obgleich Leute, wie Odilon Barrot, auf die Bewahrung des constitutionellen Scheines in der Hoffnung hinwirkten, der König werde durch die Umstände gezwungen werden, sie wieder ins Ministerium zu berufen. Mit der richtigen Mitte war der König ebenso seit 1841 zerfallen; Thiers freilich drückte sich in der Erwartung eines späteren Portefeuilles nicht so unumwunden aus, wie Andere, z. B. Duvergier de Hauranne, aus dessen Reden sich die bittere Stimmung des Tierspartie deutlich erkennen ließ. Sogar unter den Ministeriellen von 1841 fielen die Klügern ab, als die Absicht des Königs, keine Reform in irgend einer Hinsicht eintreten zu lassen, offenbar am Tage lag. Ludwig Philipp hatte es dahin gebracht, daß er keine andere Stütze in constitutioneller Hinsicht, wie die von ihm Bestochenen und diejenigen Leute hatte, die aus Aengstlichkeit, aus Schwäche des Charakters und des Verstandes und aus Eigennutz zu jeder Regierung halten, Leute, welche früher von den Jakobinern zu den Gemäßigten, von der Republik zu Bonaparte, von diesem zu den Bourbons und von der älteren zur jüngeren Linie derselben ohne Bedenken übergingen und die jetzt sich ebenso der Republik anschließen werden, nachdem sie während des Sturmes sich verborgen gehalten haben. Dergleichen Leute lassen es freilich an Ergebenheitserklärungen nicht fehlen; da aber die moralische Haltung und der selbstständige Charakter fehlt, sind sie bei ungewöhnlichen Vorfällen nicht zu brauchen. — Hieraus bestand also ihrem Wesen nach die königliche Partei; der andere Halt wurde in dem stehenden Heere gesucht, da der König selbst sehr wohl wußte, daß er sich auf die Nationalgarde von

Paris nicht länger verlassen könne. Eine solche Ansicht ist zwar auf dem Wesen eines stehenden Heeres begründet und die Täuschung läßt sich somit erklären; allein die früheren Vorgänge von Revolutionen in Frankreich stellten die mißliche Lage einer Regierung deutlich genug heraus, welche hierin eine sichere Stütze zu erlangen hoffte, denn die früheren, durch Volksaufstände bewirkten Staatsveränderungen sind immer durch den Abfall von Truppen gefördert worden. So entschied der Uebertritt der Gardes françaises zum Volke den Aufstand vom 14. Juni 1789; so wurde der Sieg des Volkes in den Julitagen 1830 durch den Abfall von Linientruppen bedingt; so ist endlich Ludwig Philipps Regierung in den Straßen wieder erlegen, und alle Bemühung, die Geneigtheit der Truppen sich zu erwerben, hat diesem Könige eben so wenig genützt, wie die Zuverlässigkeit der königlichen Garde und der Schweizerregimenter Karls X. — Auch konnten alle Abtheilungen der liberalen Partei, mit Rücksicht auf diesen Umstand, die Befestigung von Paris unbedenklich gestatten; man wußte vorher, daß die Linientruppen von Paris sich zu einem Bombardement zu Gunsten der königlichen Gewalt nicht hergeben würden.

Man erkennt jetzt, wozu die gepriesene Gewandtheit des Königs, die Parteiführer und dadurch die Parteien abzunützen und so um Ansehen und Einfluß zu bringen, zuletzt geführt hat. Niemand hat durch alle jene Intriguen größeren Schaden erlitten, wie er selbst und seine Dynastie, denn seine schlimmsten Feinde, die Partei der Republikaner, hat sich dadurch stets gekräftigt und an Zahl vermehrt, so daß sie durch Talente und Charakter ihrer Führer ebenso, wie durch Masse zuletzt überwiegend und gegen die alten, nur noch dem Schein nach oder durch Gewohnheit zusammenhaltenden liberal-monarchischen Parteien zuletzt überwältigend wirken mußte. Man wird sich noch erinnern, wie schwach sie in den ersten Jahren nach 1830 war, wie wenig ihre Führer von der nächsten Zukunft hofften, wie die Partei der linken Seite und der eigentlich richtigen Mitte sie

mit Abneigung und Furcht wegen der Erinnerung an die gewaltsame Herrschaft des Bergs und an die Auflösung aller Verhältnisse unter dem Direktorium betrachtete; wie endlich die Partei über ihre wirkliche Schwäche durch die Unterdrückung des Lyoner Aufstandes eindringlich belehrt wurde. Alles dies ist nach 1841 gänzlich geändert worden. Sie verstärkte sich zuerst durch den gänzlichen Verfall der linken Seite, von deren Grundsätzen sie ohnedem nicht weit entfernt war; diese Partei hielt nur noch der Form nach und durch die Gewohnheit der älteren Mitglieder zusammen; neuen Zuwachs scheint sie nicht erlangt zu haben oder vielmehr derjenige Nachwuchs wenigstens, welcher diese Partei in einem wirklich constitutionellen Königthum, wie England, gestärkt haben würde, schlug sich zu den Republikanern, während zugleich Männer wie Arago von der Linken, aus Unzufriedenheit über die von Odilon Barrot geübte Leitung, zu den Republikanern übergingen. Dasselbe galt von dem Nachwuchs der richtigen Mitte, als diese endlich, durch das Verhältniß der Führer, worauf sie ihr Vertrauen setzte, zu den Tuilerien, enttäuscht, auch diejenigen Volksrechte, worauf sie festhielt, bedroht sah und überhaupt in jeder Hinsicht mit Argwohn, ebenso wie während der Regierung der älteren Bourbons, erfüllt war. Hierzu kam die sehr geschickte Vertretung der Partei durch die Presse. Der National verband mit logischer Schärfe und durchdringender Kenntniß eine ruhige Haltung, welche jene Besorgnisse über Leidenschaftlichkeit und Neigung zum Gebrauch gewaltsamer Mittel allmählig entfernte, die man nach der Herrschaft der Bergpartei auch bei den Republikanern der Gegenwart voraussetzte. Ebenso verschwand die Besorgniß vor jeder möglichen Verbreitung von Grundsätzen, deren Ausführung die gesellschaftlichen Verhältnisse erschüttern mußte oder vielmehr mit dem Bestehen jeder Gesellschaft unverträglich sein würde. Man erkannte im Gegentheil, daß der Republikanismus, wie er vom National vertreten wurde, in nichts weiterem bestand, als was die aufrichtigen Freunde des Julithrons im Anfang als Grundlage der weiteren Re-

gierung proklamirt hatten, also Dinge, die Jedermann wollte; der einzige Umstand, worin die Partei sich unterschied, bestand in der gleich anfangs gehegten Ueberzeugung, daß dies Alles bei den Einrichtungen der Juliusmonarchie, bei dem beschränkten Wahlgesetz und überhaupt unter der Regierung eines Bourbons unmöglich sei, dem durch Unverantwortlichkeit der Person, durch Erblichkeit und überhaupt durch die Regierungsgewalt ein Mittel geboten werde, die dem Volke gebotenen Garantien allmählig zu nichte zu machen und die Gewalt der Krone auf Kosten der Nation zu steigern. So wie dies sich als wirkliche Folge ergab, mußte somit auch die Partei der Republikaner mit jedem Jahre steigen. Der National hat überhaupt während der 17 Jahre nach der Julirevolution eine Wirksamkeit geäußert, wodurch die republikanische Partei in so weit organisirt ist, daß sie wenigstens bis jetzt genau weiß, was sie will, und daß sie im Voraus die Grenzen kennt, an welchen die Volksbewegung aufzuhalten ist, wenn nicht eine Zerrüttung des Gemeinwesens und somit auch eine Unmöglichkeit der Republik stattfinden soll. Er hat von seiner Partei das Phantom des Communismus fern gehalten, welches überhaupt nur bei Völkern Glück machen kann, die aller gesunden Vorstellungen über Staat und Gesellschaft wegen eines langen und harten Druckes in geistiger und materieller Hinsicht entbehren, und deßhalb die Verbesserung ihrer Lage von Dingen hoffen, welche mit dem Wesen der Menschen unverträglich und in der Phantasie unerfahrener Köpfe entsprungen sind. Er hat ferner seine Partei zur Genüge überzeugt, daß die sogenannte Propaganda der Freiheit durch Waffengewalt, wie sie der Convent in seiner gewaltigen Aufregung dekretirte, nicht allein für Frankreich selbst von Grund aus nachtheilig, sondern auch hinsichtlich ihres Zweckes eine ganz verfehlte Bestrebung ist; daß Frankreich jede Nation sich selbst überlassen und höchstens eine Propaganda im entgegengesetzten Sinne oder jede Bemühung unumschränkter Militärmächte verhindern müsse,

um durch das Uebergewicht ihrer Heere eine Entwickelung liberaler Ideen in andern Ländern zu unterdrücken. Kurz, in auswärtiger Politik, wie in jeder andern Hinsicht befindet sich die Bestrebung der republikanischen Partei auf demselben Standpunkt, welchen die Nation im Allgemeinen bei der Julirevolution eingenommen hatte. Der leitende Grundsatz auswärtiger Politik ist der der Nichtintervention.

Ludwig Philipp scheint die Verschlimmerung seiner Lage unter diesen Umständen gar nicht erkannt zu haben, denn er steigerte stets sein Verfahren; Warnungen, zuerst von der linken Seite, dann von der richtigen Mitte öffentlich und im Schlosse ausgesprochen, wurden nicht beachtet. Er wählte mit seiner gewöhnlichen Schlauheit in Benutzung der Menschen einen Staatsmann, der energisch und mit Charakterstärke handeln konnte, weil sein Verfahren auf Ueberzeugung beruhte, den er deßhalb bis auf einen gewissen Grad zur Erhöhung der königlichen Gewalt vortrefflich brauchen konnte; war der Grad erreicht worden, und hätte derselbe nicht weiter gehen wollen, so würde er ihn ebenso wie Laffitte und Thiers als nutzloses Werkzeug weggeworfen haben. Dieser Staatsmann war Guizot, noch der einzige unter allen späteren Ministern Ludwig Philipps, der Selbstständigkeit und moralische Achtbarkeit bewahrt hatte. Auch ist er sich in seiner Parteiansicht stets consequent geblieben, denn von Anfang seiner Laufbahn an ist dieselbe stets auf ein Gleichgewicht zwischen der Krone, dem Adel und den Mittelklassen, sowie auf Ausschließung des niedern Volkes gerichtet gewesen — eine Ansicht, die er sowohl in Schriften entwickelt, wie auf der Rednerbühne häufig ausgesprochen hat; deßhalb hatte er während der Restauration lange Zeit sich zur Opposition gehalten, als erstere auf die Wiederherstellung des Zustandes von 1789 hinwirkte; ebenso hatte er sich der unbedingten Selbstregierung Ludwig Philipps unter dem Ministeriums Molé denselben Ansichten gemäß widersetzt. Andererseits war der Zustand in Frankreich überhaupt seinen Ansichten nicht gemäß, weil die Revolution dort den Einfluß

des Adels vernichtet hatte, und er mußte schon durch Vertretung jeder Maßregel, welche die Wiederherstellung einer aristokratischen Staatsgewalt hinsichtlich der Pairskammer bezweckte, mit der öffentlichen Meinung in Widerstreit gerathen. Der Julirevolution hatte er sich angeschlossen, nachdem dieselbe geschehen war, obgleich sie weit über seine Bestrebungen in den unmittelbaren Folgen hinausging; die damalige Veränderung der Staatsgesetze, besonders die Abschaffung der Erblichkeit in der Pairskammer und die Heruntersetzung des Wahlcensus von 300 bis auf 200 Fr. war seinen Ansichten entgegen. Um so mehr mußte ihm die weitere Herabsetzung des letztern zuwider sein, die zuletzt bei der Unerträglichkeit des Regierungssystemes verlangt wurde. Hinsichtlich der letzten Ereignisse war auch die Unterstützung der Politik Ludwig Philipps durchaus seinen Ansichten und den Ueberlieferungen seines früheren Lebens gemäß. Der Fall der Aristokratien in der Schweiz widerstrebte ihm von Anfang an; besonders aber scheint die Entfernung der Genfer Aristokratie von der Regierung seine feindliche Stellung gegen die jetzigen Verhältnisse der Schweiz bedingt zu haben, da er mit derselben durch langjährige und genaue Verbindungen zusammenhing. (Er hatte einen Theil seiner Erziehung als Reformirter in Genf erhalten.) Weil er Charakter besaß und nach festen Grundsätzen, nicht aber nach persönlichen Rücksichten des Eigennutzes verfuhr, war er somit in der Vertretung der letzten Politik Ludwig Philipps diesem von weit größerem Nutzen, wie dessen sonstige Werkzeuge, ob er gleich dem Könige wegen seiner Selbstständigkeit in anderer Hinsicht widerwärtig sein mußte, und auch gewiß entfernt worden wäre, wenn man die Zwecke, die man bei ihm im Auge hatte, erreicht haben würde. Sein entschiedener und hartnäckiger Widerstand gegen den Volkswillen ließ sich ohnedem bei ihm vorhersehen, da er in der Erkenntniß seiner durch die Parteigesinnung bewirkten Stellung von jeher Verachtung gegen Popularität gehegt und offen ausgesprochen hatte. Sein Ruf hinsichtlich der Rechtlich-

keit war unantastbar, und auch die jetzigen Ereignisse inmitten der allgemeinen Corruption der Regierung haben denselben nicht anders bloßgestellt, als daß er mit einer gewissen, ihm sonst nicht gewöhnlichen Charakterschwäche eine Art Aemterkauf geduldet hat, der übrigens seit 1814 gewöhnlich, und somit auch hergebracht gewesen war.

Blickt man auf die Zeit von 1841 zurück, so erkennt man unter allen einflußreichen Parteien Frankreichs einen bedeutenden Widerwillen gegen das bestehende Wesen, und somit auch nicht die geringste Neigung der Regierung irgend ein Verdienst zuzuschreiben, welches letztere hinsichtlich der Beförderung des öffentlichen Wohlstandes und der rein materiellen Interessen in Anspruch nahm. Allerdings hat Frankreich seit der Julirevolution einen so hohen Wohlstand erreicht, wie ein solcher sich niemals vorher vorgefunden hatte; allein dies wurde nur als eine natürliche Folge der Entwickelung der Nationalkräfte unter den freisinnigen Institutionen betrachtet, welche durch die erste Revolution errungen und durch die späteren Ereignisse noch mehr befestigt, in das ganze Volksleben eingedrungen waren. Im Gegentheil wurden der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie durch Beibehaltung von Einrichtungen, welche der Entwickelung des Handels und der Industrie nachtheilig seien, die größere Ausdehnung des allgemeinen Wohlstandes hemme, weil jene Einrichtungen ein bedeutendes Glied in dem ganzen System der Ausübung des Regierungseinflusses bildeten. Hiezu gehörte z. B. das Tabaksmonopol, dessen Ertrag sich durch eine Einkommensteuer leicht ersetzen ließ; die Regierung aber verstand sich nicht zu der Abschaffung, weil sie die Vergebung der zahlreichen darauf beruhenden Aemter nicht verlieren wollte, wodurch sich ein bedeutender Einfluß auf die Wahlen ausüben ließ. In derselben Weise schadete sie durch unbedingte Aufrechthaltung des Verbotsystemes, um die Stimmen zahlreicher Fabrikanten gewisser künstlich erhaltener Industriezweige nicht zu verlieren, dem allgemeinen Handel. Städte, wie Lyon und Bordeaux, wo

eine Industrie blüht, hinsichtlich welcher die Franzosen alle andern Völker übertreffen, oder wo die Naturreichthümer Frankreichs vorzugsweise ihren Ausgang haben, waren durchaus nicht mit dem Regierungssystem zufrieden, und in Bordeaux besonders empfand man auf empfindliche Weise, wenn auch keine Verarmung, wenigstens keine Zunahme des Handels und Reichthums, die den allgemeinen Verhältnissen des Staates und dem überall sonst auch steigenden Verkehre in einem langdauernden Frieden entsprach.

Unter diesen Verhältnissen trat die Kammererneuung 1846 ein. Es herrschte nirgends eine politische Aufregung, und somit auch konnte das lang organisirte System des Regierungseinflusses eine ministerielle Mehrheit zusammenbringen, wie sie der Julithron noch niemals gehabt hatte. Nur ergab sich schon damals ein bedenkliches Zeichen; Ludwig Philipp erlitt eine vollkommene Niederlage in den Wohlkollegien von Paris, welche die Stimmung der Wähler, wenn dieselben ihre Stimmen nicht nach anderweitigen Rücksichten gaben, in so weit bezeichnen konnte, da Paris bekanntlich mehr wie irgend eine andere Hauptstadt die Richtung der Nation andeutet oder bedingt. Jedenfalls war diese Abstimmung eine deutliche Erklärung über die Abneigung der Nationalgarde, und somit ein Vorspiel dessen, was vor Kurzem geschah. Indeß auch in anderer Hinsicht bot diese überwiegende Mehrheit ein schlimmes Vorzeichen. Auch Villèle hatte, wie Ludwig Philipp, eine überwiegende Mehrheit; allein derselbe hat den Fall der älteren Linie der Bourbons vorbereitet; die damaligen Minister, in der Voraussicht, daß sie alle ihre Vorschläge bestimmt durchsetzen würden, brachten die Emigranten-Entschädigung, das Erstgeburtsgesetz u. s. w. ein, begannen den spanischen Feldzug von 1823 und wagten überhaupt eine Menge Dinge, wodurch der Haß gegen die Dynastie und die herrschende Partei unvertilgbar wurde. Ferner zerfiel die Mehrheit; es bildete sich eine Contreopposition, d. h. eine Opposition aus der Mehrheit, die sich aber wieder von der gewöhnlichen Opposition sonderte. Endlich machte sich jene

Kammer und deßhalb auch die Regierung dadurch verächtlich, daß sie sehr wenig Männer von Talent, sondern fast allein Leute enthielt, deren einziges Verdienst für die Regierung in ihrer Bereitwilligkeit und Pünktlichkeit bei Abstimmungen bestand und die sich sonst nur in lärmenden Unterbrechungen oder Beifall und im ungestümen Rufe: „zur Tagesordnung!“ bei mißliebigen Fragen bemerklich machten.

Alle diese Erscheinungen haben sich auch bei dieser letzten Kammer Ludwig Philipps gezeigt, wenn man heftige reaktionäre Maßregeln ausnimmt, die wenigstens eingeleitet oder begonnen waren, als endlich eine Rückwirkung gegen das ganze System stattfand und zuletzt das ganze künstliche Gebäude ohne feste Grundlage zu Boden warf. Ein zweiter spanischer Feldzug war in Bezug auf die Schweiz eingeleitet; eine Contreopposition hatte sich in der Mehrheit gebildet, als die erste Session der ergebenen Kammer so fruchtlos vorüberging, daß auch nicht das geringste Ergebniß zur Befriedigung der Wähler dargeboten werden konnte. Die Kammer war ebenso abgenutzt, wie die Linke und die eigentliche richtige Mitte. Die Redner, welche die Mehrheit repräsentirten, konnten nicht mehr über die abgebrauchten Phrasen von Erhaltung der Ordnung, von nothwendiger Sicherung vor Gefahren, welche von Radikalen drohten, und dergl. hinausgehen — Phrasen, die bei der allgemeinen Ruhe ebenso abgenutzt waren, wie einst der Ruhm des Kaiserreichs u. s. w. Die Mehrheit wurde somit verächtlich, und alle ministerielle Deputirte, die nur einige Selbstständigkeit besaßen, begannen sich ihrer Kollegen zu schämen. Hierzu kam der allbekannte unabänderliche Wille — ein Hinderniß der Regierung, welches sogar Denjenigen, die sich nicht mehr an den Ursprung des Bürgerkönigthums erinnerten, nach dem Wesen der Franzosen eben so widerlich wurde, wie die Ansprüche, welche die Emigranten früher in ihre Heimath zurückgebracht hatten. Somit sonderte sich ein Theil der Mehrheit unter dem Namen conservative Reformatoren von dem ministeriellen Centrum ab; indeß war bereits die ganze

Partei in der Art zerfallen, daß auch diese keinen Leiter von Ansehen erhalten konnten. Sie bildeten sich als Partei unter der Führung von Emil Girardin, einem Manne, der in dem Ruf der Käuflichkeit stand, und auf der Rednerbühne niemals große Bedeutung hatte erlangen können, welcher deßhalb auch dieser Partei kein Gewicht zu ertheilen vermochte, ob er gleich durch eine Zeitung Einfluß im Publikum besaß.

Bald darauf zeigten sich Beweise der Corruption in solcher Art, daß die ganze Nation von dem Eindruck durchdrungen wurde. Wie sehr auch das Verderbniß des Systemes am Tage lag, war wenigstens noch kein Fall vorgekommen, worin die angesehensten Männer der herrschenden Partei durch Beweise bloßgestellt wurden, so daß die Organe der Regierung immer noch dergleichen Behauptungen als Verleumdungen der Oppositionspresse hinstellen konnten, die in den ersten Jahren der Julirevolution durch öftere unbegründete Behauptungen bei systematischer Anfeindung der herrschenden Partei sich um ihren Kredit gebracht und noch nicht den Einfluß wieder erlangt hatte, den sie 1829 und 30 übte. Die Art aber, wie die Bestechung zweier ehemaligen Minister erwiesen ward, stellte auch das Ansehen der Oppositionspresse wieder her, indem sowohl die Entdeckung wie die hauptsächlichste Beweisführung vom National ausging. Als die Pairskammer in Folge der Bekanntmachung von Briefen gegen den General und ehemaligen Kriegsminister Cubières als Gerichtshof ein Verfahren einleiten mußte, und als bald darauf Teste der Bestechung überführt wurde, fiel auch die Täuschung bei Denjenigen weg, die nur mit Widerstreben die Bestechlichkeit der Regierenden und der unmittelbaren Werkzeuge des Königs anerkannten. Das Urtheil, welches der Pairshof mit Widerstreben aussprach, entfernte den letzten Ueberrest moralischer Achtung vor der Regierung Ludwig Philipps; hierdurch schon allein ließ sich der Fall derselben als unausbleiblich voraussehen, wenn man irgend ein moralisches Gefühl bei dem französischen Volke noch voraussetzte.

Während der Eindruck dieses für die Regierung verhängnißvollen Prozesses noch als frisch die öffentliche Meinung bedingte, wurde die Nation durch Abscheu und Schauder bei dem Verbrechen des Herzogs von Choiseul-Praslin erschüttert. Dieses Verbrechen stand zwar nicht direkt, wie jener Prozeß, mit der Politik der Regierung im Zusammenhang, betraf auch nicht einen Mann, der die Staatsangelegenheiten unmittelbar geleitet hatte; der Verbrecher aber war eines der angesehensten Mitglieder des Hofes, ein Mann, der von Ludwig Philipp in mannigfacher Hinsicht ausgezeichnet wurde, weil er zu den ersten Mitgliedern des alten Adels, die sich der Juliregierung anschlossen, gehört hatte; somit wirkte auch der Eindruck wenigstens dahin, daß er die Ueberzeugung von der moralischen Verderbniß der nächsten Umgebung des Königs erweckte und diese sowohl als eine habsüchtige, wie als eine mit Lastern jeder Art befleckte Klasse erscheinen ließ, die keinen andern Bewegrund als Eigennutz und schmutzige Leidenschaften kannte. Der unheilvolle Eindruck wurde dadurch gesteigert, daß die Regierung unvorsichtigerweise einen erfolglosen Prozeß gegen den National wegen eines Artikels über dies Verbrechen begann, und daß der Verbrecher sich im Gefängniß entleibte. Ersterer Umstand gab den Anschein, als suche man den Ausdruck des Abscheus, weil der Verbrecher zu den höchsten Klassen der Gesellschaft gehörte, zu unterdrücken; der Selbstmord aber, der sonst bei verhafteten Verbrechern leicht zu verhindern ist, erweckte den Verdacht, die Regierung habe in diesem Fall eine geminderte Wachsamkeit anbefohlen, damit die öffentliche Hinrichtung eines Herzogs vermieden würde. Letzterer Verdacht, ob gegründet oder nicht, fand Glauben, da die Regierung bereits soviel an Achtung eingebüßt hatte, daß man ihr unehrliche Triebfedern überall unterschob. Durch diesen Glauben wurden die Franzosen um so mehr verletzt, da die Rechtsgleichheit bekanntlich eine derjenigen Erwerbungen der alten Revolution bildet, woran sie am eifrigsten festhalten.

Der Eindruck, welchen der Bestechungsprozeß hervorrief, war von solcher Art, daß die lange Ruhe der Nation in politischer Hinsicht plötzlich unterbrochen wurde. Die schon seit 1830 von der Opposition aufgestellte, jedoch bis dahin nur schwach vertretene Reform des Repräsentativsystems durch Minderung des Wahlcensus erhielt plötzlich allgemeinen Anhang; jede der ehemals einflußreichen Parteien bildete sich aufs Neue um diesen Mittelpunkt; der Tiersparti trat ebenso entschieden für dieselbe auf, wie die Linke, die Republikaner und die Legitimisten, und es zeigte sich, wie oben erwähnt, der gänzliche Mangel einer eigentlichen Partei der Regierung. Ganz Frankreich gerieth in eine ähnliche Bewegung für einen bestimmten Zweck wie unter Polignacs Ministerium für die Abgabenverweigerung. Die Aufregung war solcher Art, wie sie seit der Errichtung des Julithrones nicht mehr stattgefunden hatte. Man benutzte das einzige Mittel der öffentlichen Besprechung und Vereinigung, welches außer der Presse noch vorhanden war, die Zusammenkünfte bei Festessen, welche bald in ganz Frankreich gehalten wurden. Auf denselben, wo sich alle Parteien vereinigten, erkannte die Opposition ihre große Gewalt; die Mehrheit der Wähler war entschieden von der Regierung abgefallen, und nach der Berechnung der Zahl derselben stellte sich die Gewißheit heraus, daß die nächste Wahl für eine Veränderung im Repräsentativsystem günstig ausfallen würde. Die Stimmung gegen den König war bereits solcher Art, daß die Toaste auf ihn bei den meisten Versammlungen der Art wegfielen.

Uebrigens war das Mittel mit richtigem Blicke gewählt; ward die Zahl der Wähler vergrößert, so wurde auch in demselben Verhältniß das Bestechungssystem gelähmt oder zugleich entfernt — ein Grund, weßhalb sich der König um so entschiedener der Wahlreform widersetzte und dadurch gänzlich sich auf denselben Standpunkt wie ein unumschränkter Monarch stellte, welcher eine den Forderungen des Volkes entsprechende Veränderung als ein seine Würde bloßstellendes Verfahren zurückweist — ein Verhältniß, welches seiner Lage,

als der eines Wahlkönigs, noch weniger entsprach, wie der von Karl X., und somit auf keine andere Weise, wie mit seinem Falle enden konnte. Diese Reformbewegung war auch gleich anfangs als etwas ganz Anderes erkannt, wie die bloße, schon so oft versuchte Aufregung, die gleichsam nur auf die Oberfläche des Volkes einwirkte. In Deutschland freilich hielt man sie ziemlich allgemein nur für eine Bewegung letzterer Art, und so viel wir wissen, machte nur ein Correspondent der Allgem. Zeitung auf die wahre Bedeutung derselben vom Beginn an aufmerksam. Dieser schrieb z. B. am 7. Sept.: „Die merkwürdigste Bewegung im politischen Leben, die sich in diesem Augenblick hier kundgibt, ist die Thätigkeit der Vereine für die Wahlreform. An der Oberfläche betrachtet, scheint sie unverfänglich, weil sie so vielen vergeblichen Versuchen ähnlicher Art gleichsieht; allein das Maß ist unterdessen immer voller geworden, und der Wassertropfen selbst höhlt zuletzt den Stein. Beachtungswerth muß selbst in den höhern Regionen der Umstand geschienen haben, daß so viele Beamte, besonders gerichtliche Beamte, sich der Bewegung angeschlossen haben. Durch diesen Beitritt gewinnt sie in den Augen der Menge die äußere Berechtigung des Gesetzes und der Dringlichkeit. Das Beispiel des Obergerichtspräsidenten von Colmar, der sich bei einer öffentlichen Versammlung feierlich für die Wahlreform ausgesprochen, hat Wirkung hervorgebracht und wird Nachahmer finden. Ein ferneres Zeichen der Zeit ist die Betheiligung der Generalräthe an der Wahlreform. Ganz jüngst hat der Generalrath von Metz den Wunsch und das Verlangen nach einem Wahlgesetz ausgesprochen, welches die Unabhängigkeit der Wähler ebensowohl als der Gewählten sichere; die Form ist weit und elastisch, und das Bestehende verschwindet neben dem, was herbeigewünscht wird. Ebenso wichtig ist die allgemeine Gährung, die in den Verwaltungen ausgebrochen ist: die öffentliche Meinung will nicht länger die Herrschaft der Mißbräuche, der Unterschlagungen und Bestechung dulden; das Kriegsministerium zumal ist hier die Zielscheibe der heftigsten und

leider gerechtesten Angriffe. Der Rechnungshof selbst hat vor einem Jahr etwa die Unregelmäßigkeiten und Abänderungen gerügt, die in den Belegurkunden dieser Verwaltung vorkommen, und der Assisenpräsident in der Sache von Benier und Consorten hat in öffentlicher Sitzung von den entdeckten turpitudes gesprochen. Bisher hatte das Publikum geschwiegen, weil es auf Abhülfe nicht rechnen konnte und ihm die Unterstützung der Oeffentlichkeit mangelte. Jetzt aber sind diese Beschwerden an der Tagesordnung, und sowie aus allen Richtungen Klagen einlaufen gegen die Unterschlagungen und das Verlorengehen der Gelder und Papierwerthe in der Postverwaltung, so werden die Betheiligten, Verkürzten und Mißhandelten gegen die Unbill sich erheben, die ihnen von den Beamten des Kriegsministeriums zugefügt worden ist. Von Algier aus insbesondere dürfen wir einen wahren Sturm von Anklagen und Anzeigen gewärtigen, da die Tagsblätter, namentlich der Courrier Français, sich zum Vertreter und Vertheidiger derselben erboten haben."

Die Reformbankette nahmen bald eine Richtung an, die allmählig republikanisch wurde. Sie hatten in verschiedenen Städten ihren Fortgang, und es war der Toast auf eine hohe Person prinzipiell ausgeschlossen, oder es war ihm wenigstens eine prägnante Form gegeben: A la souveraineté nationale et au Roi constitutionnel. Diese direkte feindselige Haltung nach oben fing nun auch an, bei manchen Conservativen, die an sich der Reformbewegung nicht abhold waren, und selbst bei Angehörigen der Mittelpartei, Aergerniß zu erregen. Zwei bekannte Kammermitglieder, Dufaure und Monnier de la Sizeranne, hatten daher den ihnen in Saintes und Valence angebotenen Vorsitz ablehnen zu müssen geglaubt. Auf diese Loyalitätsäußerungen legte das Journal des Debats großen Werth, es nannte dieselben einen harten Schlag für Duvergier de Hauranne, und hoffte, daß es bald zu einer völligen Trennung der mildern Parteien von den radikalen Elementen kommen werde. Bald spielte der Radikalismus bei diesen Zweckessen die Haupt-

rolle, und die mancherlei Schattirungen des gemäßigten Liberalismus hatten sich entschieden untergeordnet. Da waren denn die Tischreden meist unverblümt gegen den Hof gerichtet. So sollte in der Reformversammlung, die am 24. Okt. in Chartres unterm Vorsitz des Raths am Cassationshof Isambert stattfand, dieser Redner am stürmischsten beklatscht worden sein, als er unter denen, die man aus der Wahlkammer ausschließen müsse, nach einander Adjutanten und Lieferanten aufführte. Die auswärtige Politik wurde im Allgemeinen von den Reformfreunden wenig eingemischt, nur mit Italien und Pius IX. machten sie eine Ausnahme: es ging selten eine oratorische Demonstration vorüber, ohne daß dem Papste ein freier Tribut der Bewunderung dargebracht wurde.

Unter den mannigfachen Reformbanketten erhielt das von Neubourg eine auch vom Journal des Debats anerkannte Bedeutung, wodurch die Art, wie sich der ehemalige Minister Dupont de l'Eure, als Vorsitzender, und das bekannte Kammermitglied Garnier-Pagès dabei ausgesprochen hatten. Der erstere charakterisirte die gegenwärtige Politik als das Streben, vor allem den Geist der Juliusrevolution zu tödten, und die Sieger derselben vom politischen Schauplatz zu entfernen; daher trage das nach langem Zuwarten erschienene, geschickt berechnete Wahlgesetz von 1831 ganz das Gepräge der Prinzipien und Traditionen der Restauration. Man habe das Wahlmonopol zu Gunsten einiger Censusmänner ohne andern Rechtstitel als den Reichthum festgestellt, die Wahlkollegien durch unendliche Zersplitterung wehrlos dem Einfluß der Gewalt und den Verführungen des persönlichen Interesses überantwortet, ihnen alle Keime der Bestechung zum Vortheil des egoistischen Wählers und des Repräsentanten-Staatsdieners eingepflanzt, die natürlich stets zur Versicherung bereit seien, sie seien „befriedigt," um mit unzerstörbarer Fügsamkeit für Diejenigen zu votiren, die über hohe Stellen, reiche Gehalte und Budgetbegünstigungen zu verfügen hätten. Das sei

nicht die Juliusregierung, das sei ein eitles Trugbild davon, das Niemand mehr blenden könne (ce n'en est que le mensonge, qu'un vain simulacre). „Es gibt keine Klassen mehr unter uns, es gibt keine Kategorien von Industriellen, Kaufleuten, Landwirthen, Reichen, Armen. Ich erkenne keine Klassen an, es gibt in Frankreich nur französische Staatsbürger. Ja, Gleichheit für Alle!" Dann, als ob er Herrn Guizot in Person vor sich hätte, war er fortgefahren: „Und Sie, Herr Guizot, das ist eine abscheuliche Theorie, daß Sie sagten: es gebe verschiedene Klassen, Bürgersleute und die arme Klasse, die Herren und das Volk. Sie haben uns theilen wollen, es wird Ihnen nicht gelingen. Ihre treulosen Lehren täuschen Niemand. Das Licht der Wahrheit dringt durch. Wir leben zusammen ein gemeinschaftliches Leben, mit denselben Empfindungen, denselben patriotischen Gedanken, und ich sage es noch einmal, es gibt hier in Frankreich nur französische Staatsbürger. Ich sehe hier viele Bürgersleute, um mich des gebräuchlichen Ausdrucks zu bedienen; sie lachen über die der meinigen entgegengesetzten Lehre, sie klatschen mir Beifall. Warum? Weil sie sittlich, wahr ist und den großen, den edlen Gesinnungen der Nation entspricht."

Bezeichnend ferner und wichtig durch die Andeutung der Volksstimmung einer bedeutenden Provinz war das Bankett in Straßburg, wodurch die Stimmung des ganzen Elsasses, die immer einige besondere Wichtigkeit auch in den Augen der Franzosen hat, durch Abgeordnete verschiedener Städte ausgesprochen wurde. Es ward eine von dem Centralausschusse der Pariser Oppositionswähler entworfene Bittschrift für Wahlreform unterzeichnet. Abordnungen aus Schlettstadt, Rappoltsweiler, Markirch, Colmar und Mülhausen schlossen sich der feierlichen Kundgebung an, die, um mit dem Niederrheinischen Kurier zu reden, sehr furchtgebietend und höchst bezeichnend war. Die alte Mutterstadt des elsässischen Patriotismus habe, wie dieses Blatt behauptet, so eben die Erstarrung abgeschüttelt, in welcher sie seit eini-

gen Jahren versenkt war, mit kräftiger Hand habe Straßburg das Panier der Wahlreform aufgepflanzt. Seit dem Jahr 1830 habe keine so glänzende Demonstration, die so sehr die allgemeine Zustimmung des Volks erlangt, stattgefunden, und nie sei der Staatsgewalt eine feierlichere Warnung von unserem unzufriedenen und entrüsteten Elsaß gegeben worden. Es wurden zahlreiche Trinksprüche ausgebracht, unter denen folgende die bemerkenswerthesten waren: „Der Volkssouveränetät", „der politischen Rechtschaffenheit", „der Wahlreform", „der Organisation der Arbeit", „der französischen Revolution und ihren Grundsätzen", „den Erinnerungen an 1789 und 1830", „der Eintracht aller freisinnigen Ansichten", „den rechtlichen Leuten aller Parteien", „der Eintracht aller Patrioten, sowie aller Schattirungen der freisinnigen Opposition", „den Patrioten des Elsasses, welche dieser großen Nationalkundgebung beigetreten." Der ehemalige Deputirte Straßburgs, Martin, schloß seinen Trinkspruch auf die Eintracht aller rechtlichen Männer mit den bezeichnenden Worten, daß es zwischen der Bestechung und der Redlichkeit keine richtige Mitte (juste milieu) gebe. Das Fest dauerte etwa vier Stunden, und es wohnten demselben Männer aller Parteien bei, die auch sämmtlich die Bittschrift für Wahlreform unterzeichneten. Es blieb immer für die Regierung ein bedeutungsvoller Wink, daß sie einer zeitgemäßen Verbesserung des Wahlgesetzes nicht länger hemmend in den Weg treten konnte, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, selbst von ihren besten Freunden verlassen zu werden.

Als Charakteristik der Reformbankette mögen diese einzelnen Angaben dienen; es erhellte wenigstens aus denselben, daß die unabhängigen Männer aller Parteien, sowohl der ehemaligen richtigen Mitte, wie der Linken, abgesehen von Legitimisten und Republikanern, sich um das Prinzip gesammelt hatten und die Persönlichkeit des Königs, als feindselig den Nationalbestrebungen betrachteten. Uebrigens ergab sich nicht die geringste Störung der Ordnung, wodurch

das Einschreiten der Regierung nach den bestehenden Gesetzen gerechtfertigt worden wäre. Diese Art der Zusammenkünfte war durch die Gesetze in der Art gesichert, daß sogar die Restauration während der Aufregung von 1829—1830 nichts dagegen unternommen hatte, sondern auch diejenigen Festessen ungestört vor sich gehen ließ, worin der Gedanke der Nationalsouveränetät nach der ersten Revolution vorherrschte; nur die Regierung Luwig Philipps war verblendet genug, ein Verfahren gegen die Abhaltung solcher Bankette zu beginnen, und zwar nach der Weise dieses Königs, nicht durch entscheidendes Auftreten, wie man es etwa von Guizot hätte erwarten können, sondern durch eine Art juristischer Chikane.

Während der Bankette hatten sich die neu vereinigten Parteien in so weit organisirt, daß sie die Mittel zur weiteren Vereinigung und zum Zusammenwirken einrichteten. Nach den Verhältnissen Frankreichs mußte die Bewegung von Paris ausgehen; die Wähler von Paris waren somit zur regelmäßigen Abhaltung dieser Reformbankette übereingekommen; durch das Beispiel von Paris wären dieselben zu einem bleibenden Mittel geworden, die Bestrebungen der Partei zu leiten und im ganzen Reiche zusammenzuhalten, und so durch eine regelmäßige Wiederholung der Festessen in ganz Frankreich eine Uebereinstimmung der Parteien zu bewirken. Es herrscht kein Zweifel, daß die Durchführung der Reform auf diese Weise in kurzer Frist gelungen wäre, wenn nicht die Verblendung der Regierung durch nutzlosen Widerstand Ereignisse veranlaßt hätte, wodurch weit mehr, als die Reformpartei vorerst wünschte, erlangt wurde, die aber von der Vereinigung aller selbstständigen Parteien, sowie sie erlangt waren, als glückliche Erfolge aufgenommen wurden.

## Die letzte Session der monarchischen Kammer.

Mittlerweile waren die Ereignisse der Schweiz dazu geeignet, die Person des Königs unbedingt verhaßt zu machen. Ludwig Philipp hatte die Thorheit begangen, welche 1841 eine Regierung in England gestürzt hatte, weil dieselbe einem Volke mit freien Staatseinrichtungen, wie dem der Engländer, unbedingt unter den jetzigen Verhältnissen widerstreben mußte. Er war eine Verbindung mit den unumschränkten Mächten Europa's eingegangen, und offenbar mit noch größerer Thorheit, wie damals Lord Palmerston, nämlich zur Unterdrückung einer Bewegung der liberalen Partei. Er hatte hierbei, wie schon erwähnt, die Keckheit gehabt, allen überlieferten Meinungen der Franzosen zu trotzen, welche schon seit zwei Jahrhunderten die Selbstständigkeit der Schweiz, Oesterreich gegenüber, zur Sicherung eines großen Theils ihrer Grenzen für die unumgängliche Bedingung der Sicherheit Frankreichs halten, deren Abneigung gegen die Jesuiten ein Hauptgrund der Vertreibung der ältern Bourbons war, und bei denen endlich irgend ein Verfahren, das an Verona und den spanischen Feldzug erinnerte, einen mehr als widerlichen Eindruck machten. Die Berufung auf die Verträge von 1815 galt als ein neuer Betrug Ludwig Philipps, da dieselben wegen Krakau als nicht länger bindend für Frankreich nicht lange vorher erklärt waren. Die Unterstützung, welche dem Kanton Freiburg an Waffen geleistet war, und im Allgemeinen das Auftreten gegen eine liberale Richtung machte die Person des Königs verhaßter, wie irgend ein anderes früheres Verfahren; man traute nicht länger den späteren Versicherungen einzelner ministerieller Deputirten, daß keine Intervention eintreten werde. Der Umstand, daß der König selbst sich gegen die Reformbankette in der Thronrede erklärte, da man wußte, daß er dergleichen selbst verfasse, oder daß wenigstens die Minister keine Phrase einbringen

dürften, womit er nicht einverstanden wäre, setzte seine Persönlichkeit dem Hasse noch weiter aus. Die Kammer wurde am 28. Dezember eröffnet; er selbst schien zu empfinden, daß ein bedeutender Kampf bevorstehe, denn sein Auftreten, vielleicht auch durch Krankheit oder Abnahme der Geisteskräfte, war nicht mehr wie früher. Folgendes ist die Thronrede, wodurch er seine Persönlichkeit der Nation schroff entgegenstellte und worin er durch eine einzige Phrase, die nicht mit dem gewöhnlich gemessenen und förmlichen Wesen solcher Reden übereinstimmt, die erste Veranlassung zu den spätern Ereignissen gab.

„Meine Herren Pairs und Abgeordneten!

Indem ich mich in Ihrer Mitte wiederfinde, bin ich glücklich, nicht mehr die Uebel beklagen zu müssen, welche die Theurung der Lebensmittel unserem Vaterlande auflegte. Frankreich hat sie mit einem Muth ertragen, den ich nicht ohne tiefe Bewegung betrachten konnte. Nie war unter solchen Umständen die öffentliche Ordnung und die Freiheit des Verkehrs so allgemein aufrecht erhalten worden. Der unerschöpfliche Eifer der Privatmildthätigkeit hat unsere gemeinschaftlichen Bemühungen unterstützt. — Unser Handel, Dank seiner klugen Thätigkeit, ist von der Krisis, die sich in andern Ländern fühlbar machte, nur schwach betroffen worden. Wir sind dem Ende dieser Prüfungen nahe. Der Himmel hat die Arbeiten der Bevölkerung gesegnet, und reichliche Ernten bringen überall den Wohlstand und die Sicherheit zurück. Ich wünsche mir dazu mit Ihnen Glück. — Ich rechne auf Ihre Mitwirkung, um die großen öffentlichen Arbeiten zu Ende zu führen, die, indem sie über das ganze Königreich die Schnelligkeit und Leichtigkeit der Verbindungen ausdehnen, neue Quellen des Wohlstands eröffnen sollen. Während genügende Hülfsquellen fortwährend diesen fruchtbaren Unternehmen zugewendet werden, wollen wir Alle mit sorgfältiger Sparsamkeit über die gute Verwendung des öffentlichen Einkommens wachen, und ich hege das Vertrauen, daß in

dem gewöhnlichen Staatsbudget, das Ihnen unmittelbar vorgelegt werden wird, die Einnahmen die Ausgaben decken werden. — Es wird Ihnen ein besonderer Gesetzesentwurf vorgelegt werden, um den Preis des Salzes zu vermindern und die Brieftaxe zu erleichtern, so weit dies mit dem Stande unserer Finanzen verträglich ist. — Gesetzesentwürfe über den öffentlichen Unterricht, das Gefängnißwesen, über unsern Zolltarif sind bereits Ihren Berathungen unterworfen. Andere Gesetzesentwürfe werden Ihnen über verschiedene wichtige Gegenstände vorgelegt werden, namentlich über die Gemeindegüter, das Hypothekenwesen, die Leihhäuser, die Anwendung der Sparkassen zu neuen Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klassen. Es ist mein fester Wunsch, daß meine Regierung unter Ihrer Mitwirkung zu gleicher Zeit für die Entwicklung der Sittlichkeit und des Wohlstands der Bevölkerung arbeite. — Meine Verhältnisse zu sämmtlichen fremden Mächten flößen mir das Vertrauen ein, daß der Weltfriede gesichert ist. Ich hoffe, daß der Fortschritt der allgemeinen Civilisation sich überall im Einvernehmen zwischen Regierungen und Völkern, und ohne die innere Ordnung und die guten Verhältnisse der Staaten zu stören, erfüllen wird. — Ein Bürgerkrieg hat das Glück der Schweiz getrübt. Meine Regierung hatte sich mit den Regierungen Englands, Oesterreichs, Preußens und Rußlands verständigt, um diesem benachbarten und befreundeten Lande eine wohlwollende Vermittlung anzubieten. Die Schweiz wird, wie ich hoffe, erkennen, daß die Achtung der Rechte Aller und die Aufrechthaltung der Grundlagen der schweizerischen Eidgenossenschaft allein ihr die dauerhaften Bedingungen des Glückes und der Sicherheit vergewissern kann, die Europa ihr durch die Verträge verbürgen wollte. — Meine Regierung hat, in Uebereinstimmung mit jener der Königin von England, Maßregeln ergriffen, die endlich dazu führen sollen, unsere Handelsverhältnisse an den Ufern des Plata wiederherzustellen. — Der berühmte Heerführer,

der lange und ruhmvoll in Algier befehligte, hat gewünscht, von seinen Mühen auszuruhen. Ich habe meinem vielgeliebten Sohn, dem Herzog v. Aumale, die große und schwierige Aufgabe, dieses französische Gebiet zu verwalten, anvertraut. Ich denke mit Vergnügen daran, daß unter der Leitung meiner Regierung und Dank dem unermüdlichen Muth des hochherzigen Heeres, das sie umgibt, seine Wachsamkeit und Hingebung die Ruhe, die gute Verwaltung und das Wohlsein unserer Niederlassung sichern wird. — Meine Herren, je mehr ich im Alter vorrücke, desto mehr widme ich dem Dienste Frankreichs, der Sorge für seine Interessen, für seine Würde, sein Glück, mit Hingebung Alles, was Gott mir an Kraft und Thätigkeit gegeben und noch erhalten hat. Mitten in der Bewegung, die feindliche oder blinde Leidenschaften anschüren, stärkt mich eine Ueberzeugung und hält mich aufrecht — die, daß wir in der constitutionellen Monarchie, in der Vereinigung der großen Staatsgewalten die sichern Mittel besitzen, um alle diese Hindernisse zu überwinden und allen geistigen und materiellen Interessen unseres theuern Vaterlandes zu genügen. Halten wir, der Verfassung gemäß, die gesellschaftliche Ordnung und alle ihre Bedingungen fest. Verbürgen wir treulich, der Verfassung gemäß, die öffentlichen Freiheiten und alle ihre Entwicklungen. So werden wir den kommenden Geschlechtern das uns anvertraute Gut unverletzt übergeben, und sie werden uns segnen, daß wir das Gebäude gegründet und vertheidigt haben, unter dessen Schutze sie frei und glücklich leben werden."

Die Session dieser Kammer, als die letzte des Julithrones, fügen wir hiemit in kurzem Auszuge bei; man wird aus demselben erkennen, daß die Leidenschaftlichkeit, welche lange Zeit aus den Verhandlungen wenigstens als allgemein verschwunden war, aufs Neue wieder eintrat, daß die bedeutendsten alten Parteiführer sich in der Opposition unter der heftigsten Stimmung gegen den König vereinigten, daß somit auch die Gleichgültigkeit des Volkes nicht länger bleiben

konnte. Die Mehrheit hielt zwar zur Regierung, war aber nicht von solcher Art, daß ihr irgendwie eine Achtung zu Theil wurde. Die Regierung hatte zwar, um ein Gegengewicht gegen das Verlangen der Reformpartei zu erlangen, Reformen verschiedener Art versprochen (s. die Thronrede), indeß diese, während der früheren Session von ihr nicht beachtet, blieben jetzt ohne Wirkung nach Anregung der allgemeinen Reform, durch welche alles Andere leicht zu erlangen war. Nehmen wir zuerst die Finanzlage, in welcher ein Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe kein einziges Mal seit 1830 stattgefunden hatte.

Am 24. Januar fand hierüber folgende wichtige Verhandlung statt: Leon Faucher, von der puritanischen Linken, erklärte: die finanzielle Lage des Landes sei so düster, wie die politische; Handel und Fabriken darniederliegend, die Arbeitsfrage ein täglich beunruhigenderes Aussehen gewinnend, die ganze Finanzlage so schwierig, daß es noch Muth von Seiten der Darleihenden bedurft habe, um das letzte für das Land so lästige Anlehen zu Stande zu bringen. Für 1848 sei der Ausfall auf 35 Mill. Fr. angeschlagen, und das Jahr 1849 werde die Reserve des Tilgungsfonds erschöpfen, während noch unermeßliche Staatsbauten bevorstehen und die schwebende Schuld die Summe von 1000 Millionen erreicht habe. In gleichem Sinne sprach Jules von Lasteyrie. Der Finanzminister, Hr. Dumon vom Lot, entwarf sofort ein günstigeres Bild von der finanziellen Lage des Landes, versprach wiederholt für dieses Jahr das Erlöschen des Ausfalls, ein Versprechen, dessen Aufrechterhaltung durch den Stand der Dinge in Nordafrika noch wahrscheinlicher werde. Auch die Ausführung der noch bevorstehenden Staatsbauten sei gesichert.

Auch Herr Fould entwarf ein ungünstiges Bild von der Finanzlage: die schwebende Schuld sei um 400 Mill. Fr. gestiegen. Auch die russische Hülfe hält er für bedenklich, weil Rußland, wenn es die nun in seinem Besitz befindlichen französischen Renten plötzlich an die Pariser Börse wärfe,

große Verlegenheiten bereiten könnte. Den Antheil, den die Bank an dem letzten Anleihen genommen, hält er für bedenklich. Der Finanzminister bekämpfte diese Ansicht und erklärte den russischen Rentenkauf durch das Bedürfniß Rußlands, sein überflüssiges Getreide in Frankreich abzusetzen. Herr Thiers erklärte, ihm scheine die Finanzlage nicht so schwarz, wie mehren Rednern, aber auch nicht so günstig, wie dem Minister; wenn man von Ausfällen spreche, berufe sich derselbe auf die schlechten Ernten und die Ueberschwemmungen, wenn man Mittel verlange, um den Bedarf zu decken, stelle er auf die schwebende Schuld Anweisungen aus, wenn man bemerke, eintretende Fälle könnten den finanziellen Fortschritt hemmen, behaupte er, eine friedliebende Regierung habe keinen solchen Fall zu befürchten. Das sei Selbsttäuschung oder Täuschung Anderer. Er seinerseits sei überzeugt, daß die Finanzlage schwierig, daß es nöthig sei, einen andern Weg einzuschlagen, wenn man nicht auf einen Umsturz hinauskommen wolle. Das ordentliche Budget sei nicht im Gleichgewicht, die Reserven des Tilgungsfonds, welche der geringste Zufall der Vollendung der großen Staatsbauten ganz entreißen könne, seien zu diesem Zweck bereits unzureichend. Das ordentliche und außerordentliche Budget zusammengenommen, verwende die Regierung jährlich 1600 Millionen. Vor acht Jahren haben die Ausgaben nur 1300 Millionen betragen, und schon damals seien sie drückend gewesen. Wenn man vor zehn Jahren von einer Staatsausgabe von 1300 Millionen gesprochen hätte, so wäre man vor Schrecken zurückgebebt, denn damals sei man schon mit einem Budget von 1000 Mill. auf Ausgabenverminderung bedacht gewesen, so daß man dem damaligen Unterrichtsminister, jetzigen Ministerpräsidenten (Guizot) eine Million für den Volksunterricht verweigert habe. Die französischen Finanzen sinken einen Abhang hinab, und die Schwere der Staatslasten vermehre sich alljährlich. Die alljährlichen Gleichgewichtsversprechen gehen alljährlich in den Wind; ob man jetzt mehr darauf bauen könne? Das neueste, so unvor-

theilhafte Anleihen sei bereits verwendet, ehe es noch untergebracht sei. Die Behandlung der Reserven des Tilgungsfonds als einer ordentlichen Einkommensquelle heiße so viel, als ein neues Anleihen, nur auf eine andere Art: es sei ganz das Gleiche, ob man von dem Tilgungsfond oder von Rothschild entlehne. So lange der schwebenden Schuld keine Schranken gesetzt werden, werde die Kammer nie klar in die Finanzen sehen. Und dieses Hineinstürzen in solche zügellose Ausgaben geschehe in der schwierigsten Gestaltung der politischen Verhältnisse: das sei Unvorsichtigkeit, Verblendung.

Am 25. in Fortsetzung dieser Debatte berechnete Thiers, daß die schwebende Schuld in den Jahren 1848—50 die Summe von 750—800 Millionen erreichen werde, eine sehr gefährliche Höhe, wenn man bedenke, in welche Verlegenheit dadurch der Staatsschatz bei dem drohenden Aussehen der auswärtigen Verhältnisse gelangen könne; Schatzscheine helfen in solchen Fällen nicht mehr.

Am 26. antwortete zwar der Finanzminister hinsichtlich der schwebenden Schuld (der Vorschüsse, welche die Regierung aufnimmt und woher sie immer Geld findet, um unvorhergesehene Ausgaben und Ausfälle zu decken, die aber noch nicht in das Staatsschuldbuch eingetragen werden, sondern, einer freilich irrigen Fiktion nach, aus den laufenden Mitteln zurückgezahlt werden sollen), dieselbe würde aller Voraussicht nach zu Ende von 1848 die Summe von 620 Millionen nicht übersteigen; allein die Opposition und sogar die Börse schenkten diesen Versicherungen wenig Glauben.

Wenden wir uns zu einer Verhandlung über das Corruptionssystem, wo die Leidenschaftlichkeit noch stärker hervortrat. Diese Angelegenheit betraf die schon oben berührte Bestechungssache über den indirekten Verkauf einer Stelle, worin jedenfalls Guizot wenigstens eine große Schwäche gezeigt hat. Dieselbe begann am 21. Januar. Odilon Barrot richtete folgende Anfrage an Guizot: „Eine den Ministern nahestehende Person soll mit Hrn. Petit zusammengetroffen sein, der eine Anstellung als Referendär zweiter Klasse am Rechnungshof

suchte, und ihm gesagt haben, wenn er die Abdankung eines Referendärs erster Klasse erlangen könne, so könne man bewirken, daß er eine Stelle als Einnehmer erhalte. Um eine bestimmte Summe wurde diese Abdankung und die Ernennung erlangt. Bemerkenswerth aber ist, daß diese Abdankung nicht in die Hände des Finanzministers geschah, sondern sich in denen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten befindet. Der Handel nimmt einen um so schwereren Charakter an, als der Zwischenträger der Sekretär des letztern Ministers, Hr. Genie, war. War er bevollmächtigt vom Minister? Hierauf geht meine Anfrage." Guizot: „Man sammelt solche Thatsachen, stellt sie zusammen, übertreibt sie; einige der erzählten Thatsachen sind falsch, die andern ohne Bedeutung. Der frühere Finanzminister wird Aufklärungen geben. Ich will nicht in die Einzelnheiten eingehen. Was bedeutet auch die Sache? Ein Angestellter schlägt seinen Nachfolger vor. Das erklärt sich durch altes Herkommen. Eine Menge solcher Fälle sind vorgekommen; viele Leute finden sie natürlich, ich theile ihre Ansicht nicht und finde die Sache nicht passend. Ich beglückwünsche die Feinheit des sittlichen Gefühls, welche sich kundgibt. Die Regierung wird solche Unterhandlungen unmöglich machen. Angesichts eines ganz der Ruhe, der Ordnung, der Freiheit gewidmeten Lebens, Angesichts eines selbst durch meine Gegner geehrten Privatlebens, bin ich heute Angriffen ausgesetzt, welche die Wahrheit und Gerechtigkeit überschreiten. Wer greift uns an? Ein Einziger, Andere verlangen Erklärungen. Ich gestehe, ich habe nicht den Muth dazu, ich werde nicht mehr sagen. Rechtlichkeit ist nicht an eine Partei gebunden. Man entziehe uns die Stimmen, wenn man uns kein Vertrauen mehr schenkt."

Hierauf nahm Odilon Barrot wieder das Wort: „Daß wir in politischen Fragen nicht übereinstimmen, wußte ich schon lange, aber ich glaubte, wir seien wenigstens in Sachen der Rechtlichkeit gleichen Sinnes. Sie, der Minister, heißen eine Kleinigkeit einen Handel, einen Kauf, der in Ihrem Kabinet vor sich ging, und zum Zwischenträger den hatte,

der um Sie ist! Kein Gerichtshof besteht auf der Welt, der nicht Sie als Mitschuldigen oder Urheber bezeichnen würde, und Angesichts dieser politischen und moralischen Verurtheilung, die in Ihrem eigenen Gesetze steht, wenden Sie sich an Ihre Majorität und sagen: „„Ich rechtfertige mich nicht, ich habe genug Vertrauen auf Sie, stimmen Sie wie bisher für mich, und damit genug.““ Herr v. Peyramont: „Vorfälle der gleichen Art sind unter allen Ministerien vorgefallen. Man hat die glühendsten Leidenschaften entfesselt und glaubt, in einem solchen Augenblick werde die Mehrheit ihren Führer verlassen. Seit der langen Zeit, in der wir mit ihm gehen, können wir ihn im Augenblick der Gefahr nicht verlassen.“ (Freilich eine hinkende Ausrede hinsichtlich der Sache selbst). Der Siegelbewahrer Hebert: „Im Jahr 1845 hat ein königl. Gerichtshof erklärt, daß Vereinbarungen wie die besprochene erlaubt seien.“ Thiers: „Ich erkläre feierlich, daß meine Kollegen und ich uns nie persönlich oder bloß beiläufig in solche Sachen gemischt haben.“ Dufaure: „Man gibt heutzutag die Aemter nicht dem Würdigen, sondern dem Frechen, dem Reichen; Geld ist der Preis, und die Regierung wendet es an, um Entlassungen zu kaufen. Die Generaleinnehmerei in Perpignan ist um 15,000 Fr. verkauft worden, die zu Corbeil um eine lebenslängliche Rente von 6000 Fr. Dies ist im Kabinet des Ministers des Auswärtigen geschehen.“ Odilon Barrot fragt, ob es wahr sei, daß die Petit'sche Anstellung im Ministerrath verhandelt worden sei. Guizot verneint dies und fügt bei: „Der Mißbrauch, mit dem sich die Kammer beschäftigt, ist geduldet und geübt worden von 1814—1830, von 1830—1846; ich füge bei, daß in Betreff der Namen, der Zeit und der einzelnen Fälle nichts mich veranlassen kann, mein Stillschweigen zu brechen, und erkläre, daß der specielle Fall nicht in meinem Kabinet vor sich ging. Für die Zukunft ist dem Mißbrauch ein Ende zu setzen, für die Vergangenheit erkläre ich, nichts gethan zu haben, als was von 1814—46 geübt wurde.“ Es

werden drei Anträge gestellt von den Herren von Lherbette, Darblay und v. Peyramont. Die beiden ersteren vereinigen sich dahin, zu erklären: „Die Kammer, betrübt und mißvergnügt, schließt die Verhandlung und geht zur Tagesordnung über.“ v. Peyramont aber will die Erklärung: „Die Kammer, im Vertrauen auf die Regierung und die Wirksamkeit ihrer Maßregeln, um der Wiederkehr eines bedauerlichen Mißbrauchs zu begegnen, geht zur Tagesordnung über.“ Guizot: „Wenn man und zwar persönlich mein Kabinet und mich tadeln will wegen des Mißbrauchs, so weise ich diesen Tadel zurück und erkläre, daß jeder Ausdruck der Kammer, der einen Tadel in sich schlösse, meinen Rücktritt von dem Platz, den ich inne habe, mit sich führen würde.“

Wie man erwarten konnte, hatte bei der Beschaffenheit der Mehrheit der Antrag keine Folge. Ein weiterer, für die Regierung, der öffentlichen Meinung gegenüber, herabwürdigender Auftritt fand sich am 27. Januar, worin Tocqueville die Petit'sche Geschichte wieder zur Sprache brachte. „Da ist,“ sagte er, zu Guizot gewendet, „ein Regierungsbeamter (Genie), in täglichem Verkehr mit Ihnen, schuldig einer Handlung, deren Wahrheit Sie selbst zugestehen müssen, und doch ist nicht die geringste Minderung des herzlichen Verhältnisses zwischen Ihnen und diesem Mann ersichtlich. Sie können nicht aus dieser Verlegenheit heraus, Herr Minister; warum behalten Sie diesen Mann im Amt, der Ihr Vertrauen so verrathen hat? Warum strafen Sie ihn nicht? Wenn Sie diese Handlung der Gerechtigkeit verweigern, so ist der natürliche Schluß, daß Sie mit diesen Handlungen bekannt waren und dennoch ihn zu entlassen sich weigern. Muß nicht Alles, was um Sie her vorgeht, Sie überzeugen, daß in der öffentlichen Stimmung ein starker revolutionärer Geist obwaltet? Rechnen Sie noch auf die Zukunft? Täuschen Sie sich nicht: vielleicht ist Ihnen noch einige Zeit vergönnt, aber der Himmel ist voll schwarzer Gewitterwolken, und in Kurzem wird der Donner losbrechen. Machen Sie Halt, so lange Sie noch können, reformiren Sie, ändern Sie, das

ist Ihr einziges Rettungsmittel." Dem Redner antwortete ein neues conservatives Mitglied, Hr. Devienne (Gerichtspräsident), mit seiner ersten Rede. Er bemerkte, wenn die Sittlichkeit des Landes verdorben sei, so sei die Opposition mehr daran Schuld, als die Mehrheit, denn statt ihren großen Einfluß zu Verbesserung der Schäden zu benützen, mache sie solche noch tiefer, giftiger. „Das Publikum," sagte er, „studirt die Schriften der Opposition, liest ihre Zeitungen, lauscht auf ihre Worte, und doch ist die Sittlichkeit der Nation verdorben. In der That, wenn dem so ist, so ist die Opposition die Hauptschuldige. Sind es die Conservativen, von welchen die Bücher ausgehen, in denen die Religion als eine veraltete, abgenützte Einrichtung dargestellt wird? Sind die Conservativen die Verfasser jener Bücher, von welchen die Familienrechte angegriffen und als Mißbrauch dargestellt werden? Sind es die Conservativen, welche die Geschichte nach den Launen ihrer Einbildungskraft modeln (Thiers, Le Blanc), und zum Besten der Leidenschaften den Grundsatz erneuern, der Zweck heilige die Mittel? Hat je die conservative Partei gegen die Eigenthumsrechte gepredigt? (Leon v. Maleville: „Die St. Simonianer waren es, und die sind nun alle Conservative."). Doch ich muß bestreiten, daß das Land verdorben sei: die Freiheit hat stets eine Arznei gegen Mißbräuche und wird sie auch ferner überwinden." Billault (von einer der Schattirungen des linken Centrums) erneuerte die Klagen über die Corruption, die unter den jetzigen Gewalthabern das ganze Repräsentativsystem vergifte; Hr. Genie sei nicht bestraft, sondern durch das Commandeurkreuz der Ehrenlegion belohnt worden. Zuletzt nahm Janvier das Wort, um zu erklären, daß er, nach reiflicher Prüfung aller Anklagen, fortwährend dem Kabinet sein Vertrauen schenke: „der Charakter Guizots stehe erhaben über alle Angriffe der Opposition, ihn vertheidigen, wäre Schmach für ihn." Dann erinnerte er daran, daß in den blutigen Tagen der ersten Revolution durch Erörterungen, wie die jetzige, durch solche Verleumdungen und Ver-

unglimpfungen die Parteien das Vorspiel aufgeführt haben für die Metzeleien und Aechtungen. All das Gift, das die Opposition ausströme, habe keine andere Wirkung, als die Leidenschaften draußen zu erwecken, das constitutionelle System zu gefährden, Minen anzulegen, die Alles in die Luft sprengen können. Er schloß: „Fahren Sie nicht fort so in der Sprache der Gewalt und des Hasses; machen Sie Halt, um Ihrer wie um unserer Ehre, um Ihres wie um unseres Interesses willen.“ Lauter Ruf nach Abstimmung aus der Mitte; die Linke aber verlangte Fortsetzung der Berathung über den Paragraphen am morgigen Tage, und diese wurde beschlossen, nachdem Guizot erklärt: so lange nur ein Mitglied Fortsetzung verlange, würden die Minister sie unterstützen. In der Sitzung vom 28. Januar wurde der Sturm, der schon gestern gewüthet hatte, zum Orkan. Es war eine ununterbrochene Reihe gegenseitiger Beschuldigungen der schlimmsten Art, vollkommen geeignet, dem geschwächten Ansehen des gesetzgebenden Körpers und der Verwaltung den Todesstoß zu geben und die unter der Asche fortglimmenden Leidenschaften zu hellen Flammen anzufachen.

Diese für den König unheilvolle Verhandlung hatte auf folgende Weise ihren Fortgang. Lasteyrie sagte: „Wir (die Opposition) sind dynastisch gesinnt, aber auch constitutionell: Ihr aber seid vor Allem dynastisch und constitutionell nur, wenn es gerade in Euern Kram paßt.“ Nach ihm sprach in gleicher Richtung Leon v. Maleville vom linken Centrum: „Wir zürnen der Mehrheit nicht, wir klagen nur über ihre Schwäche, wegen des Schadens, den sie dem Lande zufügt, und haben Mitleid über ihre Schmerzen, denn im Grund denkt sie wie wir, wagt es aber nicht, sich auszusprechen, denn sie ist gebunden durch den Bann eines Losungsworts (d. h. des Königs). (Stimmen rechts: Das ist nicht wahr!) Dann ist Schuld an Eurem Schweigen Eure Trägheit. Vielleicht auch, weil eine Hand die andere wäscht zwischen Euch und dem Ministerium. Ich nenne Herrn v. Peyramont...“ Furchtbare Aufregung; kein Wort zu verstehen. v. Maleville: „Ich

will nichts Ehrenrühriges gegen Herrn v. Peyramont sagen; ich spreche nur von der Abhängigkeit, in der man die Beamten in der Kammer hält. Und noch andere Aergernisse: war nicht Herr Guizot Hehler einer Bestechung? Wir haben einen Justizminister, und noch wird nicht Recht für eine Menge Vergehen, welche die Presse enthüllt hat. Nun, machen Sie nur so fort, weil die Mehrheit damit zufrieden ist; aber seien Sie sicher des Ekels des Landes!“ Herr Hebert, Justizminister: „Nie hat allerdings die Presse heftiger angegriffen, aber jede Anschuldigung, die auch nur einen Funken von Menschenverstand zeigte, wurde von mir oder meinen Untergebenen untersucht. (Einreden links.) Darauf gebe ich der Kammer mein Wort als ehrlicher Mann!“ E. v. Girardin: „Gehen Sie doch!“ (allons donc!) Hebert: „Wie, gehen Sie doch, Herr? Wenn ich mein Ehrenwort gebe, kann ich eine solche Unterbrechung nicht begreifen.“ Girardin: „Gehen Sie doch!“ Hebert: „Ich erlaube Niemand, mich so zu unterbrechen. Weil Sie mich aber dazu zwingen, will ich die Gründe Ihres Grolls gegen mich enthüllen. Als Generalprokurator am königlichen Gerichtshof zu Paris verfolgte ich das Blatt Presse wegen einer Gesetzesübertretung. Herr Girardin wollte mit seinem Blatt eine Gerichtszeitung verbinden, ohne die Stempel- und Postgebühr zu zahlen. Er war bei mir, behauptete, es handle sich für ihn um 300,000 Fr. Ich blieb unbeweglich. Das Gesetz wurde umgangen. Ich ließ es vollziehen. Das ist der ferne Grund des Grolls. Ich habe meine Pflicht erfüllt. Durch Bewilligung der Bitte hätte ich zwei concurrirende Unternehmungen zu Grund gerichtet, und das Gesetz wäre mindestens umgangen worden. Das gab ich nicht zu, durfte es nicht.“ Girardin: „Meine Herren! in einer früheren Sitzung war von einem religiösen und einem politischen Tartuffe die Rede; da haben wir nun eine dritte Gattung: den richterlichen Tartuffe.“ Sturm. Ruf zur Ordnung. Präsident: „Erklären Sie sich, oder ich rufe Sie zur Ordnung.“ Girardin: „Ich erkläre

mich: ich nenne Tartuffe Den, der Thatsachen, die er nicht geprüft hat, Verleumdungen nennt, der Parteilichkeit in die Formen der Gerechtigkeit hüllt.“ Zur Ordnung! Zur Ordnung! Präsident: „Ich rufe Sie zur Ordnung!“ Girardin beklagt sich über parteiische Benachtheiligung der Presse; selbst das Oppositionsblatt Siecle werde besser behandelt. Girardin: „Mit der ausgesuchten Höflichkeit, die dem ehrenwerthen Minister so eigenthümlich ist, erklärt derselbe, was ich gesagt, sei nicht wahr. Ich will ihn nicht nachahmen, aber ihn an andere Thatsachen erinnern, z. B. an den Verkauf eines Gesetzesentwurfes an die Postmeister für 1,200,000 Fr. Warum hat der ehrenw. Minister mich nicht gerichtlich verfolgt, weil ich wiederholt, in der Kammer und in meinem Blatt, diese Thatsache behauptete? Ich wiederhole sie jetzt von Neuem und kann, wenn es gewünscht wird, alle Namen nennen. (Stimmen: „Ja, ja, sprechen Sie!“) Es sind die HH. Dailly, Labiche, Faucher und Duclos. Warum, frage ich noch einmal, hat der ehrenw. Herr nicht geklagt? Dann haben wir auch die Geschichte mit dem dritten Opernhause (eine andere saubere Bestechungsgeschichte), von welcher der Hr. Minister nichts gewußt haben will. Ich kann aber klar nachweisen, daß derselbe jeden Schritt der Verhandlung kannte. (Aufregung in der Mitte, Gelächter links.) Ein Versailler Notar, Namens Morin, hatte sein ganzes Vermögen in die Spekulation eingesetzt, und sah sich zuletzt genöthigt, seine Schreibstube zu verkaufen; Hr. Beudin, ein Mitglied der Kammer, kann die Wahrheit meiner Angabe bestätigen. Der Hr. Minister wußte von der Sache. Doch, ich will die Erörterung nicht weiter hinausziehen, es mußte mir aber daran liegen, nicht den unparlamentarischen Ausdruck Verleumder auf mir liegen zu lassen.“ Der Justizminister entgegnete, er habe diesen Ausdruck nicht zurückzunehmen; er fügte bei, von der Geschichte mit dem dritten Operntheater habe er vor sechs Monaten, als sie zum erstenmal zur Sprache gebracht wurde, kein Wort gewußt. Hr. Beudin, den Girardin zum Zeugen aufgerufen, sagte gleichfalls, er habe

damals nichts von der Sache gewußt, erst nachher habe er einigen Bekannten, Künstlern und Schriftstellern, zu einem Anlehen verholfen. Nachdem Girardin nochmals gefragt, ob der Hr. Minister noch immer, wie früher, die Geschichte mit den Postmeistern für ein „ungereimtes Hirngespinnst" halte, gegen das keine gerichtliche Untersuchung nothwendig sei, erhielt noch Hr. Dufaure das Wort, um, unter Bezeugung seiner persönlichen Achtung vor den Ministern, für einen Zusatzantrag Billaults zu sprechen, folgenden Inhalts: daß die Kammer vor Allem verlange, die Regierung solle ohne Unterlaß daran arbeiten, die Sittlichkeit des Volks zu entwickeln und sie nicht mehr der Schwächung durch verderbliche Beispiele aussetzen. Der Antrag wurde indeß mit starker Mehrheit verworfen. Die Sitzung verlief in ein völliges Durcheinander von Stimmen für und wider die Fortsetzung der Berathung noch in dieser Sitzung, welchem der Präsident endlich, um der Ehre der Kammer willen, durch den Schluß der Sitzung ein Ende machte. Ueberblickt man diese Verhandlung, so sieht man darin Anspielungen auf den König, eine so offen ausgesprochene Verachtung gegen die Inhaber der Gewalt, die Schwäche des sonst rechtlichen ersten Ministers, — ungegründete, von Ministeriellen der Opposition gemachte Vorwürfe, — sämmtlich Dinge, deren Eindruck auf das Volk bei der herrschenden Stimmung solcher Art sein mußte, daß die ganze herrschende Partei als eine Verbindung von Betrügern erschien.

Was die Schweiz betrifft, so wagte die Regierung keine bestimmte Erklärung ihrer Absichten, jedoch mit dem offenbaren Plan, sich um die Nation nicht zu bekümmern. Bekanntlich war der Sonderbund offen begünstigt gewesen. Guizot sagte hierüber am 2. Januar: Die Schweiz betreffend, werde er die seit 1833 befolgte Politik fortsetzen und sich auf keine Weise der Revision des Bundesvertrags widersetzen, welche ein Recht der Schweiz sei; es scheine ihm aber, daß die Radikalen den Bundesvertrag zerstören wollten. Hierauf motivirte er die Waffenabgabe an den Sonderbund

mit der Ueberzeugung der Regierung von der Rechtmäßigkeit des Sonderbundes; aber er sei auch im Begriff gewesen, solche dem Kanton Waadt abzugeben.

Die hauptsächlichste Verhandlung begann darüber am 2. Februar, wobei der österreichische Gesandte sich auf der Tribüne befand. Thiers war dabei der erste Redner der Opposition von Bedeutung. Er begann mit dem Versprechen der Mäßigung, aber mit dem Beisatze, nirgends koste sie ihn mehr Mühe, denn keine Seite der Regierungsthätigkeit habe ihn mehr aufgeregt, als die auf vorliegendem Felde. In der Schweiz handle es sich um einen Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution; für letztere habe die französische Regierung Partei genommen, mit einer Keckheit, die ihn in Erstaunen gesetzt. Der Redner führte nun die Geschichte der Schweiz in den letzten fünfzig Jahren vor der Kammer vorüber. Einen Haltpunkt gewähre der Wiener Vertrag, der keine Einmischung in den Bundesvertrag, sondern bloß die Begründung der schweizerischen Neutralität und die Sicherung der Gebietsunabhängigkeit für dieselbe bezweckt habe. Nachdem die Schweiz die Bedingungen der Neutralität gutgeheißen, haben die Mächte sie vor allem fremden Einfluß bewahren wollen. Jetzt aber sei Jedermann, außer Oesterreich, überzeugt, daß der Bundesvertrag vollkommen ungenügend sei; an eine Einheitsrepublik, an eine Centralisation, wie die französische, denke indeß Niemand; wer das sage, der lüge. Die wahren Patrioten der Schweiz wollen nichts, als ein inniges Bündniß zwischen den Kantonen. Oesterreich allerdings habe stets gesagt, der Schweiz stehe es nicht frei, den Bundesvertrag anzurühren, ohne die Zustimmung der Großmächte; aber Oesterreich sei mit dieser Forderung stets allein gestanden, und Frankreich, bis auf das jetzige Ministerium ausschließlich, sei nie dieser Ansicht beigetreten. Was die religiöse Frage betreffe, so haben die Jesuitenkantone den andern Kantonen (Aargau, Thurgau) Klöster aufdringen wollen, haben verlangt, daß der Bund (kraft dem Bundesvertrag) einschreite und in ihrem Sinn

und ihrer religiösen Ansicht gemäß handle. „Sie wundern sich Alle über solche Unduldsamkeit, erinnern Sie sich aber daran, daß gegen die Walliser unsere niederbretagneschen und vendeeschen Bauern Philosophen sind. Man schrie darüber, daß den besiegten Kantonen die Kriegskosten auferlegt werden. Zu allen Zeiten aber, wenn in der Schweiz die Kantone sich bekriegten, führte der Ausgang zu einer finanziellen Entschädigung: eine Geldbuße war immer das Ende. So neuerdings zur Zeit des Freischaarenzugs; ja man ging damals noch weiter, errichtete Ausnahmsgerichte zu Aburtheilung der Revolutionäre. Es wurden auch die Jesuiten eingeführt, trotz des Widerspruchs der Kantonsbevölkerung. Am Ende errang die angeblich revolutionäre — in Wirklichkeit aber gemäßigte — Partei die Oberhand auf der Tagsatzung. Sie wollte einen Theil von dem, was gegen sie vollführt war, ungeschehen machen. Da bildete sich der Sonderbund zum Widerstand. Die Tagsatzung berief sich dagegen auf den Bundesvertrag. Sie hatte das Gesetz und die Sittlichkeit für sich. Ihr Verfahren war so gemäßigt, wie kräftig. In kurzer Zeit zog sie eine große Truppenmacht zusammen, um ihren Beschlüssen Achtung zu verschaffen, führte den Krieg entschieden durch und milderte so viel als möglich seine Ergebnisse. Ich kenne keinen Krieg, der so rasch beschlossen, ausgeführt, beendigt worden wäre. Nachdem der Krieg beendigt war, behaupteten die, welche in Frankreich den Sonderbund ermuthigt hatten, er sei nur schwach geführt worden. Es ist unedel, Den nach der Niederlage zu verlassen, den man hinterlistig vorwärts gedrängt. Ich halte Maillardoz für einen guten Offizier; er that, was er konnte, aber gegen sich hatte er das gute Recht. Man hatte ihm aber eine Einschreitung versprochen und die blieb aus. Glücklicherweise ist nun der Sonderbund verschwunden, kein Vorwand mehr für diese Einschreitung. Und mit welchem Rechte wollt auch Ihr, Minister Frankreichs, Euch in die innern Angelegenheiten der Schweiz mischen? Warum ward Ihr, sonst so schüchtern, so furcht-

sam, auf einmal so kriegerisch? Der Bundesvertrag ist verbürgt! Ja, ich weiß es, das ist Eure Ansicht, ist die Oesterreichs; aber ich behaupte, der Bundesvertrag ist nicht verbürgt durch den Wiener Vertrag, und will es beweisen." Der Redner sucht aus mehren diplomatischen Aktenstücken nachzuweisen, daß die Mächte zu verschiedenen Zeiten erklärt haben, sie wollen keineswegs das Recht ansprechen, sich in die eidgenössischen Verfassungsangelegenheiten einzumischen. Im Wiener Vertrag stehe kein Wort von dem Bundesvertrag; in den spätern Aktenstücken habe die französische Regierung an die Tagsatzung die Aufforderung erlassen, den Bundesvertrag zu verbessern und zu vervollkommnen. Nun behaupte dieselbe Regierung, die Eidgenossenschaft habe nicht das Recht, den Vertrag anzurühren, ohne die Zustimmung der Mächte. All diese Ansprüche seien eitel Ungerechtigkeit oder Wankelmuth. „Minister von Frankreich, Ihr habt das Völkerrecht verletzt, indem Ihr Euch das Recht anmaßtet, in die innern Angelegenheiten der Schweiz Euch einzumischen. Vor Allem aber springt ins Auge, daß Ihr Frankreichs Interesse preisgegeben, indem Ihr Euch an Oesterreichs System gegen die Schweiz gebunden habt. Frankreichs Interesse ist die Neutralität der Schweiz. So lange diese Neutralität gesichert war, konnten die Fremden nie unsere Ostgrenze überschreiten. Das zeigt die Geschichte. Stets sind die nordischen Mächte durch die Schweiz in Frankreich eingefallen."

Guizot suchte auf folgende schwache Weise das Verfahren zu rechtfertigen, wobei er es wiederum nicht wagte, die Absicht der Intervention offen auszusprechen. Zuerst führte er in Betreff der Rechtsfrage historisch aus, daß der Schweiz die Verbürgung ihrer Unverletzlichkeit und Neutralität nur unter der Bedingung gewährt worden sei, daß sie die Grundlagen ihres Bundesvertrags, der unter der Mitwirkung der Mächte zu Stande gekommen, aufrecht erhalte; einer Revision habe man sich nicht widersetzt, nur auf Festhaltung der Grundlagen werde gedrungen. So sei die Sache auch seit

1815 von den Mächten angesehen worden, so namentlich von England in einer Depesche vom Juni 1832. So habe Frankreich im vorliegenden Fall das Recht, und zwar mit Mäßigung, gewahrt. Die Berufung der Jesuiten nach Luzern sei ein politischer Fehler gewesen, das habe er in Luzern und in Rom erklärt; aber nachdem einmal die Berufung erfolgt war, habe man Luzerns Berechtigung dazu nicht bezweifeln können, so wenig als das Recht von Zürich und Bern, Strauß und Zeller zu berufen, oder das Recht der methodistischen Partei, wo sie herrschte, den Unterricht nach ihrem System zu ordnen. Aber nicht den Jesuiten habe der Angriff gegolten, sondern der Unabhängigkeit Luzerns und der Urkantone, denen man die radikale Uniform habe aufdringen wollen. Daher die allerdings bedauernswerthe Leidenschaftlichkeit, mit welcher die Urschweiz, in ihrer Existenz bedroht, sich vertheidigt habe. Mit dem Recht habe Frankreich in der Schweiz auch die Sache der Freiheit vertheidigt, die religiöse und politische Unabhängigkeit der Sonderbundskantone gegen die Schreckensherrschaft der Radikalen; ebenso die Sache der Sittlichkeit und des religiösen Glaubens gegen die Auflösung. Die alte Schweiz schreite von Tag zu Tag ihrem Untergang näher, ohne daß sich eine neue Schweiz bilde, würdig, an ihre Stelle zu treten. Der Kampf, um den es sich in der Schweiz wie in Frankreich handle, sei nicht der zwischen Gegenrevolution und Revolution, sondern der zwischen einem gemäßigten, freisinnigen, verständigen Regierungssystem und dem Geist des Umsturzes und der Unordnung, welchem die radikale Partei huldige, denn schon genüge ihr das allgemeine Stimmrecht nicht mehr, sie suche nach neuen Mitteln zu Ausdehnung der politischen Thätigkeit, zu Anspornung der politischen Leidenschaften über alles bisher von menschlicher Einbildungskraft geträumte Maß, zu welchem Zwecke sie den Hochmuth, die schlechten Leidenschaften, die schlechten Begierden aufbiete und die Gesellschaft wie die Staatsgewalt zur Gemeinheit herabziehe. Dieser radikale Geist, fuhr Guizot fort, suche sich geltend zu ma-

chen in der Schweiz und die Schweiz als Werkzeug für Italien, Deutschland, Frankreich, ganz Europa zu benützen. Das einzige Mittel, die Schweiz zu warnen, damit sie den Schaden heile, sei gewesen, daß das gemäßigte Europa einstimmig aufgetreten sei mit dieser Mahnung. Und schon zeige sich eine Wirkung, schon beginne in der Schweiz eine Reaktion, der Geist der Ordnung gewinne wieder die Herrschaft. Die Schweiz sei voll von rechtschaffenen, verständigen, für die Freiheit und Gerechtigkeit ebenso, wie für die Unabhängigkeit ihres Landes besorgten Leuten. Diese müssen wissen, daß die Unabhängigkeit der Schweiz nur gesichert sei, wenn auch Ordnung und Freiheit gesichert seien, daß die wesentlichen Grundlagen des schweizerischen Bundesvertags einen Bestandtheil der europäischen Ordnung ausmachen, daß die der Schweiz gewährten Vortheile nur unter der Bedingung des Festhaltens an den Grundlagen des Bundesvertrags bewilligt worden seien und demgemäß die Freiheit, das Recht, die Sittlichkeit in der Schweiz, ihre Zukunft, wie ihre Ruhe in der Gegenwart an die Aufrechthaltung dieser Grundlagen gebunden seien.

Nach Guizot sprachen noch Odilon Barrot und der Legitimist Marquis Larochejaquelin, dieser gegen jede Einschreitung in der Schweiz, weil sie nach seiner Ansicht eine revolutionäre Bewegung in Frankreich zur Folge haben müßte; worauf Guizot erklärte, die Regierung behalte sich für die Zukunft ganz vollkommene Freiheit vor, zu handeln, wie es ihr passend erscheine. Auf die bestimmte Anfrage, hinsichtlich einer Intervention, läugnete er allein ab, daß die Regierung durch ihr bishheriges Verfahren sich dazu gewissermaßen verbindlich gemacht habe. Eine Mehrheit von 80 erwies, daß die Nation von der Kammer in dieser ihr verhaßten Angelegenheit Nichts zu erwarten habe.

Ueberblickt man diese Verhandlung, so wird dadurch Guizot in die unheilvolle Stellung gebracht, daß er seine Meinung nicht offen aussprechen konnte; daß er Dinge, die er sehr wohl wußte, verdecken mußte; daß er über

den hauptsächlichsten Grund des Widerwillens der Franzosen, das Bündniß mit Oesterreich, Nichts sagte — über ein Verhältniß, welches unter Ludwig XV. und XVI. und Napoleon eben so verhaßt war und für unheilvoll gehalten wurde wie gegenwärtig. Lächerlich aber war das Schreckmittel mit der radikalen Partei, welches auch die Regierungsorgane täglich zu benützen suchten. Dies hatte eben so wenig Erfolg wie das Comité directeur der Carbonari in der Restauration und wurde lächerlich.

Die wichtigste und folgenreichste Verhandlung war natürlich diejenige über die Stelle der Thronrede, wodurch der König in bitteren Ausdrücken die Reformbestrebungen gerügt, und so der öffentlichen Meinung sich entgegengesetzt hatte. Wie erwähnt, war eine Art juristischer Chikane angewandt, um die Reformbankette zu verbieten. Das Ministerium hatte sich nämlich auf ein Gesetz von 1790 hiebei gestützt, also auf ein im Beginn der Revolution erlassenes, welches nach dem französischen Rechtswesen schon deßhalb angefochten werden konnte, da das französische Recht erst mit der Abfassung der Codes, also als fortlaufend unter dem Consulat, beginnt. Wurde dieses Verfahren als gültig anerkannt, was übrigens vom Kassationshofe nicht zu erwarten war, so trat eine gewisse Unsicherheit des Rechtes ein; es ließen sich einzelne (nicht bestimmt widerrufene) der vielen hundert Conventdekrete als gültig wieder hinstellen, man konnte sich sogar auf Gesetze der alten Monarchie berufen u. s. w. In Folge dieser Ungültigkeit jenes Gesetzes wurde gleich anfangs erklärt, das Banket werde ungeachtet des Verbotes gehalten werden; zuerst aber mußte ein Versuch in der Kammer gemacht werden. Die Verhandlung begann am 7. Februar. Duvergier de Hauranne, der erste Redner, sieht in dem von der Regierung dagegen erlassenen Verbot eine Verläugnung des Grundsatzes der Juliusrevolution, eine Fortsetzung des Systems, die Staatsgewalt auf die schlechten Eigenschaften der Menschen, auf den Eigennutz zu gründen. „Wir, schloß er, werden fortfahren,

das Land politisch zu agitiren und die Agitation der Corruption entgegenzusetzen."

Am 8. Februar sprach der Minister des Innern, Graf Duchatel, weitläufig für die Regierung und führte aus, jederzeit, auch unter dem Kabinet vom 1. März, unter welchem Hr. v. Maleville Unterstaatssekretär des Innern war, habe die Staatsgewalt den Grundsatz gehandhabt, daß sie berechtigt sei, solche Versammlungen, wenn sie staatsgefährlich werden, zu verbieten. Es sei eine maßlose Forderung an die Regierung, sie solle revolutionäre Klubs dulden. Jenes Recht, das man auf Versammlungen an öffentlichen Orten beschränken wolle, gelte auch für organisirte Versammlungen in Privathäusern; das habe neuerlich der Cassationshof (gegen die religiösen Conventikel der evangelischen Gesellschaft) anerkannt. Gefährlich aber seien jene Festmahle, bei welchen ausgesprochen worden sei, der Nationalconvent sei noch zu schüchtern, zu spießbürgerlich gewesen. Am 9. Februar bemerkte Odilon Barrot: die Restauration sei freisinniger gewesen als die Juliusregierung, indem sie solche Festmahle geduldet habe; das Gesetz von 1790, das man gegen die Festessen anführe, beziehe sich nicht auf solche Gegenstände, sondern auf Raufereien bei Märkten und an der Landstraße. Aber man frage nichts nach Gesetzen, sondern gehe mit Gewaltstreichen zu Werke. Herr Boissel, Maire und Abgeordneter des zwölften Stadtbezirks, beschwerte sich gegen das Verbot des Festmahls, das dortige Wähler, Gemeindebeamte, Kaufleute, Nationalgardisten halten wollen. Der Justizminister, Hr. Hebert, begründete dieses Verbot mit dem revolutionären Ton, der auf den frühern Festmahlen angestimmt worden. Am 10. Febr. hielt der Siegelbewahrer Hebert eine lange Rede, worin er durch eine Blumenlese aus den Reden bei den Reformessen den gefährlichen Geist derselben zu beweisen und dadurch Eindruck zu machen suchte. Die Verhandlung war bisher noch ziemlich ruhig; erst an diesem Tage bewirkte Odilon Barrots Ruf: „Polignac und Peyronnet waren constitutioneller wie ihr!" einen

heftigen Lärm. Hierauf nahm die Verhandlung einen leidenschaftlicheren Charakter an, wie dies schon durch die Veranlassung der Verhandlung über einen Paragraphen des Entwurfes der Antwortsadresse hinsichtlich der Reformbankette der Fall sein mußte. Dieser lautete: „Die Wühlereien, welche feindliche Leidenschaften oder blindes Sichfortreißenlassen aufregen, werden vor der aufgeklärten öffentlichen Vernunft durch unsere freien Berathungen und die Darlegung aller gesetzlichen Ansichten fallen.“ Es wurden mehre Amendements vorgeschlagen. Hr. Lesseps entwickelte das erste derselben, verlor aber den Faden seiner Rede, verließ die Tribüne unter dem allgemeinen Lärmen, und sein nirgendher unterstütztes Amendement fand keine Beachtung. Das gleiche Schicksal hatte der Aenderungsvorschlag des Hr. von Genoude: zu setzen, daß die Herstellung der verfassungsmäßigen Rechte und der Aufbau der Volksvertretung auf die allgemeine Betheiligung der Bürger bei der Wahl der Abgeordneten die Agitationen verhütet hätten. Seine Rede hatte das Thema: Um die Glückseligkeit der jetzigen Regierung zu erlangen, verlohnte es es sich nicht der Mühe, die Restauration umzustoßen. Das Amendement blieb ohne Unterstützung. Nun kam drittens Hr. Darblay, welcher den Satz aufnehmen wollte, daß die bekannten Kundgebungen bewiesen haben, die ungeheure Mehrheit des Landes bekenne sich zu den Grundsätzen derselben. Der Finanzminister, Hr. Dumont, sagte, die Regierung wolle das Recht der Bürger, in Versammlungen ihre Ansichten kund zu geben, nicht bestreiten, das aber könne sie nicht dulden, daß die politische Reform als Mittel zu einer sozialen Revolution benützt werde, daß man die Grundsätze der Schreckenszeit predige. Indem der Finanzminister das Versammlungsrecht zugab, trat er einer zu weit gehenden Behauptung aus dem Schooße der Mehrheit entgegen, daß dasselbe, weil nicht in der Verfassung ausdrücklich festgesetzt, nicht bestehe, einer Behauptung, die sehr zu der obwaltenden Gereiztheit beitrug, indeß die Ansprüche des

Königs sehr klar darlegte. Die Opposition, besonders Odilon Barrot, sprach das Recht an, die Regierung vor dem Gerichte des Landes zu denunziren; werde dies verweigert, dann sei die Verfassung aufgehoben. Die Mehrheit habe das Recht nicht, über die Gesinnungen der Opposition ein Verdammungsurtheil zu fällen. „Also,“ wendete Guizot ein, „weil Kammermitglieder an gewissen Ereignissen Theil nehmen, soll die Kammer, die Regierung sich nicht darüber aussprechen dürfen? Damit wären die Rechte der Kammer und der Regierung vernichtet.“ Schließlich wurde der Gegenantrag Darblay's gegen den Paragraphen des Entwurfs fast einstimmig verworfen, da sich die Opposition der Theilnahme an der Abstimmung enthielt. — Am 11. Febr. handelte es sich um den Antrag eines andern abgefallenen Conservativen, des Hrn. Desmousseaux de Givre, welcher die Verhandlungen bei den Zweckessen als eine rechtmäßige Aufklärung der öffentlichen Meinung schilderte. Lamartine nahm hierauf das Wort, um die Regierung vor jedem Versuch zu Unterdrückung freier Meinungsäußerungen zu warnen. „Minister,“ rief er aus, „erinnert Euch an das Ballhaus, an den ersten Akt der Revolution von 1789! Was war die Versammlung im Ballhaus? Nichts als eine Geltendmachung des Versammlungsrechtes, das von den Ministern verweigert, von der Nation selbst aber bekräftigt wurde.“ Nach längerer stürmischer Verhandlung wurde der Antrag des Hrn. Desmousseaux de Givre mit 228 gegen 185, also mit einer Mehrheit von dreiundvierzig Stimmen verworfen. Einundzwanzig unabhängige Conservative (auch Dufaure) stimmten mit der Opposition. Der Präsident ließ sofort über den Paragraphen des Adresseentwurfes abstimmen. „Rechnen Sie auf unsere Unterstützung bei der Vertheidigung. Die Wühlereien, welche feindselige Leidenschaften oder blindes Sichfortreißen erwecken, werden fallen vor der gesunden Vernunft des Volks, die aufgeklärt werden wird durch unsere Verhandlungen und die Kundmachung aller gesetz-

mäßigen Ansichten." Bei der Abstimmung enthielt sich die Opposition größtentheils der Abstimmung, und so wurde der Absatz mit 223 gegen 18 Stimmen angenommen.

Diese Abstimmung geschah unter einer Art Tumult, indem die Opposition gegen den Präsidenten erbittert wurde, der den Präsidentenstuhl verließ, um für die Regierung zu stimmen. Man warf ihm mit Recht vor, er sei nicht mehr der Präsident der Kammer, sondern einer Faktion, und die Opposition beschloß, nicht wieder sein Haus zu betreten, ebenso wie sie bereits sich entschieden hatten, nicht wieder in die Tuilerien zu gehen.

Am 12. Februar handelte es sich noch um den mildesten der Aenderungsvorschläge zu dem letzten Paragraphen der Antwortsadresse, um den durch Sallandrouze, Namens eines Theils der unabhängigen Conservativen, beantragten Zusatz: „Inmitten der verschiedenen Kundgebungen wird Ihre Regierung die wirklichen, rechtmäßigen Wünsche des Landes zu erkennen wissen. Sie wird, wir hoffen es, von sich aus die weisen, gemäßigten Reformen beantragen, welche die öffentliche Meinung fordert, und unter denen die Parlamentsreform voranzustellen ist. In einer constitutionellen Monarchie erlaubt die Einheit der großen Staatsgewalten, ohne Gefahr einer Politik des Fortschritts zu folgen und alle sittlichen und materiellen Interessen des Landes zu befriedigen." Also: den Tadel der Reformessen im Entwurf genehmigen, aber das als die Hauptsache Erscheinende, das Verlangen nach Reformen, unterstützen.

Das letzte Amendement zum Entwurfe, die Reformessen zu tadeln, den Wunsch nach Reform aber dennoch auszusprechen, war das dem Ministerium gefährlichste. Das Journal des Debats sagt deßwegen auch: Die Wahlreform zählt viele Anhänger auch unter der Mehrheit; wir haben bereits erklärt, daß die Frage vor dem Ende der jetzigen Gesetzgebungsperiode berathen werden müsse; aber jetzt ist sie als eine Parteifrage, als Waffe der Opposition in den Vordergrund gestellt; die Annahme des Antrags

des Herrn Sallandrouze wäre eine Niederlage der Mehrheit, ein Sieg der Opposition gewesen. In diesem Sinne äußerten sich auch die beiden Hauptsprecher, zwei Conservative, die HH. v. Goulard und v. Morny. Das Amendement wurde mit 222 gegen 189 Stimmen, also mit einer Mehrheit von bloß 33 Stimmen verworfen. Darauf folgte die Endabstimmung über die ganze Adresse. Die Opposition enthielt sich der Abstimmung, als vom König und von der Mehrheit beleidigt. Zahl der Stimmen 244, absolute Mehrheit 123; für die Adresse 241, gegen 3.

Hieraus ergab sich, daß die Regierungsmehrheit einige Besorgnisse hinsichtlich des nahenden Sturmes empfand; die Verminderung derselben und die Versprechungen von ministeriellen Zeitungen, daß die Regierung selbst Anträge über Reform in die Kammer bringen werde, bezeugte Besorgnisse und die Bemühungen, den nahenden Sturm durch Verheißungen zu beschwichtigen. Indeß Niemand glaubte mehr an dergleichen, und der allgemein dadurch hervorgerufene Eindruck war derjenige einer beabsichtigten Betrügerei. Ohnedem mußte das offenkundige Bestreben, sich von der Opposition Nichts abtrotzen zu lassen, den Eindruck des Hasses einer Monarchie hervorrufen, die durch die Volksrevolution gebildet war. Ludwig Philipp hatte allerdings schon einmal ein ähnliches Verfahren mit Glück versucht; als 1837 das Disjunctionsgesetz in der Kammer durchfiel, blieb Guizot zum Erstaunen aller Derjenigen, die an die Wirklichkeit der constitutionellen Regierung glaubten, dennoch noch einige Monate am Ruder, damit der Schein bliebe, als habe er sich nur nach dem Willen des Königs, nicht aber vor der Opposition zurückgezogen, so daß also damals der Schein von der Machtlosigkeit derselben bewahrt wurde. Allein damals herrschte weder Haß noch Aufregung, und die Sache machte somit keinen Eindruck.

Seit jener Abstimmung war die einflußreiche Wirksamkeit der Kammer geschlossen. Die weiteren wichtigeren Vorgänge wurden nicht länger in ihr vorbereitet,

sondern außerhalb ihres Bereiches eingeleitet. Von den Gliedern der Opposition wurde zuerst ein Rücktritt in Masse erwartet, damit ihre Wiedererwählung der Regierung und dem Könige gegenüber zu einer Darlegung des Volkswillens werde; zum Austritt konnte jedoch allein Girardin sich entschließen, der in folgendem Schreiben denselben der Kammer ankündigte, indem er einen nicht ungerechten Vorwurf der Schwäche hinsichtlich der Opposition mit dieser Erklärung seines Entschlusses verband. „Zwischen einer unduldsamen Mehrheit und einer inconsequenten Minderheit ist kein Platz für Denjenigen, der die Gewalt ohne Fortschritt, die Opposition ohne Kraft und Verstand nicht begreift. Ich gebe meine Entlassung und werde die allgemeinen Wahlen abwarten.“

Dagegen erließ die Opposition nach einer am 13. Febr. stattgehabten Versammlung unter Odilon Barrots Vorsitz eine Erklärung, worin es hieß: daß die Adresse, so wie sie beschlossen wurde, von Seiten der Mehrheit eine offenbare, kecke Verletzung der Rechte der Minderheit enthalte, und daß das Ministerium, das seine Partei zu einem so auffallenden Akte verleite, einen der geheiligtsten Grundsätze der Constitution mißkenne, in der Person der Abgeordneten eines der wesentlichsten Bürgerrechte verletze, und durch eine Maßregel zum Besten alleiniger ministeriellen Zwecke in das Land unheilvollen Gährungsstoff der Spaltung und Unordnung geworfen habe. In diesem Augenblick wolle die Minderheit ihren wichtigen Posten nicht verlassen. Sie wahre das Versammlungsrecht und setze eine Commission nieder, um die Demonstration gegen willkürliche Anmaßungen, das Wahlreformessen im zwölften Bezirk, vorzubereiten. Weiter wurde beschlossen, daß keines der Oppositionsmitglieder an der Deputation zur Ueberreichung der Antwortadresse Theil nehmen solle. Einstimmigkeit herrschte über die Abhaltung eines Bankets im zwölften Wahlbezirk, wodurch die Entscheidung den Gerichten überwiesen werden sollte; man glaubte von denselben eine Freisprechung bei der An-

klage der Regierung zu erlangen und wenigstens der Meinung des Cassationshofes über die Ungesetzlichkeit der Anwendung und Auslegung des Gesetzes von 1790 gewiß zu sein. Es bildete sich ein Banketcomité aus Deputirten und Redakteuren von Journalen, nämlich aus den Abgeordneten Odilon Barrot, Garnier Pagès, Duvergier de Hauranne, Havin und Abatucci, den Redakteuren des Siecle, Constitutionnel und National und den Herren Pagnerre und Labelonie. Die Leidenschaften wurden immer aufgeregter, die Sprache der Presse immer heftiger. „Wenn das Ministerium, sagte der National, Angesichts der so kräftig ausgesprochenen öffentlichen Meinung in seinen unsinnigen Planen beharrt, so ist es das Ministerium selbst, das einen Zusammenstoß herbeiruft.“

Sechs Pairs, die Herren Boissy, Alton-Shee, Herzog v. Harcourt, Lanjuinais, Fürst v. d. Moskwa und Dubouchage, nahmen die Einladung des Banketcomité's an. In allen Legionen der Nationalgarde wurden Unterschriften zu einer Adresse der Nationalgarde von Paris an die durch den letzten Paragraphen der Thronrede „verletzten“ Deputirten gesammelt. Zugleich ward eine Protestation der Nationalgarde gegen das Verbot der Bankette unterzeichnet. Ferner fand eine Versammlung von Oberoffizieren der Nationalgarde statt, in der beschlossen ward, nicht nur dem Bankette beizuwohnen, sondern auch die Deputirten durch Nationalgardisten in Uniform ohne Waffen zum Banket begleiten zu lassen. So wurde denn ein ernster Zusammenstoß unvermeidlich. Sogar vier Fünftel der wohlhabenderen Pariser Bevölkerung war im Sinne der Opposition gestimmt.

Der Constitutionel enthielt eine Stelle, worauf er sich etwa eine Woche später wieder berufen konnte, um darzuthun, wie Ludwig Philipp durch seine eigene Thorheit gefallen sei. Dieselbe lautet: „Es gibt eine dreifache Lösung der Frage: durch die Kammer, durch die Gerichte, durch die Gewalt. Die erste lag in der Macht des Ministeriums durch Einbringen eines Gesetzesentwurfs. Dasselbe hat diese Lö-

sung verschmäht. Herr Duchatel hat das Gesetz von 1790 hervorgesucht. Jetzt ist die zweite Lösung möglich, welche durch das Banket hervorzurufen das Ministerium herausgefordert hat. Hiezu ist nöthig, daß eine Kundgebung geschehe; das Ministerium möge über das Vorhandensein derselben ein Protokoll aufnehmen, damit die Gerichte entscheiden können, aber nicht durch Waffengewalt das Essen stören. Will dasselbe aber die erste und zweite Lösung beseitigen, so hat es allein die Verantwortlichkeit für die dritte."

Noch entschiedener trat ein Provinzialblatt aus Amiens auf, dessen Artikel die Runde durch die Pariser Blätter machte und worin bereits die Entfernung des Königs durch Gewalt ausgesprochen wurde. Der Verfasser der Korrespondenz, die im Bureau des National, wie es hieß, geschrieben war, sollte in genauer Verbindung mit Hrn. Thiers stehen. Der Briefschreiber stellt den Fall auf, daß es in den Straßen von Paris, wie 1830, zu einem Kampfe gekommen und das Volk siegreich daraus hervorgetreten sei; dann solle der König zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, abdanken und die Herzogin von Orleans als Regentin erklärt werden.

Der Umstand, daß die Bewegung sich über das ganze Land verbreitet habe, ergab sich aus den Vorbereitungen und dem Eintreffen von Adressen an die Oppositionsmitglieder, nachdem die Wähler von la Chatre an Duvergier de Hauranne eine solche erlassen hatten.

Das Reformbanket ward zuerst auf Sonntag den 20. Februar festgesetzt und sollte in einem Privatlokal, dem Eigenthum des General Thiars, in den elysäischen Feldern stattfinden. Es war dadurch eine Oertlichkeit gewählt, worin die Masse der Bevölkerung nicht zusammengedrängt sich vorfand, so daß dadurch die Absicht ausgesprochen wurde, einen Aufstand nicht erregen zu wollen. Aus demselben Grunde versetzte der Banketausschuß die Abhaltung des Festes vom Sonntag auf Dienstag den 22., um einen Tag zu vermeiden, wo die Volksmasse unbeschäftigt wäre. Mehre tausend Nationalgar-

disten wollten, in Uniform und mit Säbel bewaffnet, den Deputirten zum Schutz im Fall von Gewaltthätigkeiten der Regierung dienen. Am 21. Februar hatten sich 93 Abgeordnete als Theilnehmer an jener Versammlung unterzeichnet, worunter die HH. Arago, G. Pagès, Dupont de l'Eure, Thiard, Carnot, Marie, Odillon Barrot, Duvergier de Hauranne, Bureaux de Puzy, Bethmont, Cremieux, Lamartine, L. de Malleville u. s. w. Dagegen fehlten nicht bloß Billault und Dufaure, wie vorauszusehen, sondern auch — Thiers, Remusat, Tocqueville. Ferner erließ das Banketcomité folgendes Programm zur Rerformversammlung.

„Die Manifestation hat zum Zweck, die gesetzmäßige und friedliche Ausübung eines constitutionellen Rechts, des Versammlungsrechts, ohne welches die Repräsentativregierung nur ein Hohn wäre. Nachdem dieses Recht der Willkür der Polizei unterworfen worden, ist eine Kundgebung veranstaltet, um gegen eine ungesetzliche und willkürliche Anmaßung zu protestiren. Weil ein großer Zusammenlauf vorauszusehen, weil anzunehmen ist, daß die Nationalgarde, getreu ihrem Wahlspruch: Freiheit, öffentliche Ordnung! durch ihren Anschluß an die Kundgebung die Freiheit vertheidigen und zugleich jeder Störung der Ordnung steuern werde, und bei dieser Vereinigung von Bürgern und Nationalgardən Maßregeln zur Entfernung jeden Tumults räthlich sind, hat das Comité die Versammlung in einen Stadttheil verlegt, der in seinen breiten Straßen und Plätzen eine Anhäufung des Volks nicht befürchten läßt. Die Abgeordneten, die Pairs, die andern Eingeladenen werden sich Dienstag den 22. d. um 11 Uhr im gewöhnlichen Versammlungsorte der Opposition, Madelaineplatz Nr. 2 einfinden. Die Nationalgarde versammelt sich auf dem Platz vor der Kirche und bildet zwei Spaliere, zwischen welchen sich der Zug aufstellt. Er wird eröffnet durch die Oberoffiziere der Nationalgarde. Hierauf folgen die Eingeladenen und eine Abtheilung Offiziere der Nationalgarde, dann letztere nach der Nummer ihrer Abtheilungen. Zwischen der dritten und vierten Ko-

lonne werden sich die Studirenden der Pariser Schulen unter Anführung selbstgewählter Führer aufstellen. Ihnen folgen die übrigen Nationalgarden von Paris und der Umgebung. Um 11½ Uhr bewegt sich der Zug über den Concordeplatz und die elysäischen Felder nach dem Festlokal. Da die Manifestation, je ruhiger gehalten, desto wirksamer wird, so sind die Theilnehmer gebeten, keinerlei Geschrei auszustoßen, keine Fahnen oder andere Zeichen zu entfalten, die Nationalgarde ohne Waffen zu erscheinen. Die Commission verläßt sich auf die Gesinnungen der Pariser Bevölkerung, welche Frieden mit Freiheit will und weiß, daß, um ihre Rechte aufrecht zu erhalten, sie einer friedlichen Demonstration bedarf, wie es einer aufgeklärten Nation geziemt, welche das Bewußtsein der unwiderstehlichen Gewalt ihrer moralischen Kraft hat und versichert ist, ihren gesetzmäßigen Wünschen durch den gesetzlichen und ruhigen Ausdruck ihrer Meinung Geltung zu verschaffen."

Diese Art Manifest, von Marrast verfaßt, war durch die Hände Odilon Barrot's und Duvergiers gegangen und war somit als Erklärung des ganzen Comitees zu betrachten. Dennoch zeigte die dynastische Opposition bedeutendes Schwanken, als Maßregeln von der Regierung gegen dieses Banket getroffen wurden. Dies Schwanken aber brachte sie um Einfluß auf die Bewegung, die von ihr gefördert und organisirt war. Sobald sie Unentschlossenheit zeigte, entging ihr die Entscheidung, welche bald allein von der durch sie aufgeregten Volksmenge und von ganz anderen Zuhörern, wie die bisherigen, der Kammerminderheit, abhängig ward.

---

## Ausbruch der Revolution.

Mittlerweile traf die Regierung ihre Anstalten, um das Banket zu verhindern und gegen einen etwaigen Aufstand gerüstet zu sein. Eine heftige Aufregung und sogar Unruhen waren in einer Stadt, wie Paris, unabwendbar; allein es lag noch immer ein Mittel in den Händen der Regierung, um wenigstens gefährliche Aufstände zu verhüten. Ließ sie das Banket eintreten und verklagte sie alsdann die Theilnehmer bei den Gerichten, so hätten vielleicht Emeuten, die sich leicht unterdrücken ließen, stattfinden können; indeß ein gefährlicher Aufstand oder sogar eine Revolution wäre wahrscheinlich in diesem Falle nicht eingetreten. Unter den Maßregeln nahmen vorzugsweise die militärischen die erste Stelle ein. Die Soldaten waren den größten Theil des Tages in den Kasernen consignirt; auch in der polytechnischen Schule wurden solche Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Der Herzog von Nemour s versammelte viele höhere Offiziere um sich. Ein Tagsbefehl des Herzogs von Montpensier lautete folgendermaßen: „In möglichster Eile sind aus den Artilleriemagazinen von Vincennes nach der (den elysäischen Feldern gegenüber liegenden) Militärschule folgende Sendungen zu machen: zwei Batterien Feldgeschütz mit vollständig geladenen Munitionswagen, 20 Infanteriemunitionswagen, 300 gefüllte Kartätschbüchsen, 400 Petarden, ein Wagen voll Fackeln für den Nachtdienst.“ (gez.) A. v. Orleans.

Dieser Tagsbefehl, vom National bekannt gemacht, wurde zwar von dem Journal des Debats abgeläugnet; wegen der Verbindungen aber, die der National mit mehren Ministerien und besonders mit dem Kriegsministerium hatte, wodurch schon manche der Regierung unangenehme Dinge ans Licht gebracht waren, fand derselbe auch in diesem Falle Glauben. Außer der Garnison von Paris waren 60,000 Mann in der Umgegend zusammengezogen so daß sie schnell verfügbar waren; 30 Batte-

rien standen angespannt in Vincennes. Endlich waren Versuche gemacht, nur ergebene Leute aus der Nationalgarde für den Dienst derselben zusammenzubringen; ein Verfahren, welches bei der Stimmung derselben sich nicht ausführen ließ. Im Journal des Debats erschien hinsichtlich der Nationalgarde ein Tagsbefehl des Generallieutenants Jacqueminot, Obercommandanten der Nationalgarde, wodurch die Gesetze über die Nationalgarde, insbesondere der Art. 7 des Gesetzes vom 22. März 1831, in Erinnerung gebracht wurden, wonach sich die Nationalgarde ohne Befehl ihrer Obern nicht versammeln und Letztere diesen Befehl nicht ohne Ansuchen der Civilbehörde ertheilen können.

Anfangs muß die Regierung die Absicht wirklich gehabt haben, die Sache den Gerichten anheimzugeben, das Journal des Debats wenigstens verkündigte, daß die Minister nichts Anderes beabsichtigten; etwa am 20. hatten sie jedoch ihre Absicht verändert, denn am 22. ward ein Verbot des Polizeipräfekten der Stadt Paris, Delessert, in folgenden Worten am Morgen bekannt gemacht. Der Polizeipräfekt der Stadt Paris, G. Delessert, erläßt auf Grund der Gesetze vom 16—24. Aug. 1790, 22. Juli 1791, 12. Messidor des Jahres VIII (1. Juli 1800), 3. Brumaire des Jahres IX (25. Okt. 1800), sowie weiterer Gesetze aus den dreißiger Jahren folgenden Befehl: „Die Versammlung und das Banket sind verboten. Alle Maßregeln sind ergriffen, um gegenwärtigen Befehl auszuführen."

Dieser Beschluß war schon Nachmittags am 21. der Kammer mitgetheilt; die Minister hatten erklärt, daß die Reformversammlung verboten sei, daß eine Proklamation des Polizeipräfekten alle Gruppen auf der Straße von sechs Uhr Morgens an untersagen werde. Das Lokal, wo das Banket statt haben sollte, würde vom frühen Morgen an mit bewaffneter Macht besetzt werden. Ein Tagsbefehl des Commandanten der Nationalgarde verbiete jeden Zusammentritt derselben.

Als diese Erklärungen in der Kammer gemacht wurden,

entstand eine solche Aufregung, daß die Sitzung nur der Form nach stattfand. Odilon Barrot wandte sich an die Minister, um die Reformversammlungsfrage zur Sprache zu bringen. Die Opposition habe geglaubt, die Regierung werde die Sache vor die Gerichte bringen; Alles wäre ruhig abgelaufen, und die Spannung wäre vorüber gewesen, jetzt sei ein Keim von Unordnung zurückgelassen. Auf das Ministerium falle die Verantwortung dafür. Duchatel, der Minister des Innern: Allerdings habe das Ministerium eine gerichtliche Entscheidung beabsichtigt, da sei das Manifest erschienen, welches, im Widerspruch mit den Gesetzen, die Nationalgarde, die Schulen zusammenberufe; die Regierung könne nicht dulden, daß aus Gelegenheit eines Bankets eine Manifestation die Gesetze verletze und eine improvisirte Regierung neben die ordentliche stelle.

Am Abend kam der Ausschuß der Reformversammlung bei Odilon Barrot zusammen, und zeigte bei dieser Gelegenheit eine neue Schwäche, wodurch ihr Einfluß bei der Revolution gänzlich zu Grunde ging. Die dynastische Opposition zeigte allgemein Unentschiedenheit und Mangel an Leitung, wie an Kraft. Sie faßte einen noch an demselben Abend bekannt gemachten Beschluß, daß die bei Odilon Barrot versammelte Opposition, welche die Verantwortlichkeit für die Folgen, die aus den genommenen Maßregeln der Regierung folgen könnten, nicht auf sich nehmen wolle, nun erkläre, daß sie nicht zum Banket gehen werde; sie ermahne zur Ruhe, werde aber ihre schweren Pflichten zu erfüllen wissen. Hierdurch brachte sich die dynastische Opposition in der Kammer um all ihren Einfluß bei der Volksbewegung. Odilon Barrot bestätigte dadurch die alte über ihn gehegte Meinung von seiner gänzlichen Unfähigkeit, zu handeln. Er zeigte, wie früher, daß er den Eintritt in ein Kabinet Ludwig Philipps vor Augen hielt, und daß es ihm deßhalb mit keinem Schritt Ernst sei, welcher den König verletzen könne. An 95 Deputirte hatten sich eingestellt, dennoch waren nur 17 für das Halten des Ban-

kets, die übrigen dagegen. Etwas jedoch mußte geschehen. Somit wurde eine Anklage gegen das Ministerium vorgeschlagen, und 17 Abgeordnete sagten zu, dieselbe zu unterzeichnen. Die Aufschiebung des Bankets oder vielmehr der Beweis, daß von diesen Leuten in gefährlichen Umständen Nichts zu erwarten sei, sollte durch folgende Erklärung gerechtfertigt werden, die in den Oppositionsblättern erschien. „Die Maßregeln der Regierung gegen eine friedliche Demonstration rufen einen Zusammenstoß zwischen den Bürgern und der öffentlichen Macht hervor; die Opposition will die Bürger den Folgen eines unheilbringenden Kampfes nicht aussetzen und verzichtet, indem sie bittet, ihr Beispiel zu befolgen." Der Eindruck, der hierdurch geschah, äußerte sich soglcich durch eine Erklärung des Wählercomités des zweiten Bezirks, welche dessen Erstaunen über die Entscheidung der Opposition ausdrückte, ohne daß sie zugleich ihren Austritt aus der Kammer erkläre; diese Maßregel wurde als die einzige im jetzigen Augenblick der öffentlichen Meinung angemessene bezeichnet. — Hieran reihte in einem geharnischten Artikel der National die Aufforderung an die Opposition, sich aus der Kammer zu entfernen: zuerst die Anklage, und wenn sie verworfen sei, Austritt in Masse. Dadurch schon gab sich die ganze spätere Stellung jener Leute kund. Sie waren das Mittel gewesen, das Volk in Bewegung zu setzen, vermochten aber nicht, es zu leiten, sondern wurden von jetzt an durch dieselbe allein fortgerissen. Die Oppositionspresse, mit Ausnahme des Constitutionel, bekümmerte sich jetzt nicht mehr um diese ehemaligen Leiter. Dieser führte, wie 1830 während des Kampfes, eine zurückhaltende Sprache und ließ sich so wenig wie möglich auf die Tagesfrage ein.

Von jetzt an war die Entscheidung der constituirten Volksrepräsentation genommen und dem Volke in den Straßen anheimgegeben, wobei sich auch die Verstimmung gegen Odilon Barrot u. s. w. ebenso kund gab, wie der Haß gegen die Regierung. Von 9 Uhr Morgens an strömte

eine Masse Blusenmänner und Arbeiter in das Quartier bei der Madeleine, wo der Zug beginnen sollte (das beste Quartier in Paris mit breiten Straßen). Um 10½ Uhr waren auch die Zugänge zum Palast der Kammer (jenseits der Seine) von der Menge besetzt. Die Gitter des Palastes wurden erklettert; mit Mühe konnten die Huissiers die Menge zurückhalten. In die Galerien wurde eingebrochen und nur ein Theil der Eindringlinge konnte entfernt werden. Die Kavallerie säuberte die Plätze vor der Kammer, und von 11½ Uhr Vormittags an war der Palast militärisch besetzt. Gegen Mittag wurde ein von der Straße Bourgogne (linkem Ufer) her vordringender Haufe mit bewaffneter Hand zurückgeworfen. „Es lebe die Reform! Nieder mit Barrot! Um fünfundzwanzig Franken den Kopf von Guizot!" hörte man aus dem Volkshaufen. Mit Mühe konnten die Abgeordneten in den Palast eindringen, mehre Abgeordnete, unter ihnen Hr. Daudé, wurden gröblich behandelt. — Seit 1 Uhr vermehrten sich die Zusammenrottungen, besonders beim Ministerium des Auswärtigen (auf dem Boulevard des Capucins, nahe der Madeleine). Die Fenster wurden eingeworfen unter dem Geschrei: Nieder mit Guizot, den Kopf von Guizot! Die bewaffnete Macht zerstreute die Haufen. Gegen 3 Uhr wuchs der Tumult in den elysäischen Feldern; mehre der Tumultuanten wurden verwundet. — Um 3½ Uhr durchzog ein Haufe das Quartier St. Martin (innere Stadt zwischen Seine und Boulevard) unter dem Gesang der Marseillaise und mit dreifarbigen Fahnen. Odilon Barrot wurde von einem Haufen ein Pereat gebracht. — Um 4 Uhr ward eine Waffenbude in der Nähe des Stadthauses geplündert, und man riß in einem Theil der Straße Rivoli (zunächst den Tuilerien und dem Tuileriengarten) das Pflaster auf. In zwei oder drei angrenzenden Straßen (gerade hier sind noch einige sehr enge Sträßchen) hatte der Aufstand seinen Sitz. Eine Anzahl warf sich in die Vorstadt St. Antoine (eine Stunde von da, am entgegengesetzten Ende von Paris, der

Sitz aller früheren Volksbewegungen in der alten Revolution, wie später.) — In der Straße von Rivoli wurden Barrikaden errichtet.

Auch die Boulevards waren voller Menschen; auf den elysäischen Feldern und in der Kammerumgebung wurden junge Bäume ausgerissen. Beim Nahen der Kavallerie wurde ein Feuer angezündet und mit den Bäumen, Stühlen, Säcken mit Tannenzapfen und einem ins Feuer geworfenen Omnibus genährt. Ein Wachhaus wurde erobert und in Flammen gesteckt. Der elektrische Telegraph wurde zerstört und Oktroieinnahmeposten gestürmt, die bekanntlich von jeher den Parisern verhaßt gewesen sind. Man klagte, daß den Tag über bloß die Linie unter den Waffen war, erst Abends ertönte die Trommel, um die Nationalgarde zusammenzurufen. — Um zwei Uhr wollte eine Deputation von Studenten über die Concordebrücke zur Kammer sich begeben. Die Soldaten standen mit gefälltem Bajonnet entgegen und machten Miene, zu schießen, aber die jungen Leute entblößten die Brust mit dem Rufe: „Schießt, wenn ihr wollt, auf eure Brüder!“ Und man ließ sie gehen. Um drei Uhr geriethen am Eingang der elysäischen Felder die Municipalgarde und das Volk zusammen, das Volk vertheidigte sich mit Steinwürfen. In den elysäischen Feldern wurden mehre Personen getödtet. — Von zwölf bis vier Uhr war das Quartier St. Honoré der Hauptschauplatz, mehre Barrikaden wurden errichtet, aber beim Nähern der Truppen sogleich verlassen. Die Verwirrung war auf ihrem Gipfel, Karren mit Steinen wurden umgestürzt und dienten ebenso zum Einwerfen der Fenster. Der Commandant im Tuilerienpalast, Oberst Bilfeld, machte einen Ausfall an der Spitze von zwei Compagnien; er erhielt einen Steinwurf auf die Brust. Auch in der Straße Rivoli wurde versucht, eine Barrikade zu bilden; die eisernen Gitter auf dem Concordeplatz wurden weggenommen. Mehre Waffenbuden wurden geplündert, in der Straße Richelieu fand ein Einbruch in die Wohnung des Hrn. le Page statt, und hier war der Tumult bedeu-

tend, Omnibus wurden umgestürzt, bis eine Schwadron Kürassiere die Straße leerte. Um fünf Uhr wurden alle Zugänge zu den Tuilerien geschlossen, und der Carrousel-platz von Infanterie und Dragonern besetzt; der Garten des Palais Royal war schon vorher geschlossen worden. — In den Hauptstraßen wurde die Menge immer dichter; in der Straße Vivienne (zwischen Palais Royal und Boulevard) wurde die dort lang verstummte Marseillaise wieder gesungen. — Eine Deputation der Schulen kam in das Büreau des National (Rue Lepelletier, bei der großen Oper), um Verhaltungsmaßregeln zu verlangen, ebenso zu Odilon Barrot: sie wurde allein ermahnt, die Ordnung zu handhaben. — Ungefähr um sieben Uhr zog ein großer Haufe vom Boulevard durch die Straße St. Louis zur Place Royale; die Menge erhob sich im Quartier zwischen St. Martin und der Templestraße. Zugleich wurde in der Straße de l'Arbre sec, welche in St. Honoré mündet, eine Barrikade errichtet und hinter ihr versammelte sich eine ansehnliche Menge Volks; die Nationalgarde räumte sie weg. — Um neun Uhr erschien ein Haufe von 50 Menschen im Quartier der Schulen; in der Straße Racine plünderten sie einen Waffenladen, bald aber wurde das Quartier wieder ruhig. — Ein Augenzeuge berichtet über Vorgänge in der Rue Clery (enge Straße, aber nahe dem Boulevard) zwischen neun und zehn Uhr: Eine Waffenbude wurde geplündert, eine Barrikade errichtet. Jetzt wurde der Boulevard St. Denis gesperrt. Gegen elf Uhr wurden die Barrikaden der Straße Clery und die in einigen anliegenden Sträßchen vollständig genommen, Nationalgarde besetzte diese Straßen, welche, da alle Laternen zusammengeschlagen waren, ganz dunkel waren. Auf dem Boulevard Bonne Nouvelle und in der Nähe bildeten sich gegen elf Uhr beträchtliche Haufen; die Kavallerie ritt ein, sie zu verjagen. Unglück geschah, indem Viele, da die Schranken am Ende der Straße Clery weggebrochen waren, den steilen Abhang gegen den Boulevard hinunterstürzten. Die Linie und Artillerie besetzte den Boulevard.

In der Gegend der Marktplätze wurden Verhaftungen vorgenommen.

Gegen Mitternacht wandten sich die Unruhen mehr in die innere Stadt, das sogenannte Marais, in das Quartier, wo früher die Emeuten ausgekämpft wurden. Zwischen der Straße du Temple und St. Martin waren noch um elf Uhr die Straßen besetzt. Barrikaden wurden errichtet. In der Straße St. Denis, nahe der Straße der grande Truanderie, wurden Pflastersteine aufgehäuft. In der Straße Grenetat (Verbindungsgäßchen der langen Straßen St. Denis und St. Martin) entstand ein blutiger Kampf; mehre Personen wurden getödtet oder verwundet. Barrikaden, von daliegendem Baumaterial aufgerichtet, wurden mit viel Hartnäckigkeit und Muth vertheidigt. Die Munizipalgarde nahm sie nach einigen Salven im Sturm mit dem Bajonnet. Auf der Barrikade selbst fand man die Leiche eines polnischen Flüchtlings; ein anderer Pole, mit Flinte und Säbel bewaffnet, wurde hier verhaftet. Nun hatte sich der Kampf in das Quartier gezogen, welches in den frühern April- und Juniemeuten (letztere beim Leichenbegängniß des Generals Lamarque 1832) der blutigste Schauplatz war: in die Straßen Ticquetonne, Bourg l'Abbé und die von damals her bekannte Transnonain. Allein nur 30 oder 40 der Aufständischen hatten Waffen, ihre Munition war bald erschöpft. Fünf Gefangene wurden in ein Haus der Straße Beaubourg gebracht, ihre Kameraden wollten sie befreien. Dies veranlaßte einen blutigen Kampf, in welchem mehre getödtet wurden, die Munizipalgardisten aber ihre Gefangenen behielten.

Nach Mitternacht war die bewaffnete Macht Herr der Barrikaden. Die Quartiere St. Honoré, das Palais Royal, die Hallen, St. Denis, St. Martin, die Kais, die Boulevards leerten sich. Auf dem Carrousselplatz lagerten sich Truppen, der Herzog von Nemours ritt bei ihnen herum, auch der König mit dem Herzog von Montpensier erschien hier. Ein großes Lager erstreckte sich von der Madeleine bis

zum Boulevard St. Martin. Bei großen Feuern sind die Truppen gelagert. Artillerie hat den Pont Neuf und die Kais besetzt.

Mit Ausnahme von Steinwürfen, geschah bis vier Uhr nichts Bedenkliches, die Gährung war aber so stark, daß man mit dem Reden durchaus nicht genirt war, ein Polizeiagent würde in diesem Augenblick übel weggekommen sein. Die Polizeisoldaten waren ganz verschwunden und die Municipalgardisten von ausnehmender Höflichkeit. Es herrschte eine Einstimmigkeit im Volke, welche selbst 1830 nicht stattgefunden. Erst um vier Uhr begann das Feuern. Um zwei Uhr waren die Zusammenrottungen um den Palast der Deputirtenkammer so groß, daß der Verkehr auf mehren Punkten gehemmt wurde. Die Rufe, das Pfeifen und Zischen unter den Volkshaufen dauerten ununterbrochen fort. Die Kavallerie sprengte einigemal im Galopp gegen die Menge, um die Umgebung der Brücke zu säubern, verfuhr jedoch mit Schonung und Vorsicht. Die Concordebrücke wurde gesperrt; nur die Deputirten und die Personen, die sich mit Billetten in die Kammer begaben, ließ man passiren. Um vier Uhr Nachmittags wurden die Volksmassen vor der Abgeordnetenkammer immer dichter. Ein großer Volkshaufen hatte sich vor das Hotel des Herrn Guizot begeben. Große Truppenabtheilungen waren hier aufgestellt und brachten es mit größter Mühe dahin, die Zusammenrottung zu zerstreuen, aber dessen ungeachtet wurden die meisten Fenster in der Wohnung des Ministers durch Steinwürfe zerschmettert. Man bemerkte, daß die Truppen ihr vollständiges Schanzzeug (zur Zerstörung etwaiger Barrikaden) bei sich hatten.

Die Sitzungen der Abgeordneten unter diesem Tumult begann mit einer gewissen Ruhe. Um halb 2 Uhr begann die Sitzung der Abgeordnetenkammer. Mit einer Art von feierlichem Sicherheitsgefühl gab der Präsident dem Herrn Leon Faucher das Wort über den Gesetzesentwurf wegen der Bank von Bordeaux. Natürlich dachte kein Mensch an

das, was der Redner sagt; man sammelte sich um Herrn Guizot, der sehr ruhig und sicher aussah.

Die bereits beschlossene Anklage der Minister wurde von der Opposition eingebracht, jedoch gab die Kammer ihre gewöhnliche Haltung noch nicht auf; offenbar hielt die Mehrheit die Gefahr nicht für dringend, obgleich eine gewisse Aufregung durch den Tumult natürlich war. Die Anklage lautete, wie folgt: „Wir schlagen vor, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, als schuldig: 1) nach Außen die Ehre und Interessen Frankreichs verrathen; 2) die Grundsätze der Constitution gefälscht, die Bürgschaften der Freiheit verletzt und die Rechte der Bürger angegriffen; 3) durch systematische Corruption versucht zu haben, an die Stelle des freien Ausdrucks der öffentlichen Meinung die Berechnungen des Privatinteresses zu setzen und so das Repräsentativsystem zu verfälschen; 4) im ministeriellen Interesse mit den Staatsämtern und allen Befugnissen und Vorrechten der Staatsgewalt Handel getrieben; 5) in demselben Interesse die Staatsfinanzen zu Grund gerichtet und so die Kräfte und die Größe der Nation gefährdet; 6) gewaltsam die Bürger eines jeder freien Verfassung inwohnenden Rechts, dessen Ausübung ihnen durch die Charte, durch die Gesetze und durch die Geschichte verbürgt ist, beraubt; 7) durch eine offenbar contrerevolutionäre Politik alle Eroberungen unserer zwei Revolutionen in Frage gestellt und tiefe Verwirrung über das Land gebracht zu haben." Unter den Unterzeichnern sind zu nennen: Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne, General Thiars, Dupont de l'Eure, Isambert, Leon v. Maleville, Garnier Pagès, Chambolle, Lherbette, Pagès von der Arieges, Leon Faucher, Buraux de Puzy, v. Lasteyrie, G. Lafayette (drei Zweige vom Stamm des alten Lafayette), v. St. Albin, Lesseps, Mauguin, Marie, Carnot, Cambacres, Demarçay, Larabit. Der Präsident, Herr Sauzet, erklärte, vor der öffentlichen Verlesung dieses Antrags müsse gesetzmäßig die Vorprüfung in den Abtheilungen vor sich gehen. Wenn

drei Abtheilungen von den neun den Antrag zur öffentlichen Verlesung zuließen, würde er ihn Donnerstag den 24. in öffentlicher Sitzung verlesen. In dieser Sitzung legte auch v. Genoude, Legitimist, Redakteur der Gazette, folgenden Antrag nieder: „In Erwägung, daß die Minister, indem sie die Reform eines Wahlgesetzes verweigern, welches die Bürger jeder Theilnahme an den politischen Rechten beraubt, die Nationalsouveränetät verletzen und dadurch die Ursache sind von Unruhen und Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung; in Erwägung, daß sie so Frankreich an einem nach Innen unsittlichen, verderblichen System, nach Außen unheilvoll und entehrend, festhalten — verlangt Unterzeichneter, Abgeordneter der Obergaronne, die Versetzung des Ministerpräsidenten und seiner Kollegen in Anklagestand. — Von den Schulen lief folgende Bittschrift mit 800 Unterschriften an die Kammer ein: „Die Verhinderung der patriotischen Kundgebung durch die Regierung ist der stärkste Beweis, daß sie eine Berufung an die Gerechtigkeit des Landes fürchtet. Es blieb uns, um die 1830 sanctionirten Rechte zu wahren, nur unser Vertrauen zu den Oppositionsabgeordneten. Da wir zum Voraus überzeugt sind, daß unsere Bittschrift von der Mehrheit verworfen wird, so vertrauen wir darauf, daß jeder wahrhaft unsern Freiheiten ergebene Abgeordnete einen kräftigen Entschluß wird zu fassen wissen, der allgemeinen Erwartung entsprechend." Somit war zwar eine Demonstration gemacht worden, allein die Mehrheit blieb dagegen gleichgültig und ließ sich an dem Tage in keine eigentliche Verhandlung über irgend eine der Fragen ein, über welche auf den Straßen gekämpft wurde.

Der Nationalgarde hatte man nicht getraut; erst um 5 Uhr wurde der Appell derselben geschlagen. Sie stellte sich entweder spärlich beim Zusammentrommeln ein, oder gab ihre Stimmung durch den Ruf: „Es lebe die Reform," und „Nieder mit Guizot," sowie durch Absingung der Marseillaise kund.

Am 23. Febr. waren die Volkshaufen noch weit dichter, und die Gemüther in einer außerordentlichen Spannung. Schon am Morgen waren viele und bedeutende Unglücksfälle vorgekommen und keine Annäherungsschritte geschehen. Die Nationalgarde gehorchte spärlich dem Zusammentrommeln. Nur mit größter Ungeduld blieben die Leute zu Hause. Die ganze Stadt war in Bewegung, um so mehr, als der Lärm nun in den sehr bevölkerten Stadtvierteln stattfand. Man hatte die schönste Frühlingswitterung und die Flintenschüsse wurden dadurch nur hörbarer. Gegen Mittag änderte sich die Witterung, es regnete stark. Man schlug sich nichts desto weniger auf verschiedenen Seiten. Die Nationalgarde zeigte dieselbe Gleichgültigkeit wie gestern. Man sah nur hin und wieder einige Offiziere. Die Linientruppen zeigten viele Mäßigung. Handel und Wandel waren gestört. Es wurden fortwährend Verhaftungen ausgeführt und die Gefangenen haufenweise durch die Stadt geführt. Um 2 Uhr hellte sich das Wetter wieder auf. Auf der Börse verbreitete man die widersprechendsten Gerüchte. Alle Journalisten waren auf den Straßen und die Studenten bemerkte man in der Mitte der Streiter.

An diesem Tage war die Sitzung der Abgeordneten anderer Art als am vorhergehenden, obgleich nur ein Nebenspiel des großen Schauspiels, das draußen vorging. Die Zugänge der Kammer waren frei; die nächsten Truppenabtheilungen standen auf dem Concordeplatz. Die Linke war sehr zahlreich und stand in Gruppen umher. Vavin, Oppositionsabgeordneter des elften Bezirks von Paris, ergriff das Wort. Tiefes Schweigen. „Meine Herren, als Abgeordneter des Seinedepartements und im Namen meiner Kollegen habe ich eine Pflicht zu erfüllen: Anfragen zu richten an den Hrn. Minister des Innern über das, was in diesem Augenblick in der Hauptstadt vor sich geht. Die Abwesenheit des Hrn. Ministers zwingt mich, sie auf einige Augenblicke zu verschieben.“ Hebert: „Der Hr. Minister des Innern ist durch Geschäfte, welche durch die Umstände erklärlich sind,

zurückgehalten; ich habe ihn aber benachrichtigen lassen.“ Nach einer Viertelstunde waren sämmtliche Minister auf ihren Bänken. Vavin: „Im Namen der Abgeordneten des Seinedepartements wende ich mich an das Ministerium. Seit 24 Stunden sind schwere Unruhen in Paris ausgebrochen. Das Volk hat mit Verwunderung die Abwesenheit der Nationalgarde bemerkt. Am Montag war Befehl gegeben, sie zusammenzuberufen. In der Nacht muß Gegenbefehl erfolgt sein. Erst gestern um 5 Uhr, nach dem feindlichen Zusammenstoßen, wurde Generalmarsch geschlagen. Den ganzen Tag über war die Einwohnerschaft den Gefahren um sie her preisgegeben. Feindliches Zusammenstoßen hat stattgefunden; wäre von Anfang an die Nationalgarde einberufen worden, so wäre wahrscheinlich dieses Unglück nicht zu beklagen gewesen.“ Hr. Guizot: „Ich glaube, es ist nicht an der Zeit, daß die Kammer in eine Verhandlung über diese Anfrage eingehe. Der König hat in diesem Augenblick den Herrn Grafen Molé berufen, um ihn mit der Bildung eines neuen Kabinets zu beauftragen. (Zuruf zu Linken.) Diese Unterbrechungen bewegen mich nicht, dem, was ich gesagt, etwas hinzu zu thun oder davon zu nehmen. So lange das Kabinet die Staatsgewalt inne hat, wird es, seinem Grundsatze gemäß, die Ordnung aufrecht erhalten, wie es bis anher gethan.“ Die Sitzung ward eingestellt. Die Deputirten bildeten aufgeregte Gruppen. Nach einer Viertelstunde fragte der Präsident, ob die Kammer ihre Tagesordnung für den 24. (Berathung in den Abtheilungen über die Anklageanträge) festhalte. „Ja! Ja!“ „Nein! Nein!“ Graf Salvandy, Minister des Unterrichts: „Wir verlangen bestimmt, daß die Kammer ihre Tagesordnung festhalte.“ Cremieux: „Ich übergebe hiemit Bittschriften von Bürgern der Stadt Paris.“ Lärm, Geschrei. O. Barrot: „In Folge der Lage des Kabinets verlange ich die Vertagung des von mir gestern gestellten Antrags (eben des Anklageantrags).“ Widersprechende Stimmen. O. Barrot: „Ich unterwerfe mich der

Mehrheit. Indeß..." Stimmen: „Nein! Nein!" Dupin: „Das erste Bedürfniß der Stadt ist Ruhe; sie kann nicht der Gesetzlosigkeit preisgegeben werden. Jedermann muß dazu mitwirken. Der Juliusgeist lebt noch. Man huldigt dem Nationalwillen. Aber das Volk muß begreifen, daß es nicht berechtigt ist, auf öffentlichem Platze Rath zu halten. Die Zusammenrottungen müssen aufhören. Ich weiß nicht, wie die Minister, provisorisch noch mit der Staatsverwaltung beauftragt, für Wiederherstellung der Ordnung und zugleich für ihre eigene Rettung sorgen können. (Im Centrum: „Gehen Sie doch!" Herr Guizot macht eine verneinende Bewegung.) Ich verlange die Vertagung der beiden gestern gestellten Anträge." Stimmen: „Nein! Nein!" Guizot: „So lange das Kabinet mit der Staatsverwaltung betraut ist, wird es die Ordnung erhalten und den Gesetzen Achtung verschaffen. Die Regierung sieht keine Nothwendigkeit, daß die Kammer ihre Arbeiten unterbreche; alle Fragen können ihre Lösung finden. Die Krone übt in diesem Augenblick ihr Vorrecht aus. Dieses Vorrecht muß geachtet werden. So lange das Kabinet auf seinem Platze ist, darf nichts suspendirt bleiben. Das Kabinet hat eine Antwort auf Alles, geht auf alle Verhandlungen ein." Dupin: „Der Herr Minister spricht, wie es für seine Lage paßt; die Kammer hat nur nach den Umständen sich zu richten." Stimmen im Centrum: „Abstimmen." v. Peyramont (Generalprokurator): „Ich verlange die Tagesordnung. Warum hat Hr. Dupin nicht gestern der Opposition seine Ansichten über das Bedürfniß der Ordnung mitgetheilt?" Im Centrum: „So ist's! Bravo!" Der Präsident fragt, ob die zwei Anträge (der Dreiundfünfzig und v. Genoude's) vertagt werden sollen. Hundert Mitglieder der Opposition stimmen für Vertagung, die ganze Mehrheit dagegen. So kommen am 24. die Anträge in die Abtheilungen.

In der Pairskammer wollte am 23. Febr. Graf Alton-Shee Anfragen an die Minister ankündigen; die Kammer aber verweigerte ihm die Feststellung einer Frist dafür.

Nun wollte wieder Marquis Boissy reden und einen Antrag stellen: „In Erwägung, daß Blut in der Hauptstadt geflossen ist, daß Paris von Brand und Plünderung bedroht ist durch sechzigtausend ..." Unterbrechung. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Furchtbarer Tumult. Endlich verliest der Sekretär den Antrag v. Boissy's auf Festsetzung einer Frist für Anfragen, die er an die Minister stellen will, weil sie nicht genug Streitkräfte in der Hauptstadt versammelt und nicht früher die Nationalgarde einberufen haben. Aber nicht eine Stimme unterstützt den Antrag, der somit fällt.

Aus der Kammer gab man als gewiß folgende Ministerliste, aus Männern der Mittelpartei an: Graf Molé, Präsident und Minister des Auswärtigen; Dufaure, Inneres; Vivien, Siegelbewahrer; Billault, Seewesen und Kolonien; Gouin, Handel und Ackerbau; Hippolyte Passy, Finanzen; v. Tocqueville, Unterrichtswesen; Lanyer oder Graf Daru, Staatsbauten. Das Portefeuille des Kriegs war noch nicht vergeben.

Als die Freunde Odilon Barrot's an diesem Tage für denselben eine Demonstration zu erregen suchten, äußerte das Volk seine Abneigung durch den Ruf: Nieder mit Barrot, dem Feigen u. s. w. Mehre Deputirte, unter andern Herr v. Lasteyrie, wurden auf dieselbe Weise empfangen. Am Morgen war der ursprüngliche Tummelplatz, von der Magdalenenkirche bis zur Deputirtenkammer, stark mit Linientruppen und Nationalgarden besetzt; das Volk hatte aber sein gewöhnliches revolutionäres Gebiet, die Quartiers St. Martin, St. Denis, Temple und St. Antoine zum Kampfplatze erkoren. Nur der Marché des Innocents, ebenfalls ein gewöhnliches revolutionäres Gebiet, war stärker mit Infanterie besetzt; in den genannten Quartieren aber war bis 12 Uhr keine Spur der öffentlichen Macht. Hingegen sah man in den meisten Straßen dieser Quartiere bereits mehre Barrikaden aus allerlei Wagen aufgerichtet, vor welchen 20 bis 30 Arbeiter mit oder ohne Waffen standen. In

der Rue des Arcis wurden die Einwohner, deren Läden man zu erbrechen drohte, gezwungen, den Insurgenten Waffen aus den Fenstern hinabzureichen. In der Rue St. Martin waren in Entfernung von je dreißig Schritten vier starke Barrikaden aufgeführt. Die Straßen St. Martin, St. Denis, Rambuteau, Mauconseil, St. Sauveur, Guérin, Boisseau, Au Maire des Gravilliers, Chasson, Montemorency, Grenetat du Caire, Bourbon, Villeneuve und die engen Straßen, welche an diese stoßen, waren verbarrikadirt und so gut vertheidigt worden, daß von 11 Uhr des Morgens an sich weder Infanterie noch Kavallerie in dieselben wagte. Das Gewehrfeuer hatte sich sehr oft entsponnen und war um 12 Uhr bis in die Straße Montorgeuil gedrungen, woselbst die Munizipalgardisten gezwungen wurden, sich zurückzuziehen und einige entwaffnet wurden. Man erwartete frische Truppen von den Eisenbahnen. Der Aufstand hatte das Quartier der Boulevards des Italiens und der Börse vollständig verlassen. Starke Potrouillen durchzogen die friedlichen Quartiere und wurden mit dem Rufe empfangen: „Es lebe die Linie! Es leben die Chasseurs! Es leben die Dragoner! Es leben die Kürassiere!" Der Ruf: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot! Nieder mit dem Ministerium!" beherrschte bereits Alles. Die Armee schien nicht unzugänglich für denselben. Der Aufstand schien unten in den Straßen St. Denis und St. Martin concentrirt zu sein; dort war das Gewehrfeuer sehr lebhaft zwischen dem Volke und der Nationalgarde. Man sprach vom Feuer des groben Geschützes gegen Barrikaden. Kurz, die Bewegung nahm in Folge der Haltung der ganzen Bevölkerung, welche auf den Füßen war, einen sehr entschiedenen Charakter an. Patriotische Gesänge ertönten, die Armee fraternisirte an vielen Orten mit der Nationalgarde und schien von denselben Gesinnungen wie diese beseelt zu sein. Einen sehr kräftigen Schritt that der Oberst der fünften Legion an der Spitze aller seiner Offiziere, mit der Fahne in den Händen, in den Tuilerien. Hr. Besson hatte sich zum Könige begeben, um

an demselben Tage noch eine ministerielle und reformistische Entscheidung zu verlangen, ohne welche die Nationalgarde hinfort unfähig sei, die Bewegung zu unterdrücken. Dieser feste und thatkräftige Oberst trug bei sich seine Entlassung, welche er dem König übergeben wollte, falls die verlangte Entscheidung nicht erlangt werden sollte.

Alle Kasernen von Paris waren strenge eingeschlossen; aller Verkehr war in ihrer Nähe untersagt. Das Operngebäude, welches eine ziemliche Anzahl Waffen aller Art enthielt, wurde von der zweiten Legion bewacht, welche in den reformistischen Ruf bald mit einstimmte.

Die Nationalgarde, welche sehr wenig Eifer gezeigt hatte, sich einzufinden, versammelte sich endlich wie durch Zauber auf den Ruf: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot!“ Ihre Haltung war würdevoll und fest, bis unter die Mauern der Tuilerien, wohin der Dienst abwechslungsweise Abtheilungen aller Legionen rief. Die vierte Legion der Nationalgarde, ziemlich zahlreich in der Straße St. Honoré versammelt, ließ den Ruf vernehmen: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot.“ Aehnliche Rufe drangen aus der fünften und aus einem Theile der zweiten Legion hervor. Gegen 2 Uhr wollten die Dragoner und Kürassiere in die Straße Lepelletier eindringen, in welcher sich die zweite Legion der Nationalgarde befand; die Offiziere der Dragoner forderten freien Durchgang; die Nationalgarde wies das Begehren zurück.

Ein ziemlich lebendiges und anhaltendes Gewehrfeuer ließ sich um 1 Uhr aus einer andern Richtung vernehmen. Militär rückte an, zerstörte die Barrikaden, allein bald darauf wurden in denselben Straßen andere Barrikaden aufgerichtet und besser vertheidigt. Um 2 Uhr wurde der Kampf sehr ernstlich geführt an der Porte St. Martin und St. Denis, die Linie gab mehre volle Ladungen, wobei Viele verwundet worden sein müssen. Um dieselbe Zeit ereignete sich ein Vorfall, welcher der Sache die bedenklichste Wendung geben konnte. Auf dem Platze des Petits Pères war eine Zu-

sammenrottung von Handwerkern, an deren Seite etwa 30 Mann Nationalgarde standen. Die Municipalgarde rückte heran, um die übrigens unbewaffneten Leute zu zerstreuen, wurde aber von diesen mit dem Rufe empfangen: „Nieder mit der Municipalgarde, es lebe die Nationalgarde, es lebe die Reform!" Dieser Ruf schreckte jedoch die Municipalgarde nicht ab, worauf die Nationalgarde mit gefälltem Bajonnet unter dem Rufe: „Es lebe die Reform!" sich ihr entgegenstellte und die Massen in Schutz nahm, die in den Ruf einstimmten. Auf einer andern Seite geschah ein ähnlicher Vorfall. Auch das Offiziercorps der zweiten Legion hatte sich bereits in die Tuilerien begeben, um die Entlassung des Ministeriums zu verlangen.

Um 1 Uhr sah man Kanonen unter einer starken Bedeckung Kavallerie den Kai hinauffahren. In der Rue de la Ferronnerie fiel um 2 Uhr ein starkes Gefecht vor. Gegen 6000 Mann Nationalgarde waren bis 2 Uhr auf den Beinen. Am ersten Tage hatten die aufrührerischen Massen keine Leitung, am zweiten hingegen bemerkte man, daß sie Anführer haben mußten. Das Militär hatte um 3 Uhr in der Porte St. Martin sich zu schlagen verweigert und mit den Insurgenten fraternisirt. Diese und ähnliche Vorfälle bewirkten die Entlassung der Minister. Die Nationalgarde kehrte jetzt unter dem singenden Geleite des Volks nach Hause. — Um 12½ Uhr wurden alle Straßen um die Bank gesperrt.

Im Allgemeinen war die Niederlage der Regierung noch nicht entschieden und es fand sich noch immer ein Mittel zur Ausgleichung. Ludwig Philipp, durch diese Stellung der Nationalgarde und das dadurch als nothwendig bedingte Wanken der Truppen bestimmt, hatte die Auflösung des Ministeriums Guizot zugestanden, allein seine Verblendung war dadurch erwiesen, daß er in seiner früheren Weise nur unter Personen wechselte, die für sein System sich noch fügbarer wie Jener erwiesen. Er ernannte nämlich zum Ministerpräsidenten den Grafen Molé, der wegen

seiner unbedingten Fügsamkeit sogar den übrigen Anhängern des Königs früher widerwärtig geworden war. Es waren zwar demselben einige Männer beigegeben, die in der letzten Zeit eine scharfe Opposition gezeigt hatten; jedoch diese ließen sich, sobald die Gefahr verschwunden war, wieder entfernen. Diese Männer waren Billault und St. Marc Girardin (für den Unterricht). Das bleibende Verhältniß des Letzteren zum Könige ließ sich um so weniger erwarten, da er sich demselben durch scharfe Opposition in letzter Zeit noch verhaßter gemacht hatte, wie früher Thiers.

Die Stimmung der Pariser Bevölkerung hatte sich aber bereits als eine so mißliche erwiesen, daß dieses nicht mehr genügen konnte. Die Hausbewohner lieferten ihre Waffen freiwillig den Aufständischen aus. Der Pair Lemercier, Oberst der zehnten Nationalgardelegion, packte einen Mann vom Volk, der die Reform hochleben ließ; aber seine Mannschaft rief ihm entgegen: „Es lebe die Reform! Hier wird Niemand verhaftet, der für die Reform ist!“ Und er sprengte rasch davon, um über die Stimmung seiner Mannschaft zu berichten. Eine Abtheilung Nationalgarde, die in der Straße Pinon stand, rief: „Nieder mit dem Ministerium! Wir wollen Diebe in gestickten Kleidern so wenig als die in Lumpen!“ Auf der Place Royale mußte sich die Municipalgarde vor den gefällten Gewehren der Nationalgarde zurückziehen. Letztere besetzte die Barrieren; die Oktroibeamten mußten abziehen. Die zwei Pavillons der Etoilebarriere wurden niedergebrannt, ebenso das Wachthaus an der Barriere Monceaux. Vierhundert Nationalgardisten überbrachten in die Kammer die Bittschrift, die nachher Cremieux übergab. In der Straße St. Martin stellten sich Nationalgardisten der dritten Legion vor zwei aufgefahrene Geschütze, und das Feuern unterblieb. Gegen zwei Uhr Nachmittags schickten die Obersten sämmtlicher zwölf Nationalgardelegionen, meist Conservative, eine Deputation an den König, um ihn zu benachrichtigen, daß es ihnen unmöglich sei, fernerhin für die

Ruhe zu stehen, wenn nicht die Regierung schnell entschiedene Einräumungen mache. Mancher von den Aufständischen, auch Kinder, waren indessen in den Barrikaden, sowie bei den Angriffen durch die Municipalgarde und die Linie gefallen. Andererseits fiel auch ein General, dessen Name nicht genannt wird, und Oberstlieutenant St. Hilaire vom 34. Linienregiment, Neffe des Pairs Tascher, beim Angriff gegen eine Barrikade auf dem Chateletplatze. Um 2 Uhr sollte eine Abtheilung Kürassiere gegen die Volkshaufen bei der komischen Oper auf dem Boulevard einsprengen, aber eine Compagnie Nationalgarde parlamentirte mit den Kürassieren, und diese ritten weiter, begleitet von der Marseillaise, welche die Nationalgarde sang. An der Ecke der Straße du Mail schlossen sich die Linientruppen an die Nationalgarde an und fällten das Gewehr, als die Chasseurs d'Orleans angreifen wollten: diese zogen ab, mit dem Volk Händedrücke wechselnd. Selbst die Municipalgarde schwankte. An ihrer Kaserne, im Quartier St. Martin, eröffnete sie ein Feuer auf das Volk, stellte es aber ein, als Nationalgarde herbeikam; die Nationalgarde besetzte die Zugänge der Kaserne, und die Offiziere der Municipalgarde fraternisirten mit ihr. Auch am Ministerium des Auswärtigen hinderte um vier Uhr Abends ein Municipalgardeoffizier seine Mannschaft, die schon die Säbel gezogen hatte, auf das Volk einzuhauen. Die Kürassiere und die Linientruppen, die dabei standen, verhielten sich ganz ruhig.

Eine äußere Gleichgültigkeit zeigte sich noch immer bei den offiziellen Organen des Königs. Als 1814 Napoleon zur Abdankung gezwungen wurde, enthielt der Moniteur einen weitläufigen Bericht über eine Reisebeschreibung in Italien. So auch enthielt das Journal des Debats am 23. einen weitläufigen Artikel über China. Sein kurzer Artikel über Guizots Abdankung lautete: „Wir unterdrücken in diesem Augenblick das tiefe Bedauern, das uns der Sturz eines Ministeriums einflößt, welches über sieben Jahre

lang so edel und muthig die Politik der conservativen Partei vertreten hatte. Unser innigster Wunsch ist, daß das, welches an seine Stelle berufen ist, den Wünschen des Landes entspreche."

Im Allgemeinen jedoch war ein solcher Wendepunkt eingetreten, daß der Aufstand sich hätte beschwichtigen lassen. Das Volk hatte wenigstens einen Sieg erfochten — das unbedingte Zugeständniß der Wahlreform und die dadurch auch nothwendige Auflösung der Kammer. Das bestimmte Auftreten der Nationalgarde für die Reform machte die Fortsetzung des bestehenden Systemes unmöglich. Nach einer Kammerauflösung hätte auch Molé ohnedem abtreten müssen und die unbedingte Geltung des persönlichen Willens von Ludwig Philipp war beendet. Dieses Verhältniß mußte sich auch der größten Verblendung als nothwendig aufdringen, da die Linientruppen, worauf Ludwig Philipp hauptsächlich für die Ausführung seines unbedingten Willens rechnete, sich als schwankend gezeigt hatten. Somit ließ der Kampf allmählig nach, als die Abdankung der Minister bekannt wurde. „Wir erfahren," sagte der National, „daß der Kampf diesen Abend überall aufgehört, während er den Tag über so lebhaft im Gange war. Insurgenten und Soldaten fraternisiren in diesem Augenblick, bedauernd, daß französische Hände französisches Blut für ein antinationales, bestochenes Ministerium vergossen haben."

Eine gewisse Ruhe war somit hergestellt, wobei jedoch natürlich das Volk in den Straßen bewaffnet und unbewaffnet umherwogte, und wobei einzelne Aeußerungen der Gewaltthätigkeit, welche niemals nach einem solchen Aufstande ausbleiben können, hin und wieder stattfanden. Die Presse berichtete um acht Uhr Abends: Alle Viertel von Paris haben von freien Stücken illuminirt; die Straßen St. Denis, Boulevards St. Martin und die ganze Linie gewähren ein feenhaftes Schauspiel. Das Volk durchwogt in Massen mit Fackeln die Straßen. Man singt patriotische Hymnen und

fährt fort zu rufen: „Es lebe die Reform!" Die Menge hat sich heute Abend nach der Straße Laffitte unter dem Rufe: „Es lebe die Reform!" vor das Hotel des Herrn von Rothschild begeben. Hr. v. Rothschild und sein Neffe erschienen auf dem Balkon und gaben, nachdem sie selbst „Es lebe die Reform" gerufen hatten, den Befehl, ihr Hotel zu illuminiren. Zwischen 8 und 9 Uhr zog eine beträchtliche Volksmasse vor das Hotel des Justizministers und verlangte, daß das Hotel beleuchtet werden solle, indem sie schrie: „Nieder mit Hebert! nieder mit dem Manne der moralischen Mitschuld!" Die vor das Hotel gestellte Schildwache zog sich nach dem etwas davon entfernten Stabsgebäude auf dem Vendomeplatze zurück. Ihr Schilderhaus wurde zertrümmert; nachher zerstreute sich die Menge. Der Anblick der Stadt am 23. zwischen sechs und acht Uhr Abends war wahrhaft prachtvoll. Alle Läden waren wieder geöffnet und beinahe alle Häuser beleuchtet. Das Volk und die Nationalgarde durchzogen vereint unter Absingung patriotischer Lieder die Straßen. Seit achtzehn Jahren hatte man keine ähnliche Begeisterung und freudigere Aufregung der Massen gesehen.

Sowie Ludwig Philipp unbedachtsamerweise die ganze Aufregung veranlaßt hatte, so ging auch offenbar von den Instruktionen der Regierung ein Vorfall aus, der den Kampf in der Nacht wieder entzündete und den Bruch unheilbar machte. Zwar ist vom Journal des Debats und von andern persönlichen Anhängern des Königs dieser Umstand dem Zufall oder einem unglücklichen Mißverständniß zugeschrieben worden; indeß würde der Offizier, welcher das Unglück veranlaßte, nicht den Befehl zum Feuern gegeben haben, wenn er nicht Instruktionen von dieser Art gehabt hätte. Wahrscheinlich war man im Schlosse der Meinung, daß man eine Demonstration gegen das Volk machen müsse, um die Kraft der Regierung zu zeigen, und so den Zugeständnissen ein Gegengewicht zu bieten. Das 14. Regiment, am Ministerium des Auswärtigen aufge-

stellt, gab um 10 Uhr Feuer auf einen vorüberziehenden Volkshaufen, wodurch 52 Menschen todt oder verwundet wurden. Dieser Vorfall wird auf folgende Weise von den Hauptblättern der Pariser Presse berichtet. Das Journal des Debats erzählt die Sache so: „Bei Einbruch der Nacht am Mittwoch durchzog eine Volksmasse mit Fackeln die Straßen und die Boulevards. Gegen 10 Uhr war sie beim Ministerium des Auswärtigen angekommen. Die Truppen, die hier Wache standen, glaubten irrthümlich, sie werden angegriffen, und gaben Feuer. Etwa 20 Menschen wurden getroffen, und der Volkshaufe entfloh unter Wuth- und Rachegeschrei. Dieses unglückliche Ereigniß, bald in allen Stadttheilen verbreitet, vergrößert, entstellt, entflammte den Aufstand von Neuem. Die ganze Nacht über wurden auf sehr vielen Punkten Barrikaden errichtet. Von Donnerstag Morgens früh an entspann sich Kleingewehrfeuer in dem Quartier St. Martin. Eben ist eine Proklamation an die Einwohner von Paris angeheftet worden, ankündigend, daß der König Herrn Thiers zum Ministerpräsidenten ernannt, Herr Thiers die Beiziehung Odilon Barrots verlangt, der König seine Zustimmung dazu gegeben habe. Die Nationalgarde tritt in diesem Augenblick zusammen." Der National schreibt über dasselbe Ereigniß: „Die Stadt war am 23. erleuchtet zur Feier des Sturzes Guizots. Volkshaufen mit Fahnen und Fackeln zogen über die Boulevards unter dem Gesange der Marseillaise, überall verlangend, daß Lichter an die Fenster gestellt werden — so auch am Justizministerium, wo dem Verlangen Folge gegeben wurde. Der Zug ging über die Boulevards an das Ministerium des Auswärtigen; ein Schuß fiel vom Garten und schlug dem Pferd des Oberstlieutenants das Bein ab. Da erfolgte plötzlich eine Salve gegen die waffenlose Menge. Zweiundfünfzig fielen, todt oder verwundet. Ein Schauder- und Racheschrei ging durch die Volkshaufen. Man theilte sich, die Einen die Gefallenen ins Spital tragend, die Andern auf den Boulevard des Italiens zurückströmend, unter dem

Ruf: ‚Zu den Waffen! Zu den Waffen! Man mordet uns!' Bald kam eine Bahre mit Leichnamen in das Bureau des National, beleuchtet mit Fackeln, umgeben von Leuten, welche die Todten aufdeckten und Rache schwuren. Garnier-Pagès, eben anwesend, versprach, Alles zu thun, um von den Ministern Genugthuung zu verlangen. Die Bahre ging nun weiter, immer unter Fackellicht, in die entfernten Stadttheile, und erregte überall den gleichen Zorn. In weniger als zwei Stunden war das Ereigniß in ganz Paris bekannt. Barrikaden erstanden. Die Nationalgarde möge aufschauen und ihre Bedingungen stellen: die Auflösung der Municipalgarde, die Entfernung der Scharfschützen von Vincennes, die Versetzung der Minister in Anklagestand."

Die Presse berichtet in folgender Weise: „Alles schien beendigt; die Straßen wimmelten von Leuten; aber die Ruhe kehrte sichtbar wieder, als ein beklagenswerthes Unglück am Hotel der Conseilspräsidentur sich begab. Eine Gruppe hatte sich gegen den Posten des Hotels gewendet; die Soldaten, welche die Zugänge zu dem Gebäude bewachten, gaben Feuer: fünfzig Personen wurden getödtet oder verwundet! — Elf Uhr. Wenn wir den uns eben zugehenden Nachrichten Glauben schenken dürfen, so fängt die Aufregung in mehren Stadttheilen von Neuem an. Barrikaden sind in den Straßen Rambuteau und St. Avoie errichtet. Man sieht deren auch auf dem Boulevard. Die Minister, sich in ihren Hotels nicht länger sicher glaubend, haben dieselben verlassen."

Dies war sowohl die Veranlassung zu größerer Aufregung des Volkes, wie zum entscheidenden Versuch, die Monarchie zu stürzen. Von dem demokratischen Wahlcomité erfolgte sofort eine Erklärung, worin es verlangt, daß das ganze Volk der Nationalgarde einverleibt, die Municipalgarde aufgelöst und bestimmt werde, daß die Armee in Zukunft nicht mehr zur Unterdrückung von Unruhen verwendet werden dürfe. Unter den Unterzeichnern sind: A. Gui-

nard, David von Angers (Bildhauer), Martin von Straßburg, Felix Pyat (der Dichter des Diogenes und des Lumpensammlers), Recurt, Michel Goudchaux, Barbier, Jules Bastide.

Um Mitternacht hatte das erbitterte Volk die Thüren der Kirche Notre Dame gesprengt, und die ganze Nacht hindurch hatte die Sturmglocke geläutet. Im Viertel St. Martin und St. Denis, sowie auf einem großen Theile der Boulevards wurden während der Nacht zahlreiche Barrikaden aufgeführt. Auf den Boulevards hatte man zu diesem Zwecke eine große Menge Bäume umgehauen. So ging es fort die ganze Nacht von Mittwoch auf Donnerstag durch die ganze Stadt: Wagen aller Art, Bretter, Bäume, was zunächst dem Volke in die Hände fiel, mußte zur Bildung der Barrikaden dienen.

Ludwig Philipp suchte diesen für ihn unheilvollen Wiederausbruch des Kampfes durch die Bildung einer mehr entschieden liberalen Regierung zu beschwichtigen. Noch in der Nacht hatte Graf Molé den Auftrag abgelehnt, ein Ministerium zu bilden. In derselben Nacht noch übernahm die Aufgabe Thiers, Odilon Barrot sich beigesellend; mit Duvergier de Hauranne, v. Remusat, Oskar Lafayette, dem Fürsten von der Moskwa (Ney) und Andern von der Opposition begaben sie sich durch die Barrikaden zu dem Könige, überall mit dem Rufe gegrüßt: „Es lebe die Reform!“ Odilon Barrot hielt an allen Barrikaden Reden, fand aber nirgends Anklang. „Es ist nicht genug, hieß es, wir sind zu oft getäuscht.“ General Lamoricière wurde zum Commandanten der Nationalgarde ernannt, überall Befehl zum Einstellen des Feuerns gegeben; die Linientruppen, soweit sie sich nicht an das Volk angeschlossen, in ihre Kasernen geschickt, Auflösung der Kammer, Wahlreform angekündigt. Indeß auch die Bildung der neuen Regierung wurde wenigstens von den Debats auf eine Weise angekündigt, welche erwies, daß der König seine wahre Lage nicht begriff, da

die Zuziehung von Odilon Barrot gewissermaßen als ein Zugeständniß angekündigt war; auch reichten die Zusagen des Ministeriums Thiers nicht hin, das stets vordringende Volk zu befriedigen, welches laut die Absetzung des Königs verlangte. Am meisten erbitterte, daß Marschall Bugeaud, längst mit Thiers befreundet, zum Commandanten der ersten Militärdivision und der Nationalgarde ernannt war.

Der Abfall der Truppen nahm seinen Fortgang, oder wenigstens eine Menge derselben überlieferte ihre Waffen dem Volke. Endlich erschien um 11½ Uhr folgende Proklamation: „Der König dankt ab zu Gunsten des Grafen von Paris, mit der Herzogin von Orleans als Regentin. Allgemeine Amnestie. Auflösung der Kammern. Berufung an das Volk.“

Jetzt waren sowohl die Truppenmasse in Paris, sowie die herbeigezogenen Regimenter so gut wie aufgelöst und die Nationalgarde in Waffen. Somit legte sich auch nicht der Aufstand. Ein heftiger Kampf fand statt von 12½ Uhr an beim Palais Royal, am Chateau d'Eau (einem Springbrunnen). Etwa 100 Bürger machten einen Angriff auf die hier stehende Compagnie des 14. Regiments. Die Soldaten ließen Haufen heran, weigerten sich aber, ihre Waffen herzugeben — was sonst die Linientruppen meistens thaten. Fast eine Stunde lang wuchs der Haufe an und drängte sich an das Wachhaus. General Lamoricière, der mit einem Adjutanten und zwei Staabsoffizieren der Nationalgarde herbeikam, unterstützte die Aufforderung des Volks an die Soldaten: diese blieben standhaft. Nun wurde an der Ecke der Straßen St. Honoré und Valois eine gewaltige Barrikade errichtet, wodurch diese Straße gesperrt ward. Auf der andern Seite des Platzes am Palais Royal drängten sich gleichfalls Volkshaufen. Einige Schüsse geschahen, auf welche die Wache antwortete, und bald entspann sich von beiden Seiten des Platzes ein furchtbares Kleingewehrfeuer. Viele Bürger fielen; schon fochten auch Nationalgardisten auf Seiten des übrigen Volks. Zwei Stunden lang dauerte der

Kampf. Die Wache am Palais Royal wurde genommen; die Soldaten fraternisirten, Angesichts der in feindlicher Stellung verharrenden vom 14. Regiment, mit dem Volk und feuerten auf diese von der Cour d' Honneur aus. Mittlerweile wurden Hofwagen herbeigebracht und in Brand gesteckt. Hinter den brennenden Wagen wurde jedoch auf den Palast gefeuert, der endlich erstürmt wurde. Einer der ersten beim Sturm war Etienne Arago.

Mittlerweile hatte der König die Tuilerien, wie der Constitutionel sich ausdrückt, in einem düstern Zuge verlassen. Er wurde von einem Regiment Küraßiere und von Dragonern geleitet, und soll in der Art verstört gewesen sein, daß er eine Abdankung zu Gunsten seines Enkels in dem Schlosse zu unterzeichnen vergessen hatte und die Akte mit zitternden Händen beim Einsteigen in den Wagen unterschreiben mußte. Nach dem National hatte er vier Packwagen mit Silberzeug, Kostbarkeiten und Papieren aus den Tuilerien mitzunehmen vermocht; die andern schon gepackten Wagen mußten zurückbleiben und wurden der provisorischen Regierung überliefert.

Unmittelbar nach seiner Abreise erfolgte um ein Uhr Nachmittags der Angriff auf die Tuilerien. Das Volk drang vom Garten und vom Hof aus ein. Das Schloß war vertheidigungslos. Hier begann das Werk der Zerstörung in den Staatszimmern, doch hüteten Schüler der polytechnischen Schule die Kunstschätze. Ein Juwelenkästchen aus dem Zimmer der Königin und andere Kostbarkeiten wurden nach der Mairie gebracht. Im innern Hof wurden die Sophas, die vergoldeten Armsessel und das meiste werthvolle Geräthe aus der salle d'honneur verbrannt. Der Wind trug die Funken bis ins Quartier Poissonière. Die Krondiamanten wurden im Staatsschatz niedergelegt. Ebendahin brachten Blousenmänner eine große Geldsumme aus den Tuilerien. In einem der Zimmer der Tuilerien hing ein Christusbild, ein prachtvolles Bildhauerwerk. Das Volk verneigte sich davor. „Meine Freunde," rief ein Polytechniker, „das ist unser Aller Herr." Das Volk nahm das

Bild und trug es in die Rochuskirche, unterwegs allen Vorübergehenden zurufend: „Hüte ab, grüßet den Christus." Und Alles verneigte sich ehrfurchtsvoll.

Somit kostete die Einnahme der Tuilerien kein Blut. Nach der Reform war das Schloß vom Volke bereits umringt, hatte aber 8000 Mann Besatzung unter dem Befehle des Herzogs von Nemours. Ein Offizier der Nationalgarde unterhandelte hinsichtlich der Uebergabe; der Herzog von Nemours, im höchsten Grade bestürzt, suchte einige Zeit zu gewinnen, ob sich vielleicht Einige für die Anerkennung des Grafen von Paris erklärten. Während des Hin- und Herredens hörte plötzlich das Feuern am Palais Royal auf, so daß die Einnahme desselben gewiß war und zugleich drängte auch sich die bewaffnete Volksmasse von dort nach den Tuilerien hin. Der Herzog von Nemours war darüber so bestürzt, daß er den Widerstand aufgab und sich sogleich entfernte, worauf die Truppen ihre Waffen ablieferten.

An andern Theilen der Stadt geschahen einige Gewaltthätigkeiten; indeß fand sich kein eigentlicher Kampf. Am Ministerium des Auswärtigen waren die Truppen abgezogen, Nationalgardisten stellten sich als Schildwachen auf, um das Archiv zu beschützen. Eine Tafel wurde angeheftet mit den Inschriften: „Hotel des Volks; Nationaleigenthum." Daneben: „Wohnung zu vermiethen." Das Zollhaus am Ende der Louis Philippsbrücke wurde um ein Uhr in Brand gesteckt; die Flammen erreichten die Stelle, wo die Hängeketten befestigt waren; die Plattform der Brücke fiel ins Wasser und mit ihr einige Personen; jedoch ertrank Niemand.

Die Deputirtenkammer fand ihren Untergang in der Weise, wie man es erwarten konnte; die bestochene Mehrheit, ohne moralische Würde und deßhalb ohne Muth, wagte nicht mehr, dem Volk Widerstand zu bieten und eine Festigkeit zu zeigen, die vielleicht bei entschiedenem Auftreten einer Partei dem Grafen von Paris genützt

haben würde. Die auch sonst unbedeutenden Menschen zeigten sich nicht auf der Rednerbühne; unter der ganzen Mehrheit fand sich nicht Einer, der jetzt noch die Dynastie in der Noth vertreten hätte. Der einzige Mann, welcher entschieden das Wort zu nehmen wagte, war Dupin, obgleich früher in derselben Weise wie Laffitte vom Könige behandelt, und erwies so Ludwig Philipp den letzten Dienst einer langjährigen Freundschaft, um die der Bürgerkönig in den letzten Jahren sich nicht mehr bekümmert hatte, als er den ehemaligen Leiter des linken Centrums nicht mehr brauchte.

Die Kammer endigte am 24. Februar nach kurzer Sitzung. Um ein Uhr bestieg Sauzet den Präsidentenstuhl. Außen waren die Zugänge der Kammer auf dem linken Ufer vollständig frei, ebenso der Concordeplatz; bloß die Brücken waren gesperrt. Eine starke Abtheilung Kavallerie besetzte den Eingang des Pont Royal und die Ecke des Kais an den Tuilerien. Im Innern war das Aussehen der Versammlung ernst und düster. Die conservativen Abgeordneten, unruhig und verstört, fragten die Personen, welche von Außen ankamen, und schienen zu begreifen, daß sie ihre Sache verloren hatten. Um ein Viertel nach ein Uhr kam Lacrosse, Deputirter, Sekretär der Kammer, zu Pferde an und meldete, daß die Herzogin von Orleans, ganz schwarz gekleidet, von ihren beiden Kindern gefolgt, sich in die Kammer begebe; man bemerkte auf der Revolutionsbrücke die Herzogin zu Fuß, gefolgt von einer unermeßlichen Menge Nationalgardisten. Sie ward in das Innere der Kammer eingeführt. Man stellte sogleich unter die Tribüne, an den gewöhnlich den Huissiers vorbehaltenen Platz, drei Sessel; die Herzogin nahm mit ihren beiden Kindern Platz darauf; sie war von einer Menge Generale und Adjutanten in großem Kostüm umgeben; man bemerkte vor der Herzogin den Herzog von Nemours in Generallieutenants-Uniform. Mehre Stimmen verlangten, daß er den Saal verlasse. Zu gleicher Zeit stürmte in die beiden Seitengänge

der Kammer eine ungeheure Menge Nationalgardisten, Personen in bürgerlicher Kleidung und Kämpfende. Dupin bestieg die Tribüne. Eine Stimme aus den Tribünen: Es ist zu spät, mein Herr. Dupin sagte, daß der König eine Abdankungsakte zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris, unterzeichnet hat, was eine rechtmäßige Uebertragung der Krone, mit der Regentschaft der Mutter, der Herzogin von Orleans, begründe. (Man sieht den Herzog von Nemours an.) Marie besteigt die Tribüne. Der Präsident sagt, Herr Dupin schlage vor, den Grafen von Paris zum König zu erklären, mit der Regentschaft seiner Mutter. Lamartine verlangt die Suspension der Sitzung, bis sich die königl. Familie entfernt habe. Der Lärm vermehrt sich, die Bürger, welche bis dahin in den Seitengängen geblieben waren, dringen in den Halbkreis. Die Menge wird in jedem Augenblicke größer; die Deputirten nehmen die jungen Prinzen in ihre Arme und heben sie über dem Volke empor. Der Herzog von Nemours bestrebt sich, die Andringenden zurückzuhalten; endlich läßt man die Herzogin von Orleans und ihre Kinder auf die den Abgeordneten in der Mitte vorbehaltenen Bänke steigen, unter der Uhr dem Präsidenten gegenüber; sie setzt sich auf eine Bank zwischen ihre beiden Kinder, den Herzog von Nemours zu ihrer Linken, mit den Offizieren und Adjutanten, die sie begleiteten. Die Nationalgardisten stellen sich hinter der Prinzessin auf. Die Ruhe stellt sich wieder her. Marie sagt, daß, so rührend auch die Scene sei, welcher die Kammer so eben beigewohnt habe, er die Rechte des Volkes nicht vergessen dürfe, daß es nothwendigerweise einer provisorischen Regierung bedürfe. Cremieux verlangt die unmittelbare Bildung einer provisorischen Regierung, welche stark genug wäre, um das Volk zu beruhigen und ihm die Bürgschaft zu geben, daß seine Rechte werden anerkannt werden. „Es ist unmöglich, daß Jedermann sogleich in die Ernennung des Grafen von Paris und der Herzogin von Orleans einstimme; 1830 haben wir uns

übereilt und sind 1848 genöthigt, von vorn anzufangen. Wir wollen ein dauerhaftes Werk gründen." Diese Rede findet lebhaften Beifall in einem Theil der Kammer und in den Tribünen. Abbé Genoude (Legitimist): Nichts ohne die Mitwirkung des Landes; 1830 hat man es nicht gethan. Sie sehen, was daraus entstanden ist. Odilon Barrot kommt in diesem Augenblicke an und sagt, daß niemals Frankreich aller seiner Kräfte und seines ganzen Muthes mehr bedürfe; er schlage vor: einen energischen Aufruf an die Großmuth der französischen Nation zu erlassen, und kündige an, daß eine Regierung, an welcher er Antheil nehmen werde, gebildet, und von dieser der Aufruf an das Land ausgehen solle. Er wird vielfach unterbrochen; bei seinen Worten: „Die Juliuskrone ruht auf dem Haupte eines Kindes und einer Frau," erhebt sich die Herzogin von Orleans und gibt ein Zeichen, daß sie sprechen wolle. Die sie umgebenden Abgeordneten bitten sie, sich wieder zu setzen. Larochejacquelin verlangt das Wort. Odilon Barrot fragt, ob man vielleicht Erinnerungen hervorrufen werde, denen die Julirevolution Gerechtigkeit habe widerfahren lassen. Larochejacquelin stürzt sich auf die Tribüne, er ruft aus: „Ich bin nichts mehr, ihr seid nichts mehr." In diesem Augenblicke wogt eine Volksflut herein; Arbeiter, Offiziere tragen und schwingen dreifarbige Fahnen und stellen sich auf die Stufen der Tribüne. Ein Bürger stürzt sich auf das Bureau des Präsidenten und steigt von da auf die Tribüne, welche Larochejacquelin sogleich verläßt; es schien, als wolle er die unmittelbare Bildung einer provisorischen Regierung fordern. Die Tribüne wird allmählig und gleichzeitig von Offizieren der Nationalgarde und von Bürgern besetzt, welche Fahnen schwingen und Worte aussprechen, die Niemand inmitten des Getöses aufzufassen vermag. Ein Nationalgardist hat ein Papier aufgehoben, auf welchem die Worte geschrieben standen, welche die Herzogin aussprechen wollte; sie lauteten ungefähr folgendermaßen: „Meine Herren,

nicht von der Kammer, sondern vom Lande sollen die Vollmachten meines vaterlosen Kindes ausgehen; nichts Anderes wollte ich, eine arme Wittwe, von Ihnen verlangen.....“ Nach einer Viertelstunde stellt sich die Stille wieder her. Ledru-Rollin kann endlich das Wort ergreifen; er sagt, daß die Kammer nicht die Vollmacht habe, eine Regentschaft anzunehmen, daß man an das Volk allein hierüber appelliren müsse. Ein Bürger, auf den Bänken der Mitte sitzend, scheint gegen die Worte Ledru Rollins zu protestiren; sogleich steigt ein mit einem Säbel bewaffneter Mann die Stufen der Kammer hinan, nähert sich dem Redner und droht ihm mit seiner Waffe. Man tritt noch rechtzeitig zwischen ihn und den unglücklichen Unterbrecher. Ledru Rollin setzt seine Rede fort, und schließt, indem er die Bildung einer provisorischen Regierung verlangt, welche einen Aufruf an die Gefühle des Landes machen werde. Lamartine: „In diesem Augenblick haben wir das imposante Schauspiel der Gleichheit, welche uns die Pflicht auflegt, die Hierarchie der nicht definitiv berufenen Männer anzuerkennen (la hiérarchie des hommes appelés non définitivement), das erste Signal zur Wiederherstellung der Eintracht im Lande zu geben. Ich verlange eine provisorische Regierung, um dem Bürgerkrieg Einhalt zu thun.“ Eine Anzahl Bürger mit Flinten drang ein. Der Präsident erklärte die Sitzung für aufgehoben. Die Herzogin und die Prinzen verlassen den Saal. Der Herzog von Nemours zieht in den Gängen seinen Uniformrock aus, um so unerkannt zu entfliehen. Man öffnete ihm ein Fenster und er sprang in den Garten der Kammer hinab. Carnot führte Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl. Carnot (mit kräftiger Stimme): „Dupont de l'Eure nimmt den Vorsitz ein.“ In die Schnellschreiberloge drangen Leute ein, die Arbeit war unmöglich. Dupont verkündigte die Namen der provisorischen Regierung. Er begab sich, von der jubelnden Menge begleitet, zum Stadthaus.

Die Namen der provisorischen Regierung sind:

Dupont de l'Eure, Lamartine, Cremieux, Arago, Ledru-Rollin, Garnier Pagès, Marie. Sekretäre: Armand Marrast, Louis Blanc, F. Flocon, Albert. Die provisorische Regierung nahm sofort ihren Sitz auf dem Stadthaus. Ihre ersten Akte waren folgende Ernennungen: Dupont de l'Eure, Ministerpräsident; Lamartine, Auswärtiges; Ledru-Rollin, Inneres; Bedeau, Krieg, nachher durch Subervie ersetzt und zum Commandanten der ersten Militärdivision (Hauptort Paris) ernannt; Mich. Goudchaux, Minister der Finanzen; Arago, Marine; Bethmont, Handel und Ackerbau; Marie, Staatsbauten; Carnot, Unterricht und Kultus; General Cavaignac, Generalgouverneur von Algerien; Garnier-Pagès, Maire von Paris (unter ihm die Polizeipräfektur); v. Courtais, Oberbefehlshaber der Nationalgarde.

Es war Donnerstag fünf Uhr Abends, als die provisorische Regierung sich auf dem Stadthause constituirte. Sofort erließ sie eine Proklamation an das französische Volk, worin es heißt: „Franzosen, gebet der Welt das Beispiel, welches Paris dem übrigen Frankreich gegeben hat; bereitet euch durch die Ordnung und durch das Selbstvertrauen auf die starken Institutionen vor, die ihr berufen seid, euch zu geben. Die provisorische Regierung will die Republik, unter Vorbehalt jedoch der Bestätigung des französischen Volkes, welches ohne Verzug darüber befragt werden soll. Weder das Volk von Paris, noch die provisorische Regierung wollen ihre Meinung, an die Stelle der Meinung der Bürger, über die definitive Regierungsform, welche durch die Volkssouveränetät verkündigt werden wird, setzen. Die Einheit der Nation, künftighin aus allen Klassen der Nation, aus denen sie besteht, gebildet; die Regierung des Landes durch sich selbst; die Freiheit, die Gleichheit und die Bruderliebe als Prinzip; das Volk als Wahlspruch und Losungswort. Dies ist die demokratische Regierung, welche Frankreich sich selbst schuldig ist

und welche unsere Anstrengungen ihm zu sichern wissen werden.“

Die republikanische Regierung war somit vollkommen constituirt. Am 24. vier Uhr war die Ruhe hergestellt, und die Republik als einzig mögliche Staatsform gewählt, da die Täuschungen von 18 Jahren und das Spiel mit liberalen Staatseinrichtungen zu ganz andern Zwecken, wie der Bestimmung derselben, das constitutionelle Königthum unmöglich gemacht hatten. Auch zeigte sich bald die Stärke der republikanischen Partei, mit welcher in den Kämpfen der letzten Jahren schon alle anderen Liberalen verbunden gewesen waren. Einige Stunden später war die Gründung der provisorischen Regierung überall verkündet.

Am 25. machte der Minister des Innern sogleich sämmtlichen Präfekten bekannt, daß die republikanische Regierung constituirt und die Nation berufen sei, sie zu sanktioniren. Die Präfekten sollten der Regierung die Mitwirkung des Volkes und die Ruhe sichern und über den Stand der öffentlichen Meinung berichten. Vierundzwanzig Bataillone Nationalgarde sollten mobilisirt werden, d. h. an die Grenze marschiren; für ihre Ausrüstung auf Staatskosten wurden sogleich Fonds in Bereitschaft gesetzt. Alle beurlaubten Militärs wurden bei Strafe, als Ausreißer behandelt zu werden, einberufen. Die Postenchefs der Nationalgarde hatten Befehl, Lebensmittel und Wein gegen Scheine, die auf dem Stadthaus eingelöst werden, für ihre Mannschaften herbeizuschaffen; zu demselben Zweck hatten alle Bäcker ein Fünftel ihrer Brode zurückzubehalten. Die Municipalgarde wurde schon am 24. aufgelöst. In jedes Departement ward ein Commissär der provisorischen Regierung geschickt. Die Abgeordnetenkammer ward aufgelöst. Der „Expairskammer“ ist verboten, fernerhin sich zu versammeln. Eine Nationalversammlung wird einberufen werden, sobald die provisorische Regierung die für die Wahl durch alle Bürger nöthigen Polizei- und Ordnungsmaßregeln angeordnet hat.

Gegen Mittag drang eine große Zahl Bürger in das Ministerium ein: sie sprachen davon, im Arsenal von Vincennes sich Waffen zu holen; der Minister bat sie aber, davon abzulassen, weil der Staat dadurch Schaden leiden müßte; zugleich erklärte er, daß Herr Flocon abgeschickt sei, um von Vincennes, Namens der Nation, Besitz zu nehmen. Auf die Ermahnung Ledru-Rollins begaben sich die Eingedrungenen nach der Militärschule, um sich in die Nationalgarde einzureihen.

Der Kriegsminister sicherte die Anerkennung der Republik durch die Truppen vermittelst folgender telegraphischer Depesche an die Generallieutenants: „Im Namen der provisorischen Regierung ist der Generallieutenant Subervie Kriegsminister; er befiehlt den Generallieutenants, Commandanten der Militärdivisionen und Unterdivisionen, auf ihrem Posten zu bleiben, die Truppen zu mustern, die Disciplin und die Ordnung in allen Corps der Armee aufrecht zu erhalten."

Ferner erließ er folgenden Tagsbefehl: „Soldaten, ich beschwöre euch im Namen des Landes und der Ehre, euch um eure Fahne zu schließen, der Stimme der euch befehligenden Offiziere zu folgen; denn die Nation bedarf der Mitwirkung aller ihrer Kinder; vergesset nicht, daß ihr berufen sein könnet, ihre Unabhängigkeit und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes zu vertheidigen; schenket also meiner Stimme Gehör, welche im Namen des Patriotismus und der Ehre zu euch spricht. Der provisorische Kriegsminister

Generallieutenant Subervie."

Vincennes und die Forts von Paris ergaben sich sogleich.

Was die Persönlichkeiten der provisorischen Regierung betrifft, so ist Dupont (geb. 1767, während der früheren Republik Mitglied des Rathes der Fünfhundert) sowohl durch Rechtlichkeit, entschiedene Gesinnung und politische Erfahrung in solcher Weise geschätzt, daß selbst seine politischen Feinde ihn von jeher hoch geachtet haben, und daß Napoleon den entschiedenen Republikaner zu höheren Würden in der Justiz

erhob. Man hat ihm zwar geringe Kenntniß der Menschen und der Geschäfte vorgeworfen; indeß hat er 1830 das Gegentheil bewiesen; denn er war der erste von denjenigen Leuten, die Ludwig Philipp benützte, welcher die Persönlichkeit des Bürgerkönigs durchschaute und wußte, was von Lafayette's bester Republik zu halten war.

Arago, der berühmte Naturforscher, hat während seiner langen politischen Laufbahn zur Genüge dargethan, daß er denselben Scharfblick in Erkenntniß der Menschen und ihrer Verhältnisse, wie der Natur besitzt.

Lamartine, einst als Dichter und später als Redner glänzend, hat seine tiefe Durchschauung von Staatsverhältnissen und sinnreiches Urtheil durch seine Geschichte der Girondisten erwiesen, so daß von ihm ebenfalls eine eben so sichere, wie seinem übrigen Charakter nach rechtliche Verfahrungsweise zu erwarten ist.

Cremieux ist wenigstens ein scharfsinniger Jurist und Ledru Rollin als Eigenthümer der Reform ist seiner Staatsgrundsätze wegen zur Genüge bekannt.

Marie, der langjährige Vertreter des National vor Gericht, scheint in gleicher Weise eine Bürgschaft zu bieten, obgleich seine Leistungen noch keinen größern Schauplatz betroffen haben.

Garnier Pagès, der neue Maire von Paris, ist der Bruder des verstorbenen Republikaners, dessen Grundsätze er theilt.

Nachträglich ist zu bemerken, daß die Studenten und Polytechniker, auch die Veterinärschüler von Alfort, die über ihre Mauern kletterten, wieder Hauptrollen spielten, wie bei den Vorgängen von 1830. Polytechniker bewirkten Schonung der Kunstgegenstände in den Tuilerien. Fast alle Blätter waren nur auf einem halben Bogen erschienen; die Schriftsetzer standen Wache. Die Presse allein erschien wie gewöhnlich mit einem Theaterfeuilleton. Im Garten und im Hofe des Palais Royal brannten am 25. um zwei Uhr große Feuer, in welche Meubles und Verzierungen des

Schlosses geworfen wurden. Das Wachhaus auf dem Platz des Palais Royal loderte in Flammen. Die Galerie d'Orleans war mit Betten versehen, wo die Verwundeten verpflegt wurden. Geplündert wurde nirgends; jeder Dieb, den man man ertappte, wurde auf der Stelle niedergeschossen, und dieses war in jedem Zimmer der Tuilerien angeschlagen. Der Thron wurde auf dem Boulevard herumgetragen und auf dem Bastilleplatz unter der Juliussäule verbrannt. Abends war Illumination. Die Barrikaden waren noch immer bewacht, aber die Stadt ganz ruhig. Die großen nnd kleinen Gewölbe waren fast alle wieder geöffnet, so auch die Börse. Die Bank von Frankreich und der Staatsschatz zahlte aus und erhöhte ihren Disconto nicht. Die Verfallzeit der vom 22. Februar bis 4. März verfallenden Wechsel ward bis zum 5. März prolongirt. Die Zahlung der demnächst verfallenden Staatsschuldzinse ist gesichert. Rothschild setzte die Einzahlungen an dem Staatsanleihen fort. Die Gerichte wurden vom Justizminister Cremieux aufgefordert, ihre Sitzungen nicht zu unterbrechen „im Namen des französischen Volks.“ Auch setzte der Cassationshof seine Arbeiten fort, so daß das gewöhnliche Leben auch in dieser Hinsicht nicht untrrbrochen wurde.

Die Geistlichkeit erkannte sogleich die Republik an und nahm anstatt der Formel: „Gott schütze den König,“ „Gott schütze das Volk der Franken“, und einige Tage später, „Gott schütze die Republik“, in das Kirchengebet auf. Der Erzbischof besuchte im Gefolge seiner ganzen höheren Geistlichkeit die Verwundeten, und bot die Kirchen im Nothfall zu Hospitälern an. Das Volk zeigte übrigens gegen die Kirche, während der Kämpfe, eine durchaus verschiedene Gesinnung, wie diejenige in der ersten Revolution. Während des Kampfes war der Kirche bei jeder Gelegenheit Achtung erwiesen, so daß schon auch in diesem Punkte eine gänzliche Veränderung in der öffentlichen Meinung, im Vergleich gegen die frühere Zeit, stattgefunden hat — ein

Umstand, der schon zur Genüge erweist, daß alle Verhältnisse der jetzigen Republik, von denen der früheren durchaus verschieden sind.

Das Journal de Commerce schildert auf folgende Weise die Wiederherstellung der Ruhe am 25. Am Morgen war jedes Herz mit Vertrauen erfüllt; die Straßen waren von Spaziergängern belebt, welche Gruppen bildeten und bei der Begegnung im Gefühle des Glücks einander umarmten, ob der ruhmreichen Beendigung der Ereignisse, welche das Leben vieler unserer Brüder gekostet haben, im Kampfe um den großen Sieg für die Rechte der Menschheit.

Die Nacht ging bewunderungswürdig vorüber; auf jedem Punkt war der Dienst bei den Barrikaden von den Bürgern und Nationalgarden auf musterhafte Weise ausgeführt. Die Schildwachen waren wachsam. Die Hauptstadt bot einen prächtigen Anblick, sie war bis zu den Dächern der Häuser mit Lampen und Lichtern in tausend Farben erleuchtet, und wurde in jedem Theile von einer durch Freude berauschten Bevölkerung durchwandelt. Die Boulevards besonders boten einen zauberhaften Anblick. Die Marseillaise und die Hymne der Girondisten ertönte von allen Seiten, und vereinigte sich mit den männlichen Tönen der Kämpfer des 24. Wer Paris an diesem Abend nicht gesehen hat, wie es voll Ordnung, Einigkeit und Majestät, unter der erhabenen Unordnung der Barrikaden, war, vermag sich keinen Begriff von den großen Schönheiten der Volkssouveränetät zu bilden.

## Erklärung der Republik.

Das früher erwähnte Verhältniß der republikanischen Partei ergab sich sogleich nach Einrichtung der Republik. Diejenigen Führer, welche aus der Kammer und aus den Redaktionen der Zeitungen hervorgingen, besaßen ein vollkommenes und praktisches System ihrer Ansichten, ohne Theorien von Vorstellungen, die durchaus ohne Grundlage waren, mögen auch viele jener Absichten wenigstens deßhalb zweifelhaft sein, daß man bis jetzt noch keinen Versuch damit im größeren Maßstabe gemacht hat — ein Umstand, worauf man keine bestimmte Vorhersagung begründen kann, da in neuester Zeit die Vereinigten Staaten, ebenfalls eine Anomalie nach den frühern historischen Erfahrungen, eine Bedeutung an äußerer Macht, wie innerem Reichthum, auf rein demokratischen Verhältnissen erlangten, wie sie noch niemals bisher unter Menschen stattgefunden hatten. Die Ansichten der, im Verlauf der achtzehn Jahre gebildeten, republikanischen Partei beruhen wenigstens auf den vorhandenen Zuständen und auf denjenigen Bedürfnissen, die daraus hervorgehen, so daß sich vor Allem das Bedürfniß nach Ordnung bemerkbar machte. Indem dies allgemein erkannt wurde, reihten sich sogleich alle Führer der liberalen monarchischen Partei um die neue Regierung, und es herrscht bis jetzt eine Einstimmigkeit, die zwar nicht bleibend dauern kann, aber doch eine Bürgschaft für die jetzige Stärke der Regierung bildet.

Als der Schritt der Herzogin von Orleans in der Kammer mißlungen war, scheinen die Führer der dynastischen Linken, des Tiersparti u. s. w. sogleich entschlossen gewesen zu sein, sich der Republik anzuschließen. Odilon Barrot und seine politischen Freunde, Thiers und die Männer, welche unter seiner Fahne marschirten, die HH. Billault, Dufaure und die spärlichen Streiter ihrer kleinen Schaar

hatten sich am 25. zu zwei verschiedenen Malen versammelt, um sich über das Betragen zu verständigen, welches sie in Gegenwart der bedenklichen Umstände einhalten sollten, in die sich das Land versetzt findet. Mit Stimmeneinheit und ohne daß die geringste Uneinigkeit einen Augenblick herrschte, wurde beschlossen, daß die Männer der dritten Partei, des linken Centrums und der Linken, deren Pläne und politische Bestrebungen durch die Ereignisse überflügelt worden sind, der neuen Regierung ohne Vorbehalt ihren Beistand leisten sollen. Jedermann sah ein, daß man vor Allem die Ordnung wieder herstellen müsse. An eine Theilnahme an der Regierung konnten diese Leute natürlich nicht denken, indeß war der Uebertritt dennoch von Bedeutung, weil sie wenigstens eine durch größeren Reichthum angesehene Volksmasse repräsentiren, deren Einfluß sich bald wieder geltend machen muß, wenn die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs, wie vorauszusehen ist, kein Hemmniß erleidet. Auch kam die neue Regierung selbst diesen Männern entgegen. Hr. Cremieux, der provisorische Justizminister, hat gezeigt, daß er das Vertrauen auch auf Männer übertragen will, welche, ohne ganz seiner Ansichten zu sein, geneigt wären, sich ihm anzuschließen, da er sogleich Pieron und Corne, zwei Männer, welche sich noch vor Kurzem dynastisch nannten, erstern zum Rath am Gerichtshofe von Paris und letztern zum Generalprokurator am Gerichtshofe von Douai ernannte. Auch Dupin erhielt etwas später eine Bestätigung seiner bisherigen gerichtlichen Aemter.

Ebenso erklärte sich die Tagespresse dieser Partei für die Republik: Constitutionel, Journal de Commerce und la Presse entschieden sich ohne Bedenken; sogar das Journal des Debats erklärte, daß es zwar sein Bedauern des früheren Zustandes habe, sich aber der bestehenden Ordnung der Dinge und der Regierung unbedenklich anschließe, weil dieselbe den Ideen der Ordnung gemäß verfahre; es kam somit auf denselben Standpunkt zurück, den es, bei seinem Entstehen unter dem Direktorium, als wenigstens dem Scheine nach

republikanisch angenommen hatte, nachdem der ganze Kreislauf aller herrschenden Parteien Frankreichs von ihm ebenfalls durchgemacht war. Andererseits suchten die Organe der republikanischen Partei die leicht erklärlichen Besorgnisse von Unordnungen zu zerstreuen. Der National hielt es für nothwendig, dem in der Nationalgarde vertretenen Mittelstande gegenüber Gerüchte von Unsicherheit des Besitzes zu widerlegen. Im gleichen Sinne suchte das Organ der Fourieristen, die Democratie pacifique, die Reichen zu beruhigen: es proklamirte Achtung vor dem Eigenthum, aber Recht auf Arbeit. Zugleich stellte sie, auf Lamartine's Zustimmung sich berufend, ein vollständiges Humanitätsprogramm auf, das schließt: „Schutz für alle Schwachen, Frauen und Kinder. Friede und heilige Allianz unter allen Völkern. Abschaffung des Krieges, wo das Volk zum Kanonenfutter dient. Unabhängigkeit für alle Nationalitäten. Frankreich der Beschützer der Rechte der schwachen Völker. Die Ordnung gegründet auf die Freiheit. Allgemeine Gleichheit.“

Die provisorische Regierung entwickelte die größte Thätigkeit, Erlaß folgte auf Erlaß. Die alte Form der Republik wurde dabei wieder angenommen. Einer der ersten Erlasse hieß: „République française. Liberté, égalité, fraternité. Im Namen des französischen Volks. Das Königthum unter jeglicher Form ist abgeschafft. Keine Legitimisten, keine Bonapartisten, keine Regentschaft! Die provisorische Regierung hat alle Maßregeln ergriffen, um die Rückkehr der alten Dynastie und das Aufkommen einer neuen unmöglich zu machen. Die Republik ist proklamirt. Das Volk ist einig. Alle Forts um die Hauptstadt gehören uns. Die tapfere Besatzung von Vincennes ist eine Besatzung von Brüdern. Bewahren wir mit Ehrfurcht die alte republikanische Fahne, deren drei Farben (jetzt in der Stellung: blau, weiß, roth; die Fahne mit der Inschrift: République française. Liberté, égalité, fraternité und dem alten gallischen Hahn, an dem Schaft mit einer rothen Rosette, welche auch die Beamten

als Auszeichnung tragen) mit unsern Vätern die Welt durchwandert haben. Zeigen wir, daß dieses Sinnbild der Gleichheit, Freiheit und Bruderliebe zugleich das Sinnbild ist der Ordnung, und zwar der wirklichsten, dauerhaftesten Ordnung, weil die Gerechtigkeit die Grundlage ist und das ganze Volk das Werkzeug. Das Volk hat bereits begriffen, daß die Verproviantirung von Paris mit Lebensmitteln eine freiere Cirkulation in den Straßen von Paris fordert, und die Hände, welche die Barrikaden errichtet, haben schon an mehren Orten in denselben Oeffnungen gemacht, breit genug, um die Transportwagen durchpassiren zu lassen. Möge dieses Beispiel überall befolgt werden, möge Paris sein gewöhnliches Aussehen wieder annehmen, der Handel seine Thätigkeit und sein Vertrauen; möge das Volk wachen über seine Rechte und zugleich wie bisher die Ruhe und Sicherheit wahren. Unterz. Dupont de l'Eure, Garnier-Pagès, Marie, Adolf Cremieux, A. Marrast, Lamartine, Arago, Ledru-Rollin, Louis Blanc, Flocon, Albert (Arbeiter). Paris, den 26. Februar 1848."

Es war eine Veränderung der Nationalzeichen in Erinnerung an die alte Republik von Einigen aus dem Volke verlangt worden. Der Farbenstreit ging um die alleinige rothe Farbe, zu welcher sich die jakobinischen Elemente erklärt hatten, und die alten drei Farben. Rothe Fahnen waren im Laufe der drei Tage mannigfach aufgesteckt. Aber der National bemerkte, roth sei ehemals die Farbe des französischen Königthums gewesen und noch die Englands. Lamartine sprach zu den Volkshaufen, die am 25. Febr. eine Zeit lang das Stadthaus besetzt hielten, folgende Worte: „Heute begehret ihr von uns die rothe Fahne statt der dreifarbigen. Bürger! ich für meinen Theil werde niemals die rothe Fahne annehmen, und ich will euch mit einem Worte sagen, warum ich mich aus aller Kraft meines Patriotismus dem widersetze: Bürger, weil die dreifarbige Fahne mit der Republik und dem Kaiserreich, mit unsern Freiheiten und unserm Ruhm den Weg um die Welt gemacht hat, und die

rothe Fahne nur den Weg um das Marsfeld, in den Blutwogen des Volkes geschleppt.“ Das Volk klatschte nun Beifall, und man traf seither obige Auskunft hinsichtlich der Farbe und des Wappens.

Um von vornherein die Besorgnisse wegen der Rückkehr des früheren blutigen Verfahrens zu entfernen und überhaupt der Wiederkehr blutiger Auftritte ein gesetzliches Hinderniß zu bieten, erließ die provisorische Regierung ein vorläufiges Dekret über Abschaffung der Todesstrafe bei politischen Verbrechen. Das Dekret darüber lautete: „Ueberzeugt, daß Seelengröße die erhabenste Politik ist, und daß jede von dem französischen Volk bewirkte Revolution der Welt die Sanctionirung einer neuen philosophischen Wahrheit schuldig ist; daß es kein erhabeneres Prinzip gibt, als die Unverletzlichkeit des Menschenlebens; in Erwägung, daß während der jetzigen denkwürdigen Tage kein Schrei um Rache oder Tod aus dem Mund des Volkes ging, erklärt, daß nach ihrer Absicht die Todesstrafe in politischen Dingen abgeschafft ist, unter Vorbehalt des Beschlusses der Nationalversammlung; Entziehung der Ehre ist eine empfindlichere Züchtigung, als Tödtung; dies würde auch das Volk denken, wenn die Urheber des letzten Blutvergießens in seinen Händen wären.“ Der Justizminister, Herr Cremieux, hat auch die Einstellung des Vollzugs aller, bereits bestätigten Todesurtheile überhaupt, bis zur Entscheidung der Nationalversammlung über die Frage wegen der Todesstrafe angeordnet.

Um die Besorgnisse einer revolutionären Propaganda und einer systematischen kriegerischen Politik zu entfernen, enthielt der National am 26., in Erwartung des Manifestes von Lamartine an Europa, worin dieselben Ansichten ausgesprochen sein werden, folgenden Hauptartikel: „Werden wir angegriffen werden? Sollen wir angreifen? Sollen wir uns wartend verhalten? Ersteres, antwortete er, sei durchaus unwahrscheinlich: an Koalition sei nicht zu denken; 1814 und 1815 aber seien die Völker wegen der

napoleonischen Eroberungen gegen Frankreich erbittert gewesen. Das zweite, selbst anzugreifen, wäre ein großer Fehler und würde dieselben Ereignisse, wie beim Sturz des Kaiserreichs, herbeiführen — die Nationen gegen Frankreich waffnen. Darum: zuwarten; das ist die Politik, welche unsere und Europa's Interessen retten wird. So können wir dem Fortgang der Ereignisse zusehen und unter den Völkern diejenigen erkennen, welche am geneigtesten sind, ihren sozialen Zustand zu ändern; so stören wir nicht unzeitig den Fortgang dieser Ideen. Unser Beispiel, unsere moralische Unterstützung wird mehr thun, als unsere Waffen." Nur wenn Oesterreich die Reformstreben Italiens angriffe, schließt der National, hätte Frankreich zu deren Gunsten einzuschreiten.

Natürlich folgte die, bei jeder Staatsveränderung bisher noch immer gewöhnliche Entfernung der Denkmale der früheren Regierung, die Veränderung der Namen von öffentlichen Plätzen, Brücken, Orten u. s. w. Die Reiterstatue des verstorbenen Herzogs v. Orleans im Hof des Louvre ist vom Fußgestell herabgenommen; ebenso wurden die Basreliefs entfernt; an ihre Stelle tritt die Inschrift: „Den für die Freiheit gefallenen französischen Bürgern die dankbare Republik. 23., 24. Februar. — Alle öffentlichen Gebäude erhalten die Inschrift: Liberté, égalité, fraternité. — Die alten republikanischen Straßen- 2c. Namen treten wieder in Kraft: Platz der Republik, statt Place Royale; Nationalbibliothek, statt königliche Bibliothek; Straße der Republik, statt Straße Rambuteau; Revolutionsplatz und Brücke, statt Concordeplatz und Brücke; die Oper Theater der Nation; die Louis Philippsbrücke Reformbrücke.

Wie bei der Julirevolution betraf die erste Hauptmaßregel der Regierung die Beschäftigung oder sonstige Unterbringung der aus ihrem gewöhnlichen Geleise gerissenen Volksmasse, die Wiederkehr der Arbeiter in ihre Werkstätte und die Unterbringung einer größern Menge unter die bewaffnete Macht. Zu dem Zweck beschäftigte die Commune

von Paris sogleich eine Menge Leute bei der Wiederherstellung der Straßen. Ferner wurden sofort von der Regierung Arbeitercompagnien organisirt für folgende Bauten: Durchstich von Clamart und Auftragung von Erde für den Bahnhof der Westbahn in Paris; Pariser Bahnhof für die Bahn von Chartres; Verbesserung der Oiseschifffahrt; Ausdehnung der Eisenbahn von Sceaux nach Orsay. Die Eisenbahngesellschaften haben dafür Sorge zu tragen. Alle Staatsbauten, mit Ausnahme derjenigen an den Forts, werden sogleich wieder aufgenommen; die Akkordanten erhalten monatliche Abschlagszahlungen. Vom 1. März an sollen die Arbeiten beginnen. Die Maires von Paris geben den Arbeitern, die sich melden, Anweisung, wohin sie sich zu wenden haben. Der Aufruf des Ministers der Staatsbauten, Marie, an die Arbeiter sagt: „Arbeiter! Nach dem Sieg wieder an die Arbeit gehen, ist ein schönes Beispiel, das ihr der Welt zu geben habt und geben werdet."

Cabet, das Haupt der ikarischen Communisten, predigt den Seinigen Achtung vor dem Eigenthum.

Die sozialistische Bestrebung mußte schon deßhalb ebenfalls berücksichtigt werden, weil das Verhältniß zwischen Fabrikherren und Arbeitern schon zu einer Art Parteifrage bei der Linken geworden war, indem diese wenigstens das Recht derselben zu Verbindungen vertreten hatte, worin die Arbeiter Verabredungen eines Zusammenwirkens hinsichtlich ihres Lohnes, ihrer Arbeitsstunden u. s. w. den Fabrikherren gegenüber treffen können; ferner war auch von dieser Partei die mangelhafte Einrichtung der Schiedsgerichte, bei Streitigkeiten zwischen Meistern und Arbeitern, zugestanden. Indeß läßt sich nicht läugnen, daß hier eine Klippe sich befindet, woran entweder die Blüte der Fabrikation scheitern kann, oder wodurch, in politischer Hinsicht, der Keim zu fortwährender Unruhe geboten wird. Hierüber aber läßt sich hinsichtlich der Zukunft der Erfolg nach keiner Seite hin voraussehen, denn es ist in den Zuständen des neueren Europa noch niemals ein Zustand wie dieser eingetreten, worin die

Bevölkerung großer Fabrikstädte einen wenigstens vorübergehenden politischen Einfluß, bei bestimmten Bestrebungen wie gegenwärtig in Frankreich, erlangt hat. Auch geschahen sogleich von Seite des Volkes Demonstrationen in diesem Sinn. Zweitausend Arbeiter rückten am 28. Februar auf das Stadthaus, um von der provisorischen Regierung die Verminderung der Arbeit auf 10 Stunden täglich und schleunige Maßregeln zu verlangen, um eine Association der Arbeiter mit den Meistern zu bewirken. In demselben Sinne hatten die Brüder Schönberg eine Botschaft an den Handelsminister Bethmont gerichtet. Hr. Bethmont antwortete darauf, er werde eine Commission niedersetzen, die sich mit ihnen verständigen solle. Jene Deputation wurde von den Mitgliedern der provisorischen Regierung empfangen, und Louis Blanc erschien auf den Treppen des Stadthauses, um anzukündigen, daß diese wichtige Frage eine der ernsthaftesten Aufgabe der Regierung bilde. Es wurde im Luxemburg eine Commission unter dem Vorsitze von Louis Blanc niedergesetzt. Dies geschah durch folgenden Regierungserlaß: „In Erwägung, daß die Revolution, vom Volke ausgeführt, auch für dasselbe gemacht sein muß, bestimmt die provisorische Regierung: Eine permanente Commission, betitelt Regierungscommission für die Arbeiter, wird ernannt, mit dem ausdrücklichen und besondern Auftrage, sich mit ihrem Geschick zu beschäftigen. Um zu zeigen, welche Wichtigkeit die provisorische Regierung der Republik der Lösung dieser großen Aufgabe beilegt, ernennt sie zum Präsidenten der Regierungscommission für die Arbeiter eines ihrer Mitglieder, Hrn. Louis Blanc, und zum Vicepräsidenten ein anderes ihrer Mitglieder, Hrn. Albert, Arbeiter. In die Commission werden Arbeiter als Mitglieder berufen. Der Sitz der Commission ist im Luxemburg. Louis Blanc. Arm. Marrast. Garnier Pagès."

Um einen Theil der Volksmasse unterzubringen, wurde auch, wie schon erwähnt, eine mobile Nationalgarde organisirt. Der Erlaß darüber bestimmt: Sie besteht aus 24 Bataillonen,

je 1058 Mann stark, und wird organisirt aus Freiwilligen von 16 bis 30 Jahren. Vorerst werden die Sergenten und Korporale zur Hälfte, die Sergentmajors sämmtlich und der Kapitän-Adjutantmajor, wie der Kapitänmajor von der Linie genommen; alle übrigen Unteroffiziere sämmtlich aus den Freiwilligen und von diesen, wie 1792 und 93, gewählt. Der Sold für die Freiwilligen, wie für die Unteroffiziere, beträgt 1 ½ Fr. täglich; die Offiziere erhalten den Sold der Linienoffiziere. Die Nationalgarde muß jeden Augenblick mobilisirt werden können, erhält Kasernen in Paris angewiesen und thut jetzt schon Dienst im Umkreis von 1000 Metern über die detachirten Forts hinaus.

In einem Lande, wie Frankreich, war übrigens eine Bestrebung der Arbeiter zur Zerstörung von Maschinen auffallend; es zeigte sich am 24. Februar eine Bewegung in diesem Sinne, die übrigens nicht von Wichtigkeit gewesen sein kann, weil sie keine eigentliche Maßregel und keine Erklärung der Regierung veranlaßte. Das Vorhandensein derselben wird allein durch einen Artikel der Reforme bezeugt, welche das Volk in dieser Hinsicht zu belehren suchte. Diese Zeitung erwähnt dieser Sache übrigens bloß als eines Gerüchtes, und es scheint auch, daß die arbeitenden Volksklassen zu genau das Wesen der Fabrikanten erkannt haben, um auf diese Weise Gewaltthätigkeiten gegen ihren eigenen Vortheil zu begehen. Uebrigens erließ auch eine von Arbeitern herausgegebene Zeitung, Atelier, in demselben Sinne eine Aufforderung an ihre Kameraden, und es hat wenigstens kein Versuch zu einer solchen Zerstörung stattgefunden; wäre die Bestrebung allgemein gewesen, so hätten Ausschweifungen dieser Art im Augenblicke des Sieges schwerlich verhindert werden können.

Die Nationalgarde wurde durch Eintritt aller waffenfähigen, in Paris wohnhaften Leute verstärkt. Jedermann ließ sich als Nationalgardist einschreiben. Man sah schon plötzlich bekehrte Republikaner, d. h. solche, welche die überspanntesten Anhänger der gestürzten Partei waren. Eine schnelle

neue Organisation und fortwährende Thätigkeit waren um so nothwendiger, da gewöhnliche Verbrecher die politische Bewegung auszubeuten anfingen. Im Palais Royal — jetzt dem Hauptquartier der Nationalgarde — war Feuer eingelegt und in Neuilly eine Brandstiftung im Landhaus des Königs ausgeführt worden.

Der neue Generalcommandant der Nationalgarde, Courtais, bisher Oberst einer Legion, erließ somit eine Proklamation: „Der Feind konnte uns nicht besiegen: er will nun unsern Sieg entehren. Uebelthäter streuen um Paris Brand und Verwüstung aus. Das bewaffnete Volk erhebe sich, um sie zu vernichten; die Einheit der Nationalgarde und der Bürger, die hinter den Barrikaden kämpften, erdrücke die Gesetzlosigkeit." Der Schluß lautete: „Was vermögen gegen das ganze bewaffnete Volk die Feinde im Innern und im Ausland? Bürger! Ruhe, Einheit! Unser theures Vaterland hat seine Stelle wieder eingenommen an der Spitze der Völker Europas. Die Belgier, die Italiener ahmen uns nach. Alle andern Völker werden ihnen folgen ꝛc."

Das erste der politischen Feste, welche für die Franzosen gewissermaßen ein Bedürfniß jeder Veränderung sind, fand am 27. Februar in der Proklamation der Republik auf demjenigen Platze statt, welcher durch den Beginn der Revolution von 1789 der Mittelpunkt für dergleichen Kundgebungen geworden ist. Dies ist der Bastilleplatz, wo die Juliussäule und das Grab der Juliusgefallenen sich befindet, wo bereits der in den Tuilerien eroberte Thron Ludwig Philipps verbrannt worden war. Um zwei Uhr ging unter Lebehochruf auf die Republik der Zug ab vom Stadthause, voran eine Abtheilung der berittenen Nationalgarde, dann die Zöglinge der Generalstabsschule, eine Legion Nationalgarde, mit nichtuniformirten, aber bewaffneten Bürgern, die jungen Leute aller Schulen. Dann die Mitglieder der provisorischen Regierung im schwarzen Frack, mit der dreifarbigen Schärpe und der rothen Rosette

im Knopfloch; die Minister des Kriegs, der Finanzen, des Unterrichts, die Beigeordneten von Paris, der Generalpostdirektor — Alle mit lebhaftem Zuruf längs des Zugs empfangen. Die Offiziere der Militärschule von St. Cyr folgten unmittelbar, Zöglinge der polytechnischen Schule mit gezogenem Degen bildeten das Ehrengeleite. Hinter ihnen folgte eine zahllose Masse, aus allen Seitengassen bis ans Ende anschwellend. Der Cassationshof, der Appellhof (bisher K. Gerichtshof), General Bedeau, Befehlshaber der Militärdivision, die Offiziere der Land- und Seemacht, Beamte aus andern Departements hatten sich auf dem Bastilleplatz aufgestellt, wo das Volk sich um die Juliussäule drängte, auf deren Gipfel dreifarbige Banner wehten. Das Wetter hatte sich aufgehellt. — Am Fuße der Säule pflanzten sich die Mitglieder der provisorischen Regierung in einer Reihe auf, während die Musik die Marseillaise spielte. Ihnen gegenüber stellte man die Fahnen auf. Trommeln wirbelten, dann nahm François Arago, der Akademiker, Mitglied der Regierung, das Wort und kündigte dem versammelten Volk mit starker Stimme an, daß die provisorische Regierung es für ihre Pflicht erachtet habe, feierlich die Republik vor der heldenmüthigen Bevölkerung von Paris zu verkünden, deren freiwilliger Zuruf bereits diese Regierungsform sanktionirt habe. Noch mangle die Zustimmung von ganz Frankreich, es sei aber zu hoffen, daß es den Willen des Pariser Volks genehmigen werde. „Bürger," schloß Arago, „ruft mit mir: Es lebe die Republik!" Alle Mitglieder der provisorischen Regierung entblößten die Häupter, die Fahnen wurden gesenkt, und unter Trommelwirbel ging durch die zahllose Menge der Ruf: „Es lebe die Republik!" Sofort dankte der hochbejahrte Präsident der provisorischen Regierung, Dupont de l'Eure, dem Volk von Paris für das von ihm Eroberte, für die Ordnung, die es in den sturmvollsten Tagen gehandhabt, für die Zügelung seines Zorns durch die Gebote der Sittlichkeit. Die Republik, nur auf solche Grundlagen gebaut,

müsse ewig sein, wie die ewigen Wahrheiten, wie der Sieg, aus welchem sie hervorgegangen. Wiederholte Bravos begleiteten die Anrede des Präsidenten. Die Begeisterung stieg, als Arago ein Lebehoch auf Dupont de l'Eure ausgebracht. Der Justizminister Cremieux rief das Andenken der Bürger, die in der Juliusrevolution gefallen, deren Namen in das Erz der Säule eingegraben seien, zurück. Dieser Tag müsse ihre 18 Jahre lang von Kummer erfüllten Seelen trösten. Niemand könne fortan dem Volke die Früchte seiner Eroberung entziehen. Die republikanische Regierung fließe aus dem Volk und stützte sich auf dasselbe. Alle Klassenunterschiede seien verwischt von der Gleichheit, alle Widersprüche gleichen sich aus und verschwinden vor der heiligen Brüderschaft, welche die Kinder des einen Vaterlandes zu Kindern einer Familie mache. Auch hier feuriger Beifall. General Courtais, Commandant der Nationalgarde ließ nun das Defiliren beginnen, aber die Volksmenge war so zusammengedrängt, daß die militärisch geordneten Reihen rissen; auch sie defilirte mit vor der provisorischen Regierung, und in jedem Augenblick ertönte laut der Ruf: „Es lebe die Republik!“ So dauerte das Vorbeiziehen der ersten und zweiten Legion fast eine Stunde lang, dann setzte sich die provisorische Regierung in Bewegung, um an den längs der Boulevards (die meist ihren Schmuck, die Bäume, für die Barrikaden abgeben mußten) aufgestellten übrigen Legionen vorbeizugehen. Von dem Bastilleplatz bis zur Höhe des Faubourg Poissonniere pflanzte sich wogenähnlich der Ruf fort: „Es lebe die Republik!“ Blickte man vorwärts vom Boulevard St. Denis aus, so sah man hinter der provisorischen Regierung einherziehend eine ungeheure Bürgermasse. Der Endpunkt des Zuges war nicht mehr mit Blicken zu erreichen. „Dieser Tag,“ schreibt der National, „ist hinfort eingeschrieben in die Zahl derjenigen, welche in der Geschichte schöne Spuren zurücklassen. Dieses Volk, noch vor drei Tagen so sturmbewegt durch die Hitze des Kampfes, war in ganzer Vollzahl da,

seine Gefühle vermengend, verschmelzend, nur beseelt vom Streben nach Eintracht, sich ganz hingebend den Hoffnungen auf eine große, glückliche Zukunft. Das Volk von Paris hat ein neues Zeitalter begonnen!

Hinsichtlich der Finanzen hatte ebenfalls die Regierung sogleich ihre vollkommene Organisation und die Bewahrung der Ordnung erwiesen. Bei dem weitern Einlaufen der Abgaben, und bei der Beschlagnahme des königlichen Privateigenthums, sowie der am 1. März fälligen Civilliste, standen der Regierung am 29. Februar allein an Baarmitteln zu Gebot: in der Bank 135 Millionen, im Finanzdepartement 55 Millionen Franken, zusammen 190 Millionen. Herr v. Rothschild hatte eine lange Konferenz mit dem Finanzminister Goudchaux, seinem alten Gegner, und erklärte sich für bereit, mit seinen Finanzmitteln im Nothfall die Regierung zu unterstützen. Ein sehr bedeutendes Nationaleinkommen wird durch die Beschlagnahme der Besitzungen der königlichen Familie zur Verfügung gestellt werden, worüber die Verordnung der provisorischen Regierung lautet: „Alle bisherige Besitzungen der königlichen Familie sind für Staatseigenthum erklärt und sollen zum Besten der Opfer der Revolution und des leidenden Handels verkauft werden. Diese Besitzthümer werden daher unter Obhut der Nation gestellt.“ Diese Verfügung wurde um so mehr nöthig, da in der Nacht vom 25. auf den 26. Banden in der Umgegend von Paris umherzogen und verschiedene Gebäude rc. in Brand steckten. So namentlich das Schloß Neuilly, Eigenthum des Hauses Orleans. Nur ein Pavillon und ein kleines Stück eines Flügels, die Bibliothek enthaltend, blieb stehen. Das sehr werthvolle Silbergeräthe und einige Gemälde wurden geschont, überhaupt nicht geplündert. Auch das Schloß des Herrn v. Rothschild in Suresnes wurde eingeäschert, ebenso die Eisenbahnbrücke in Asnières. Auch im Palais Royal wurde Feuer eingelegt; es kam aber noch zu rechter Zeit Hülfe herbei; zwei der Brandstifter wurden verhaftet.

Der National berichtete am 26.: Der Zustand der Handelsangelegenheiten ist ein unfehlbarer Barometer über Vertrauen und Sicherheit der öffentlichen Meinung. Die Bank von Frankreich acceptirte gestern die Wechsel, welche ihr von Kaufleuten eingesandt wurden und stellte die Baarsummen denselben zur Verfügung. In einer Versammlung der Hauptkaufleute von Paris wurde beschlossen, bis auf heute Geschäfte in Renten zu verschieben, da vier Fünftel der Börsenagenten als Nationalgardisten Dienst thaten. Auch wurde in dieser Versammlung, worin der Präsident des Handelsgerichtes den Vorsitz führte, der Beschluß gefaßt, die Zahlung von Wechseln aufzuschieben, die vom 22. Februar bis 5. März fällig wären. Nach diesen Symptomen können wir die Versicherung geben, daß alle Handelsgeschäfte ihren gewöhnlichen Lauf nehmen werden. Dies ist die Weise, worin die Besorgnisse vor öffentlichem Bankerotte, welche heuchlerische Alarmisten, in der Hoffnung, daß derselbe eintreten werde, hervorrufen, gegenwärtig sich verwirklichen! — Der Umstand, daß das Vertrauen auf den Kredit des Staats und überhaupt auf den richtigen Geldumlauf nicht wankte, zeigte sich dadurch, daß die Rente sich zu halten scheint, obgleich die Börse einige Tage lang geschlossen war. Der erwartete Sturm auf die Sparkasse in Paris ist nicht eingetreten. Von 185,000 Einlegern verlangten bloß 4500 ihre Einlagen zurück, etwa das Doppelte der gewöhnlichen Zahl, eine Folge der Versetzungen der Militärs von allen Waffengattungen.

Die Abgaben kommen regelmäßig ein; die jetzigen Steuern sind für jetzt aufrecht erhalten; die provisorische Regierung verspricht aber, in dem der Nationalversammlung vorzulegenden Budget die auf der Arbeit besonders lastenden Steuern zu beseitigen und Gleichmäßigkeit in der Vertheilung der Steuerlast zu bewirken, insbesondere die Taxen und Stempelgebühren der Zeitungen, das Octroi und die Salzsteuer aufzuheben und das indirekte Steuersystem wesentlich zu vermindern. Ueber die Wiedererhebung des Octroi

erließ der Gemeinderath von Paris eine Bekanntmachung, worin er die Bürger bittet, das Octroi, unter Vorbehalt seiner Umwandlung, jetzt fortzuzahlen, da die Stadt schwere Ausgaben habe für Wiederpflasterung, Aufbau der zu Errichtung der Barrikaden zerstörten städtischen Gebäude, Unterstützung der Familien der Gefallenen und Versorgung arbeitsloser Arbeiter.

Zu den schon erwähnten Versuchen, Unordnungen zu erregen, gehört eine Maßregel der Regierung, um den Umlauf gefährlicher Druckschriften zu verhindern. Sie hat bei strenger Strafe geboten, daß jede Druckschrift den Namen des Druckers enthalten muß. Ein solches Flugblatt hatte verlangt, daß die Auswanderung beschränkt, die Bankhäuser bewacht, insbesondere Rothschild genöthigt werde, das nöthige Geld „für die Bedürfnisse des Volks" herzugeben.

Natürlich sind Gesetze, wie die über Verbot der Associationen und die Septembergesetze der That nach aufgehoben. Auch haben sich bereits politische Klubs gebildet, ohne daß es scheint, dieselben erregten durch frühere Erinnerungen große Besorgnisse. Offenbar wird es die Geschicklichkeit der Regierung bedürfen, um dergleichen Volksgesellschaften nicht über das Maß hinaustreten zu lassen.

Ein solcher Klub, wie es scheint, der bedeutendste in Paris, „die republikanische Centralgesellschaft," entschied am 28. Fbr. in ihrer dritten Sitzung, der etwa 1000 Bürger anwohnten, von der Regierung die gänzliche Aufhebung der Kaution, Stempelgebühr und des Postaufschlags für Zeitungen und die Abschaffung aller Beschränkungen des Verbindungsrechts zu fordern.

Gemäß der Natur der Sache nimmt der Volksunterricht eine bedeutende Stellung um so mehr ein, da dieser seit dem Beginne der Restauration hinsichtlich der Mittel seiner Verbreitung einen fortwährenden Gegenstand der Parteikämpfe bildete, indem die populäre Partei sowohl dem Centralisationswesen hierin abgeneigt, wie darüber unzu-

frieden war, daß die Regierung in Anordnung ihrer Mittel mehr den höheren als den niederen Volksunterricht im Auge hielt. Ein Erlaß des Unterrichtsministers Carnot vom 27. Febr. an die Akademierektoren bestimmt über den Volksunterricht: „Die Lage der Volksschullehrer ist einer der Hauptgegenstände meiner Sorgfalt. Sie sind diejenigen Mitglieder des Lehrstandes, welche dem Volk am nächsten stehen; ihnen sind die Grundlagen der Nationalerziehung anvertraut. Es ist von Wichtigkeit, nicht nur ihre Stellung durch gerechte Erhöhung ihrer Gehalte zu erheben; die Würde ihres Amtes muß noch auf jede Weise erhöht werden, und zu diesem Zwecke soll der Grundsatz des Wetteifers und der Belohnung für sie eingeführt werden. Sie sollen einen Sporn erhalten, stets über das, was sie in der Normalanstalt gelernt, sich fortzubilden, indem die Grade der Fortbildung, die sie erlangen, Anerkennung finden und ihnen wie der Republik gewinnreich werden. Wie der Soldat, können sie durch ihre Tüchtigkeit die höchste Stufe ihres Standes erklimmen. Für die Genies unter ihnen bedarf es dazu nur einiger Bücher über Mathematik, Physik, Naturgeschichte, Ackerbau. Um sie in diesem ruhmvollen Wetteifer anzufeuern, ist erforderlich, daß Zwischenstufen für sie gesichert werden. Das geschieht dadurch, daß in den höhern Volksunterricht auch Mathematik, Physik, Naturgeschichte, Landwirthschaftslehre aufgenommen werde. Die Volksschullehrer werden daher eingeladen, sich zur Bewerbung um die Lehrstellen an diesen Schulen vorzubereiten.“ Ein anderer Erlaß Carnots bestimmt, daß nach der schon bestehenden Verordnung hinfort in allen Schullehrer-Bildungsanstalten (Primärnormalschulen) die Landwirthschaft praktisch und theoretisch gelehrt werden soll, damit die Grundbegriffe dieser Wissenschaft auch in den Volksschulen gelehrt werden können. Ein dritter Erlaß Carnots setzt zwei Artikel des ursprünglichen Statuts des Instituts von Frankreich wieder in Kraft, wornach dasselbe jährlich 20 Bürger auf Reisen schicken soll, um den Stand der Landwirthschaft in den Departements und im

Ausland kennen zu lernen, auch 6 vom Institut gewählte Mitglieder desselben alljährlich wissenschaftliche Reisen für andere Zweige des Wissens machen sollen.

Ueber die Regierung herrscht bis jetzt nur eine Stimme — eine Opposition findet nicht statt. Die Tagespresse fährt fort, die Gemüther zu beruhigen. Der provisorischen Regierung wird allgemeines Lob gespendet. Alle Arbeiten haben begonnen; Equipagen zeigen sich und die Fremden verlassen die Stadt nicht mehr. Man kann der provisorischen Regierung nicht vorwerfen, daß sie zu wenig thut. Natürlich bleibt das Hauptgeschäft der Nationalversammlung vorbehalten.

Alle Parteien haben sich für den Augenblick vereinigt, sogar die entschiedensten Legitimisten, dem thörichten Verfahren der früheren Zeit entgegen, wo dieselben sich zurückzogen, sobald die Staatsform nicht mit ihren Ansichten übereinstimmte. Unter den in die Nationalgarde neuerlich Eingetretenen ist auch der Marquis Polignac, Sohn des Ministers Karls X.; er wurde sofort von seiner Compagnie zum Hauptmann gewählt.

Herr v. Genoude ist bereits mit einem Wahlsystem in Bereitschaft, welches aber wahrscheinlich keiner Beachtung werth gehalten werden wird. Die Legitimisten treten mit vieler Feinheit und Taktik auf, leben aber der thörichten Hoffnung, als Sieger aus den Wahlen zu treten. Eins ist sicher, und darüber frohlocken sie, daß der jüngere Zweig der Bourbons schlechter vertheidigt wurde, als der ältere; ein solcher allgemeiner Abfall, wie von dem Hause Orleans, war bis jetzt nie erhört.

Der Erfolg der Legitimisten in andern Departements, wie in einigen südlichen und westlichen, ist unmöglich, und die Partei selbst fühlt dies, wahrscheinlich in der Hoffnung, bei besserer Gelegenheit später wieder aufzutreten. — In Paris erschienen einige junge Legitimisten, um Heinrich V. hochleben zu lassen. Man erkundigte sich aber spöttisch nach dessen Befinden, wo er seie und dergl., und zuletzt wurde

geäußert, man wolle das Andenken Heinrichs IV., aber nichts von Heinrich V. — Noch viel weniger ist von Bonapartisten die Rede. Auch stellte sich Louis Napoleon der Republik durch ein Schreiben zur Verfügung, und der ehemalige König von Westphalen sandte eine Erklärung in demselben Sinne ein, worin er mit einem gewissen Recht sich über das Verfahren der Juliusmonarchie gegen ihn beklagt. Er hatte sich bekanntlich in den letzten Schlachten, die Napoleon lieferte, auf solche Weise benommen, daß dieser es bereute, seinen Bruder wegen dessen Neigung zu Vergnügungen nicht früher in der Art, wie er es nach seinen Fähigkeiten verdiente, benützt zu haben; derselbe war ohnedem bei dieser Gelegenheit verwundet worden.

Den späteren Wahlen eines Nationalconvents wird wahrscheinlich das Gesetz von 1791 hinsichtlich der Primärversammlungen zu Grunde liegen, worin Jeder seine Stimme geben konnte, der einen dreitägigen Taglohn als Abgabe bezahlt und das 21. Jahr erreicht hatte.

Die Handhabung der Polizei geschieht mit großer Wirksamkeit von den Nationalgarden. Noch zogen Banden von Missethätern in der Umgegend umher. Am 28. wies die Nationalgarde des schönen Dorfes Maisons-Laffitte, welcher die von St. Germain, von Dragonern hinter sich aufs Pferd genommen, zu Hülfe eilte, eine Räuberbande zurück, von der acht verwundet wurden. Ein gewaltiges Strafgericht erging über die Brandstifter, die das K. Lustschloß Neuilly in Brand steckten. Ein großer Theil derselben eilte gleich in die Keller, wo sie in Wein und Rum sich betranken, dann in Händel geriethen und sich mit Flaschen prügelten, während Andere, von den Getränken betäubt, umsanken. Inzwischen hatten Andere Zerstörungen in dem Schlosse angerichtet und dasselbe in Brand gesteckt. Nachdem gelöscht war, fand man 100 bis 120 erstickte und verbrannte Leichname in den Kellern. Auch in Reims wurde am 26. die Fabrik des H. Croutelle von einer Rotte in Brand gesteckt; die Folge ist nun, daß über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen

brodlos sind. Zu Verhütung solcher Uebelthaten sind nun starke Schaaren, geführt von Zöglingen der Militär- und der polytechnischen Schule, von Paris abgegangen. Am Palais Royal sind wiederholt Leichname ausgestellt, auf der Brust ein Papier mit der Inschrift „Dieb."

Was die Proklamation der Regierung in andern Städten betrifft, so hat sich bis jetzt nicht der geringste bedenkliche Widerstand, eben so wenig wie Unordnung gezeigt. Die Veränderung ist in der Art an dem Wesen der Nation begründet, daß auch nicht einmal die Unruhe von 1830 eintrat, indem die Einstimmigkeit ebenso wie in Paris stattfand. In den Städten, wo die Nationalgarde durch Ludwig Philipp aufgelöst war, bildete sich dieselbe auf der Stelle, und die Gewalt ging somit wieder in die Hände des Volkes über, indem das Militär sich entweder anschloß, oder zum Theil sich ohne Widerstand entwaffnen ließ.

In Marseille entstand ein leichter Auflauf, der für das Eigenthum bedrohlich wurde, aber sogleich unterdrückt war. In Lyon traf am 25. die telegraphische Nachricht ein, daß das Ministerium entlassen sei und der König zu Gunsten der Herzogin von Orleans abgedankt habe. Allerwärts bildeten sich Gruppen, und Mittags 4 Uhr zogen bereits die Arbeiter von der Croix Rousse mit rother Fahne durch die Stadt. Sie kamen in Haufen von 400 bis 500 Mann und die Marseillaise ertönte alsbald in allen Richtungen. Auf dem Platze Bel-cour concentrirten sich die einzelnen Abtheilungen — einzelne Arbeiter hielten Reden an die bereits auf 4 bis 5000 Menschen angewachsene Masse. Man verlangte Waffen und machte Miene, sich dieselben mit Gewalt zu verschaffen. Um 7 Uhr zog sich die Masse nach dem Platze des terreaux, auf welchem das Stadthaus steht. Die dort befindliche Wachmannschaft hatte sich in das Innere des Gebäudes zurückgezogen, und als auf Verlangen die Thore nicht geöffnet wurden, flogen Pflastersteine nach allen Fenstern, so daß bald an der ganzen Vorderseite kein Fenster-

stock mehr zu erblicken war. Es mußte jetzt Militär von einer andern Seite auf den Platz, und als man von allen Seiten einem ernstlichen Kampfe entgegensah, wehte plötzlich die rothe Fahne von dem Balkone, und eine Magistratsperson verkündigte der Menge, daß die Republik in Frankreich proklamirt sei. Eben so verkündigte ein Polizeicommissär im Theater die Proklamation der Republik, die Herstellung der Natinoalgarde und die Ernennung des Republikaners Laforest zum Maire von Lyon. Die Marseillaise, welche schon vorher stürmisch verlangt und von dem Opernpersonale gesungen wurde, mußte wiederholt werden, wie auch manche andere Gesänge, und der Jubel erreichte seinen Höhepunkt, als plötzlich die Logen und das Parterre von den hereinströmenden Arbeitern besetzt wurden. Indessen war man allerwärts dazu geschritten, das auf den Wachposten befindliche Militär zu entwaffnen, und wo dieses nicht vom Volke geschah, besorgten es die Commissäre im Namen der Republik, so daß das Volk augenblicklich im Besitze von ungefähr 300 Gewehren, Säbeln rc. war. — In der Stadt war hiebei kein Blut geflossen, indem das Militär sich nicht widersetzte und bereits mit dem Volke fraternisirte. Auf der Croix Rousse wurde jedoch ein Arbeiter erschossen und mehre verwundet, als sich dort etwa 15 Soldaten widersetzten und Feuer gaben. In allen Richtungen standen nun die Arbeiter mit den Gewehren rc. bewaffnet auf den Straßen, hatten die Mairie, sowie die Präfektur besetzt. Die lebhaftesten republikanischen Scenen boten sich allerwärts dar, und besonders auf dem Stadthause, wo das Volk über seine neue Obrigkeit debattirte, ging es außerordentlich lebhaft zu. Das Bild Ludwig Philipps wurde auf der Mairie aus der Rahme gerissen und auf dem Platze des terreaux verbrannt, wozu ein Schilderhaus das nöthige Holz liefern mußte. Auch die Papiere der, den Arbeitern verhaßten Schiedsgerichte wurden zerrissen. Die Ruhe wurde alsdann nicht mehr unterbrochen. Am 27. war die Nationalgarde organisirt, und der Befehlshaber der Militärdivision hatte der Republik den Eid der

Treue geleistet. Am 29. war die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen und die Ruhe hergestellt.

In Straßburg, wo die Bevölkerung überhaupt, sowie die des ganzen Elsasses, von jeher als republikanisch bekannt war, rief am 26. die Veränderung eine allgemeine Erregung hervor, ohne daß jedoch eine Störung stattfand. Der Ruf: Vive la république! donnerte in allen Straßen, die von bewaffneten Bürgern und jubelnden Jünglingen durchzogen wurden. Keine Truppen waren aufgeboten und die Ordnung wurde nicht gestört. An allen Häusern flatterten die dreifarbigen Fahnen, und auf den öffentlichen Plätzen bildeten sich zahlreiche Gruppen unter dem Sange der Nationalhymne. — „Bon jour, citoyen," rief Einer dem Andern freudig zu, und brüderliche Händedrücke wurden unter den neuen Republikanern gewechselt.

Nachmittags versammelten sich die Studenten in der Akademie, wo einer der Professoren eine begeisterte Anrede an dieselben richtete. Hierauf bildeten sie einen Zug, welcher sich unter dem Vorantritte der Nationalfahne in aller Ordnung durch die Hauptstraßen bewegte und die Lüfte mit begeisterten Rufen und Gesängen erfüllte. Inzwischen versammelte sich der Gemeinderath und faßte folgende Entschließungen:

Die Municipalcommission, sich unmittelbar mit den dringendsten Angelegenheiten beschäftigend, hat anerkannt, daß in der gegenwärtigen Lage im Interesse der Freiheit, wie im Interesse der öffentlichen Ruhe, es unerläßlich wäre, daß die Departementalbehörde provisorisch Bürgern anvertraut werden sollte, welche zu diesem Behufe von der Municipalcommission abgeordnet würden, und diese ist sogleich mittelst Abstimmung zur Ernennung dieser Commission geschritten. Die mit Stimmeneinheit ernannten Mitglieder sind: die HH. Liechtenberger, Stabhalter des Advokatenstandes; Lauth, Präsident des Handelsgerichtes; Ott, Gerber, Glorin, Kaufmann; Eissen, Doktor der Medizin.

Am 27. Febr. geschah die Wiederbildung der von Ludwig

Philipp wegen republikanischer Gesinnung aufgelösten Nationalgarde.

In Toulouse wollte das Volk ein Kloster stürmen, welches durch ein, die Sittlichkeit verletzendes Verbrechen eines Mönches im Augenblick verhaßt war. Der Regierungscommissär bewog jedoch die Leute, wieder auseinander zu gehen.

Hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten ist natürlich, wie 1830, die Anerkennung Englands von Bedeutung, gegenwärtig in um so größerem Grade, da Zerwürfnisse seit 1840 mit der Regierung Ludwig Philipp's stattgefunden hatten. Indessen ließ sich keine feindselige Stimmung gegen die Republik schon aus dem Grunde erwarten, weil den Briten jede Einwirkung auf den freien Willen irgend einer Nation, hinsichtlich ihrer innern Angelegenheiten, von Grund aus zuwider ist, seitdem die schlimmen Erfahrungen während des französischen Revolutionskriegs gemacht worden sind. In England herrscht zwar die Meinung, daß eine Republik in einem europäischen Staate nicht möglich ist; diese aber beruht allein auf dem Umstande, daß der in England vom langen Parlamente gemachte Versuch mißlang, und daß die Revolution, welche die constitutionelle Monarchie nach dem Falle von Jakob II. 1688 begründete, einen Zustand einleitete, welcher niemals auf gewaltsame Weise gestört zu werden brauchte, um ein von Grund aus verhaßtes System dadurch zu entfernen. Dies ist besondees durch die Ereignisse nach 1830 in England erwiesen worden; das constitutionelle System war dort eine Wahrheit, während Ludwig Philipp Macht und Schlauheit genug besaß, um mit den Formen ein bloßes Spiel zu treiben. Dieser Umstand wurde in England auch wohl erkannt, sobald die Nachricht von dem Falle des Julikönigthums dort anlangte. Dasjenige Organ, welches von jeher den meisten Takt besaß, um den Stand der öffentlichen Meinung für die nächste Zukunft zu erkennen, — ein Blatt, welches deßhalb auch häufig seine Parteiansicht änderte — die Times, enthielt bei dieser Gelegenheit einen Artikel, worin erkannt wird,

daß England der Julirevolution ungemein viel verdanke, und daß sowohl Ludwig Philipp, wie Wilhelm IV. sich 1830 auf demselben Ausgangspunkte befanden. Alsdann werden die Ergebnisse hinsichtlich der Reform in beiden Ländern mit einander verglichen und auf kaufmännische Weise die Bilanz gezogen. Das Ergebniß derselben fiel natürlich auf solche Weise aus, daß das Schicksal Ludwig Philipps durchaus unvermeidbar, wie das Ergebniß einer arithmetischen Berechnung gewesen sei; man müsse deßhalb weder Erstaunen noch Mitleid zeigen, sondern ihn und seine Familie nur auf solche Weise aufnehmen, wie es der allgemeinen Gastfreiheit des englischen Volks gebühre.

Unter diesen Verhältnissen war die Anerkennung der Republik von Seiten Englands nicht zweifelhaft. Schon am Morgen des 28. Februar hatte der Marquis Normanby eine lange Zusammenkunft mit Lamartine und versicherte demselben, daß die Anerkennung der Republik von Seiten Englands keinem Zweifel unterworfen sei. Die Erklärung eines Parteihauptes, wie Lord Normanby, welcher mehr Bedeutung hat, wie Lord Palmerston, gab schon die genügende Andeutung, daß die Anerkennung von England stattfinden werde. Hierüber sagt Galignanis Messenger (die englische Zeitung in Paris) um 29. Febr.: „Lord Normanby, der englische Botschafter, hat sich in Folge der von Lord Palmerston eingegangenen Instruktionen heute zu dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten begeben, und demselben erklärt, daß die englische Regierung der provisorischen Regierung Frankreichs nicht das mindeste Hinderniß zu bereiten wünsche, und der neueste Regierungswechsel Frankreichs die freundschaftlichen Verhältnisse, die bis jetzt zwischen beiden Ländern bestanden, in Nichts ändern werde.“ Eine entsprechende kurze Erklärung gab Lord Palmerston in der Unterhaussitzung vom 1. März, worin er auf die Frage der Anerkennung kurz erwiderte: die englische Regierung hoffe in freundschaftlichem Verhältniß mit Frankreich zu bleiben, und werde nicht im geringsten auf die

Regierungsform, welche die Franzosen sich geben würden, einzuwirken suchen, so lange Frankreich die Unabhängigkeit anderer Völker schone. Eine größere Verhandlung über die französische Republik hat im englischen Parlament nicht stattgefunden. — Die förmliche Anerkennung Nordamerika's erfolgte ohne weitere Instruktionen des Gesandten und geschah mit einer gewissen Feierlichkeit. Ueber das zukünftige Zusammenwirken der Republiken in der Sicherung der Neutralen und den andern Verhältnissen, welche die Freiheit der Seefahrt für alle Völker betreffen, kann gegenwärtig kein weiterer Zweifel herrschen.

Das übrige diplomatische Corps ist bis jetzt in Paris geblieben, als die Regiernng am 28. Febr. ihm die Errichtung der Republik offiziell kundthat. Der Nuntius hat bereits seine günstige Stimmung an den Tag gelegt, und die andern Gesandten bleiben vor der Hand in Paris bis zu einem fernern Beschluß ihrer Regierungen. Der Nuntius sprach noch im Besondern die Befriedigung aus, die das Haupt der katholischen Kirche über das vom Volke während des Kampfes und nach demselben geäußerte religiöse Gefühl empfinden würde.

Bemerkenswerth ist auch noch der Eindruck, den die Ereignisse, soweit es jetzt bekannt ist, in Spanien gemacht haben. So viel wenigstens bis jetzt aus den Auszügen französischer Zeitungen von spanischen erhellt, scheint die Sache des Herzogs von Montpensier auch in Spanien verloren. Der vom National bekannt gemachte und oben erwähnte Tagsbefehl desselben über Herbeischaffung von Munition u. s. w. hat nach den Zeitungen in Spanien einen solchen Eindruck gemacht, daß man dort eben so wenig von ihm etwas will, wie von seiner Familie in Frankreich.

Hinsichtlich Deutschlands scheint die Gefahr eines feindlichen Angriffs der Franzosen, zur Eroberung des linken Rheinufers, auf längere Zeit nicht vorhanden, wenn eine Anerkennung der Republik stattfindet, denn diese bedarf zu ihrer socialen Einrichtung sicherlich der Ruhe während einer lan-

gen Reihe von Jahren. Die Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse aber ist unzweifelhaft und hat sich bereits geäußert; der bisherige Zustand der Presse ist eben so wenig zu halten, wie das bisherige System der größeren Staaten, welches auf die mittlern und kleinern zurückwirkt. Im Fall eines Krieges aber lassen sich die Folgen auf keiner Seite vohersehen.

Was die flüchtige Familie Orleans betrifft, so sind zunächst in London angekommen: der Herzog von Nemours und sein ältester Prinz (die Herzogin mit den andern Kindern wurde unterwegs von ihm getrennt); er ist sehr niedergeschlagen, nur zwei Bediente begleiteten ihn nach London; hier besuchten ihn sogleich Prinz Albert und der eben hier anwesende Herzog v. Sachsen-Coburg, seine Vetter, auch der französische Botschafter, ebenso der Herzog v. Wellington und Baron Brunow, der russische Gesandte. Ferner: die Prinzessin Clementine und ihr Gemahl, Prinz August von Coburg, mit ihren Kindern; dann die Herzogin von Montpensier, die bekanntlich in gesegneten Umständen ist. Der König wurde, wie erwähnt, von Kürassieren und Dragonern aus Paris nach Neuilly und Eu geleitet und verbarg sich eine Zeit lang in der Normandie, um das Aufhören der Seestürme abzuwarten, bevor er nach England sich einschiffte. In Frankreich wurde seine Flucht nirgends gehindert. In Versailles mußten für seinen Wagen, da es an Postpferden fehlte, Kavalleriepferde genommen werden. Es fehlte ihm so an baaren Mitteln, daß im Lustschloß Trianon Geld für ihn zusammengeschossen werden mußte. In Paris, auf dem Concordeplatze, deckte ihn das 2. Kürassierregiment, aber ohne die Säbel zu ziehen. Ein Offizier rief dem andringenden Volke zu: „Meine Herren, schonet den König!" Da rief eine donnernde Stimme aus dem Volke: „Ja! Ja! laßt ihn gehen, wir sind keine Mörder." Und Alles rief: „Ja! Ja! laßt ihn gehen." Seine Niedergeschlagenheit soll anfangs so groß gewesen sein, daß er keinen andern Gedanken zu fassen vermochte, als den seiner Abreise — nach Art von Karl X.

Die weitere Entwicklung der Republik wird um so größeren Einfluß auf das Schicksal Europa's üben, je mehr dieselbe im Innern gelingt und die schwierige Aufgabe einer Einrichtung socialer Verhältnisse löst. Eine ungehinderte Benützung der Kräfte und des Eigenthums bei freier Uebung der erstern und Sicherheit des letztern, wird zu einem Zustand führen, bei welchem Armuth und die damit verbundene moralische Versinkung der niedern Volksklassen sich ebenso wenig vorfindet wie in den Vereinigten Staaten. In Frankreich freilich ist diese Aufgabe weit schwerer zu lösen wie in letzteren. Frankreich aber hat wenigstens in dieser Hinsicht vor dem größten Theil des übrigen Europa's Vorzüge voraus, indem die erste Revolution die Gleichheit des Rechts herstellte, die Sicherheit und freie Benützung des Eigenthums in größerem Maße bewirkte, als dies selbst in England der Fall ist, und überhaupt eine Grundlage legte, die sowohl in rein monarchischer, wie constitutioneller Staatsform, ungemeine Erfolge des Nationalwohlstandes möglich machte.

Das Bewußtsein der Nothwendigkeit, diese Zustände durch liberal-politische Form zu erhalten, durchdrang seit 1814 alle Klassen; während der Zeit des constitutionellen Königthums haben sich die Franzosen daran gewöhnt, sich in jenen Staatsformen auf geordnete Weise zu bewegen, und die Veränderungen von 1830 und 1848 wurden durch die Bestrebung veranlaßt, eher die bestehenden Rechte zu erhalten, als größere Freiheiten zu gewinnen. Es läßt sich also auch erwarten, daß weder Theoretiker Einfluß erlangen werden, um die Ereignisse auf gewagte Weise zu bedingen, noch auch, daß heftige Leidenschaften Verwirrung hervorrufen, im Fall nämlich keine Störung von Außen die Massen aufregt. Unsere Großväter erwarteten einst große Erfolge von der ersten französischen Republik; die Täuschung und die dadurch hervorgerufene Ueberzeugung von der Unmöglichkeit dieser Staatsform in Europa, hat auf die Einrich-

tung desjenigen Zustandes mitgewirkt, worunter die jetzige Generation in den meisten Staaten des europäischen Festlandes gelitten hat und leidet. Von der gegenwärtigen Entwicklung der Republik Frankreichs wird sehr viel, hinsichtlich des Wohles der jetzigen und der nächstfolgenden Generation abhängen, ohne daß eine unmittelbare gewaltsame Einwirkung Frankreichs stattfindet — eine Einwirkung, die jedenfalls sowohl für die Franzosen selbst, wie für diejenigen Völker, wenigstens mittelbar, nachtheilig sein müßte, welche eine Veränderung ihrer Lage ausschließlich den Franzosen verdanken möchten.

# Inhalt.


| | Seite |
|---|---|
| Rückblick auf die Regierung Ludwig Philipps . . . . | 5 |
| Die letzte Session der monarchischen Kammer . . . . . | 41 |
| Ausbruch der Revolution . . . . . . . . | 72 |
| Erklärung der Republik . . . . . . . . . | 110 |

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Kottenkamp, Franz,

Die neuesten Weltbegebenheiten

Bd.: 1

Stuttgart 1848

Eur. 426 q-1/5
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10484836-6